

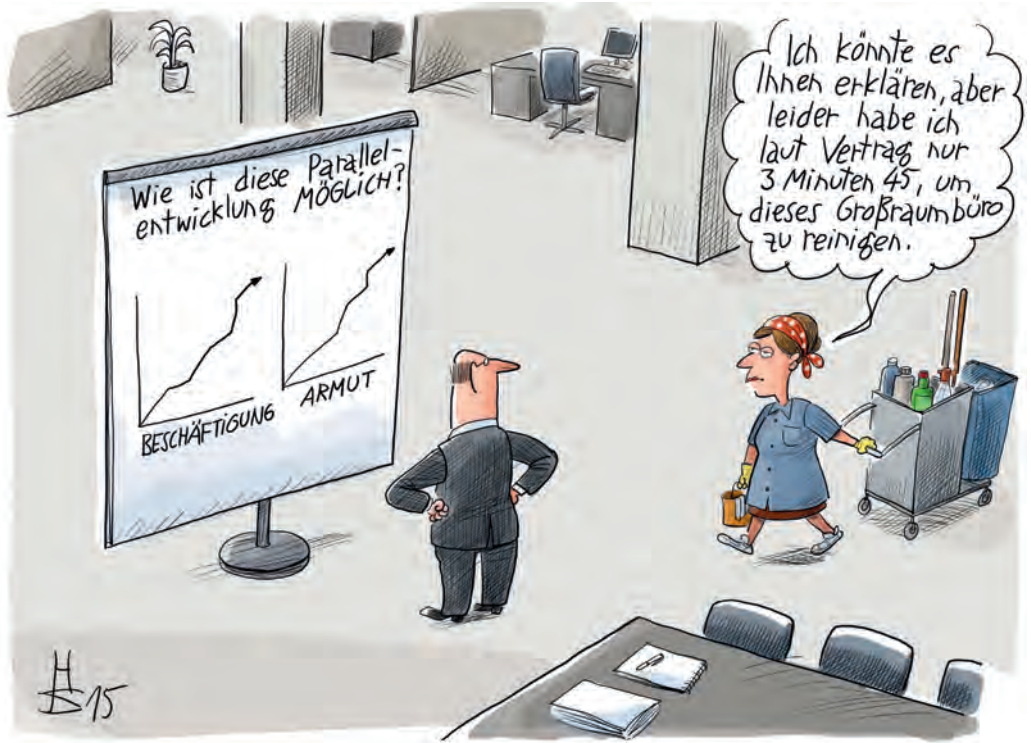


hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
März-April 3-4/2015



GELD
statt Schnuller





Mit der Forderung nach einem Gehaltszuwachs von 5,5 Prozent (mindestens 175 €) und nach einer tariflichen Regelung zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte startete die GEW im Januar in die Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. Seit 2006 halten uns die Arbeitgeber der Länder hin. Im Jahr 2015 muss Schluss damit sein, die größte Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst der Länder nach Gutsherrenart zu entlohnen! Jedes Bundesland zahlt den Lehrkräften auf Grundlage einseitig diktierter Arbeitgeber-Richtlinien ein anderes Gehalt. Hamburgs 450 Vorschullehrkräfte sind besonders betroffen. Als studierte Sozialpädagog_innen gelten sie tarifrechtlich als Lehrkräfte. Dies hat zur Folge, dass ihr Verdienst innerhalb von 10 Jahren um etwa 25.500 € geringer ist als der ihrer Kolleg_innen, die als Sozialpädagog_innen tariflich eingruppiert in anderen schulischen Tätigkeitsfeldern arbeiten. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rief die GEW Hamburg alle Schulbeschäftigten zu einer Protestaktion am 24. Februar vor der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg auf, zu der mehrere Hundert KollegInnen kamen.

In der zweiten Verhandlungsrunde am 26. Februar haben die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber erneut kein Angebot zur Gehaltssteigerung vorgelegt. Sie fordern weiterhin, dass die

Gewerkschaften zu vor Eingriffen in die betriebliche Altersversorgung zustimmen. In den folgenden zwei Wochen rief die GEW bundesweit ihre Mitglieder zu Warnstreiks auf. So auch in Hamburg für den 16. März. Dieser

Warnstreik, an dem etwa 5.000 Beschäftigte in Hamburg die Arbeit niederlegten, war ein unübersehbares Streik-Zeichen an die Länder-Arbeitgeber.

Zeitgleich startete in Potsdam die dritte Verhandlungsrunde. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat auch in der dritten Verhandlungsrunde kein

merleinstag in jeder Tarifrunde nach weiteren Brosamen zu betteln. Hier verweigerte sich die GEW dem Köder, den der Beamtenbund willig schnappte. Für 30 Euro wollte sich die GEW nicht ihr Streikrecht abkaufen lassen. Auch für besonders benachteiligte Gruppen wie die Vorschullehrkräfte, die sich in Hamburg sehr engagiert an den Warnstreiks beteiligt hatten, wollten die Arbeitgeber keine echte Verbesserung. Wir werden den Kampf für eine tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte fortsetzen. Die GEW ist nicht in der Friedenspflicht!

Parallel zu den Verhandlungen zum TV-L am 26. Februar haben die Verhandlungen über den Eingruppierungstarifvertrag

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt Wir haben mehr verdient!

Angebot zur Gehaltserhöhung vorlegt, sondern beharrte darauf, dies von Einschnitten bei den Betriebsrenten abhängig zu machen. Die GEW hat gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften weitere Warnstreiks angekündigt, um die Blockade der Arbeitgeber zu durchbrechen. So für Hamburg für den 26. März. An diesem zweiten Warnstreiktag haben gut 10.000 Beschäftigte gestreikt.

Zum Redaktionsschluss dieser hlz stand die vierte Verhandlungsrunde an. Das Arbeitgeberangebot eines Tarifvertrages für die größte Beschäftigtengruppe im Länderbereich, die bundesweit rund 200.000 angestellten Lehrkräfte, hat die GEW entschieden zurückgewiesen. Die Kernforderung der GEW nach dem verbindlichen Einstieg in die „Paralleltabelle“ beantwortete die TdL mit einer Zulage von 30 Euro monatlich für einzelne Gruppen und dem Versprechen, bis zum St. Nim-

für die kommunalen Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) begonnen. Um die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberseite zu erhöhen, rief die GEW ihre tarifbeschäftigten Mitglieder zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Gut 1500 Beschäftigte haben am 23. März vor dem Arbeitgeberverband AVH am Baumwall eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe durch eine bessere Eingruppierung gefordert. Auch hier ist klar: Wenn die Arbeitgeber kein verhandelbares Angebot vorlegen, wird die GEW zu weiteren Protesten und Warnstreiks aufrufen!

Zuletzt müssen wir euch leider mitteilen, dass unsere Mit-Vorsitzende Regina Tretow aus gesundheitlichen Gründen ihren Rücktritt erklären musste. Wir haben in den letzten zwei Jahren gut als Dreierteam zusammengearbeitet, danken Regina für ihr Engagement und wünschen ihr alles Gute.



Foto: Stefan Gierlich

Bildungspolitik

Hochschule Code of Conduct wirkt	34
Stadtteilschulen Unerwarteter Erfolg	36
Volkshochschulen Unhaltbare Zustände	40

unnachgiebig Seite 8

Selten war die Kampfbereitschaft der Kolleg_innen so groß wie zur aktuellen Tarifrunde.

ungenügend Seite 22

Das jahrelange Lohndumping in Deutschland ist mitverantwortlich für die Krise in Europa. Es gilt Einiges aufzuholen.

unerwartet Seite 36

Entgegen den Erwartungen gelingt es so mancher Stadtteilschule, die Leistungen ihrer 11. Klässler_innen deutlich zu steigern.

uneinsichtig Seite 25

Dass mit der Eröffnung der neuen EZB in Frankfurt ein neues Zeitalter der europäischen Finanzverwaltung begonnen hat, wollten viele Demonstrant_innen nicht glauben.



Foto: creative commons

Magazin

Europäische Währungsunion Nachholbedarf	22
Europäische Zentralbank Eröffnungszauber	25
Schulnamen Fortgesetzte Debatte	29
Internationaler Frauentag Langer Atem	39
Straßennamen Hamburg Postkolonial	41
Palästina Ein Reisebericht	44
Rezension Religiöse Identität	48
Traumata Interview mit einem Therapeuten	49
Nazibiographien (27) Denunzianten (Teil 2)	54
Helft Simon Spender_innenaufruf	58

Schwerpunkt

Bildung ist Mehrwert _____ 8

GEW

KIJU
Das Ende der Bescheidenheit _____ 16

Tagung
Anders arbeiten _____ 59



GEW-Tagung zur
Lehrer_innen-Arbeitszeit
Freitag, 17.4., 10 - 16 Uhr,
Curio-Haus, s.S. 59
Sonderurlaub beantragen!

Rubriken

hlz-Notiz _____ 3

Nachrichten _____ 6

Ruheständler_innen _____ 60

gb@-Seminare _____ 62

hlz-Rätsel _____ 63

Aus der Fehlanzeige _____ 64

Impressum _____ 64

GEW-Termine _____ 65



Foto: Stefan Gierlich

no name? _____ Seite 29

Wie viel Namen, wie viel werttragende Identität braucht eine Schule? Werden Frauenpersönlichkeiten genug gewürdigt? Es gibt weitere Diskussionen um die hlz-Berichte.

Namen, ja – aber welche _____ Seite 41

Kolonialisten, Nazis, Rassisten – sie sind immer noch Namensgeber für Hamburger Straßen. Widerstand regt sich und ein Buch der Landeszentrale für politische Bildung gibt Aufschluss.

Traumata _____ Seite 49

Wie kann ein Mensch mit traumatischen Erfahrungen weiterleben? Wie kann die Traumatisierung erkannt, wie ihr begegnet werden? Ein Interview mit dem Psychiater und Neurologen Michael Brune.

Palästina _____ Seite 44

So gegensätzlich wie sich die Verhältnisse in Israel und in den von Israel besetzten Gebieten den Reisenden darstellen, wird ein Bericht darüber schwerlich neutral sein können, sagt eine Kollegin.



Fotos: Ulrich Restat

besser

Die Zahl der Schulabbrecher_innen in Hamburg ist im vergangenen Schuljahr auf einen historischen Tiefstwert gesunken. Insgesamt haben 755 Jugendliche ihre Schule ohne einen Abschluss verlassen. Das entspricht einer Quote von 4,8 Prozent. Das ist die geringste Zahl, die wir in unserer Erinnerung bisher gemessen haben, so der Senator. Im Jahr 2000 habe die Quote noch bei fast zwölf Prozent gelegen.

undankbar

96,5 Prozent der Erstklässler_innen werden zum nächsten Schuljahr an ihrer Wunschschule eingeschult. „Das ist ein sehr, sehr guter Wert“, sagte Schulsenator Ties Rabe. 2014 lag der Anteil mit 95,8 Prozent etwas darunter. Die Eltern von 474 Kindern (3,5 Prozent) bekommen in diesen Tagen ein Schreiben mit der Ablehnung ihres Erstwunsches und der Verteilung auf einen anderen Standort. Immer mehr Eltern klagen dagegen vor dem Verwaltungsgericht.

unzufrieden

Viele Zuwanderer erhoffen sich in der Schule mehr Förderung für ihre Kinder, werden im Alltag aber oft enttäuscht. Eltern

mit ausländischen Wurzeln sind zugleich fast immer stark am Bildungserfolg ihrer Töchter und Söhne interessiert. Das ist das Ergebnis einer Studie der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität. Danach erhalten deutsche Schulen für ihre „Willkommenskultur“ und die Wertschätzung von Kindern mit Migrationshintergrund eher mäßige bis schlechte Noten.

häh?

Hamburg ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil von Schüler_innen mit Migrationshintergrund. 45 Prozent aller Grundschüler_innen haben ausländische Wurzeln. Das Bemerkenswerte dabei sei jedoch, „dass man es nicht merkt“, so Senator Ties Rabe bei der Vorstellung der Präsentation der aktuellen Schulstatistik.

problematisch

Die FDP-Bildungsexpertin Anna von Treuenfels warnte vor einer weiter steigenden Abiturientenzahl. Mit 8500 machten die potenziellen Hochschüler_innen bereits mehr als die Hälfte aller Schulabgänger aus. „Die Aufwertung der mittleren Bildungsabschlüsse sollte das Ziel moderner Bildungspolitik sein, nicht

ein Abitur für alle.“ Dafür aber unternehme Rabe bisher viel zu wenig.

schwach

Die große Mehrheit der Abiturient_innen in Deutschland kapituliert vor Mathematik. Das belegt eine bislang unveröffentlichte Studie des Kieler Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN), über die DIE ZEIT in ihrer neuesten Ausgabe berichtet. Demnach erreichen mehr als zwei Drittel der Hochschulberechtigten nicht das Matheniveau, das am Ende der Schulzeit von ihnen erwartet wird.

rechtsstaatlich

Die HafenCity Universität (HCU) wehrt sich gegen die Aufnahme von Studenten, die ihren Studienplatz eingeklagt haben. Deshalb hat die Hochschule nun eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Damit geht die HCU gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Hamburg von 2014 sowie gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom vergangenen Februar vor. Beide verpflichteten die HCU dazu, zusätzliche Studenten im Bachelor-Studiengang Stadtplanung aufzunehmen. Geklagt hatte ein Studienanfänger, der von der HCU wegen ausgeschöpfter Kapazität und Belegung aller Studienplätze abgelehnt worden war. Bleibt es bei der aktuellen Entscheidung, droht Hamburg eine Klagewelle.

unverändert

Kinder mit guten Leistungen in der Grundschule gehen in Hamburg aufs Gymnasium. An diesem Trend ist offenbar nicht

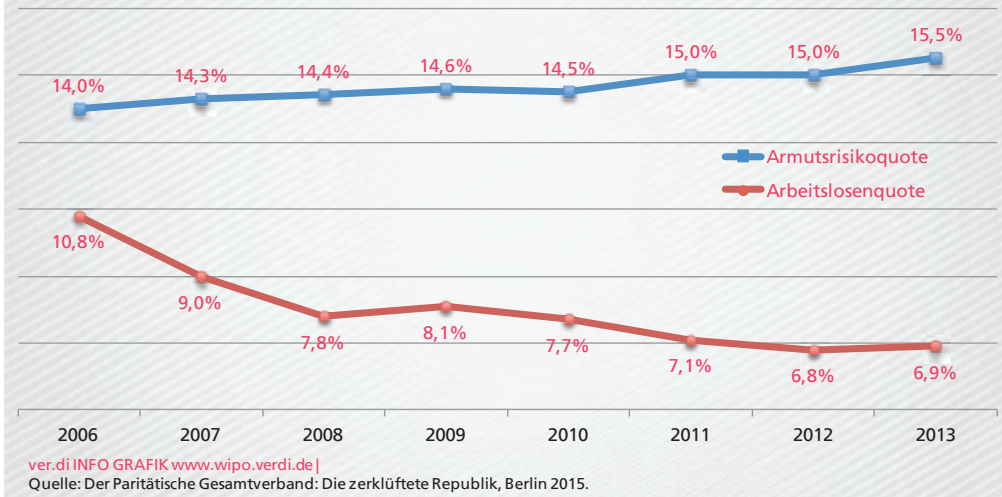
Bitte vormerken!

Auf unserem ganztägigen Gewerkschaftstag am 27. Mai 2015 muss die Position einer oder eines 2. stellvertretenden Vorsitzenden, als Ersatz für die aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretene Regina Tretow, durch Wahl besetzt werden.

Satzungsändernde Anträge müssen bis zum 15.4. gestellt werden, für alle anderen gilt das bis zum 27.4.2015.

Jedes Mitglied kann sowohl Anträge stellen als auch für die vakanten Posten kandidieren (gerne auch noch mit einem Profil für die nächste Ausgabe der hlz) bzw. sich auch noch auf der Versammlung selbst zur Wahl stellen.

Weniger Arbeitslose - mehr Armut Armuts- und Arbeitslosenentwicklung 2006 - 2013



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung und sinkender Arbeitslosigkeit haben viele Erwerbslose weiterhin keine Chancen. Auch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger_innen verharrt bei über sechs Millionen, ein Armutszeugnis für das viertreichste Land der Welt. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher. Nach jüngsten Studien besitzen die reichsten zehn Prozent inzwischen rund 70 Prozent des gesamten Vermögens, das reichste Prozent allein ein Drittel, Tendenz weiter steigend.

zu rütteln. Wie eine Senats-Anfrage der Linken zeigt, hat nicht einmal jede_r zehnte Schüler_in in Klasse fünf einer Stadtteilschule eine Empfehlung fürs Gymnasium. Zum Vergleich: Früher galten Gesamtschulen als gut durchmischt, wenn sie ein Drittel guter Schüler_innen hatten. Von den 5872 Jungen und Mädchen, die ab Sommer neu auf die Stadtteilschulen kommen, haben nur 460 eine Gymnasial-Empfehlung. Bei den 7169 am Gymnasium angemeldeten Kindern haben 80 Prozent (5728) die Empfehlung einer Lehrkraft.

unhaltbar

Besonders auffällig und hochproblematisch sind die Anmeldezahlen der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, der sogenannten §12-Kinder: Nur 41 wurden an Gymnasien angemeldet, 868 hingegen an Stadtteilschulen. Gymnasien sind, bis auf wenige Aus-

nahmen, inklusionsfreie Zonen. Die Stadtteilschulen müssen diese gesellschaftlich so wichtige Aufgabe fast alleine bewältigen.

aufrücken

Gute Nachrichten für alle neuen Lehrer_innen an Schleswig-Holsteins Gemeinschaftsschulen: Sie sollen künftig nach der Besoldungsgruppe A13 bezahlt werden – wie ihre Kolleg_innen an den Gymnasien. Dies geht aus

einem Referentenentwurf des Bildungsministeriums hervor. „Sie tun das Gleiche und sie bekommen das Gleiche“ sagte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD). Nach den bisherigen Plänen werden Grundschullehrer_innen allerdings von der Reform nicht profitieren. Die Pläne seien ein Höchstmaß an Geringschätzung für die Grundschullehrer_innen, heißt es dazu in einer Stellungnahme der GEW.

Das Wahlergebnis hinter dem Wahlergebnis

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg wählten ...

- ... 43,4 Prozent aller Wahlberechtigten keine Partei.
- ... 24,5 Prozent aller Wahlberechtigten die SPD.
- ... 8,6 Prozent aller Wahlberechtigten die CDU.
- ... 6,6 Prozent aller Wahlberechtigten die Grünen.
- ... 4,6 Prozent aller Wahlberechtigten die Linke.
- ... 4,0 Prozent aller Wahlberechtigten die FDP.
- ... 3,3 Prozent aller Wahlberechtigten die AfD.



WIR STREIKEN



Fotos: Stefan Gierlich/hlz

Warnstreik

Mehr als 5.000 Beschäftigte streiken in Hamburg für einen verbesserten Tarifvertrag der Länder. GEW-Vorsitzende Marlies Tepe schildert den Streikenden, worüber verhandelt wird

Liebe Streikende!

Genau vor 4 Wochen, am 16. Februar, war Auftakt der Tarifverhandlungen für den TVL für die Tarifbeschäftigten der Länder. Die Tarifgemeinschaft aus verdi, GDP und GEW zusammen mit dem Beamtenbund hat ihre Forderungen auf den Tisch gelegt. Die Tarifgemeinschaft der Länder, kurz TdL, hat kein Angebot vorgelegt. Unsere Forderungen sind 5,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 175 Euro.

Und für die Lehrkräfte fordern wir endlich eine per Tarifvertrag geregelte Eingruppierung. Es ist vordemokratisch und ein schlechtes Beispiel für die Wirtschaft, wenn der öffentliche Arbeitgeber der Länderbeschäftigten, die TdL, keine Entgeltordnung aushandelt. Alle anderen Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst haben eine Entgeltordnung. Dies muss für die Lehrkräfte nachgeholt werden! Dafür hat die GEW mit der

TdL in mehreren Runden seit September 2014 Sondierungsgespräche geführt. Noch Anfang Februar hat die TdL unsere Forderungen als verhandelbar bezeichnet. In der zweiten Verhandlungsrunde aber hat sie eine Verhandlung unserer Forderungen abgelehnt.

Ich kann euch nur sagen: da fühlt man sich verarscht. Vor allem haben sie eine Einigung bei den Tarifierhöhungen davon abhängig gemacht, dass wir Ein-

WIR STREIKEN



Ich kann Euch nur sagen: Da fühlt man sich verarscht! (Marlies Tepe)

schnitte in unsere Betriebsrente akzeptieren. Ich rufe den Arbeitgebern zu: „Hände weg von unseren Betriebsrenten!“

Bei der Lego wollen sie nur die bisherigen Richtlinien festschreiben und keine Verbesserungen aushandeln. Wir wollen verhandeln!

Unsere zentrale Forderung ist die Paralleltabelle. Es kann nicht angehen, dass Beamte nach A12 besoldet werden und Tarifbeschäftigte mit der gleichen Ausbildung und am gleichen Arbeitsplatz mit E11 entgolten werden. Wir wollen die gleiche Eingruppierung! Das heißt A12 als Beamte, E12 als Tarifbeschäftigte, A11 = E 1 usw.

Weil wir in der zweiten Verhandlungsrunde am 26./27. Februar ohne Ergebnis auseinandergegangen sind, hat die GEW zunächst zu dezentralen, punktuellen Warnstreiks aufgerufen. In der vorigen Woche hat es dann in den verschiedenen Bundesländern zentrale Warnstreiks gegeben. In beiden Wochen war die Beteiligung groß. In der ersten Streikwoche haben sich etwa 15.000 Tarifbeschäftigte im Schuldienst beteiligt. In der vorigen Woche haben Mittwoch Donnerstag und Freitag etwa 100.000 Tarifbeschäftigte im Dienst der Länder ihre Arbeit für einen Tag niedergelegt.

Heute nun beginnt die dritte Verhandlungsrunde am Mittag in



Der Gänsemarkt ist prall gefüllt mit Streikenden



WIR STREIKEN

Potsdam. Wir geben der TdL Nachhilfe! Ihr seid hier und mit dem Rückenwind eures Streiks fahre ich gleich nach Potsdam.

Wie immer erzählen uns die Finanzminister, die uns auf der Arbeitgeberbank gegenüber sitzen, sie hätten kein Geld. Kürzlich meinte der Finanzminister und Vorstandsvorsitzende der TdL Jens Bullerjahn, die Forderungen der Gewerkschaften passten nicht in die Zeit, sie seien realitätsfern. Und nun wären doch auch noch die Benzinpreise gesunken.

Er verwies – wie schon in den Vorjahren – auf die niedrigen Zinsen, die niedrige Inflation und – natürlich – die Schuldenbremse im Jahr 2020. 2020! Das heißt, dass wir uns das noch 2017 und 2019 anhören sollen? Und dann wirkt sie ja, die Schuldenbremse und wir werden weiter auf sie verwiesen. Wir hören

seit Jahren die gleichen Argumente und werden langsam aber sicher von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt. Nicht der öffentliche Dienst muss für die Misswirtschaft der Vergangenheit in die Bresche springen, er hat sie schließlich nicht verursacht.

Was Herr Bullerjahn nämlich wohlweislich nicht erwähnt, sind die Rekordsteuereinnahmen. Was er nicht erwähnt, ist, dass Deutschland eines der reichsten Länder der Erde ist, das sich einen funktionierenden öffentlichen Dienst leisten sollte! Den muss es auch anständig bezahlen. Stattdessen werden immer noch große Vermögen und Erbschaften geschützt. Ändert endlich die verfassungswidrige Gesetzgebung zur Firmenerbschaftssteuer. Holt Euch das Geld da, wo es sitzt!

Wir wollen 5,5 Prozent Lohn-



Sonst eine offene Tür – heute nicht!

erhöhung, weil wir sie verdient haben. Wir wollen einen Sockel von 175 Euro! Das ist gerecht und solidarisch!

Wir wollen, dass Erzieherinnen bei den Kommunen und



Diese Schule bleibt heute dicht (Birgit Rettmer vor der STS am Hafen)

WIR STREIKEN



bei den Ländern gleich viel verdienen! Bei den Landesbediensteten muss nachgeholt werden! Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Was hat diese Tarifrunde mit Bildung zu tun? Jede Menge! Jeder zweite Beschäftigte der Länder arbeitet an einer Schule oder Hochschule. Bildungsarbeit ist Beziehungsarbeit, sie steht und fällt mit den Menschen, die Bildung vermitteln. Welche Wertschätzung die Politik der Bildung entgegenbringt, zeigt sich nicht zuletzt darin, wie sie die Menschen bezahlt, die Tag für Tag Bildung machen.

Alle Lehrenden, ob an Schulen oder Hochschulen, sind sich der großen Verantwortung gegenüber denen bewusst, die ihnen täglich anvertraut sind. Aber wenn der Arbeitgeber glaubt, dass sie vor lauter Verantwortungsbewusstsein schon nicht streiken werden, so sagen wir

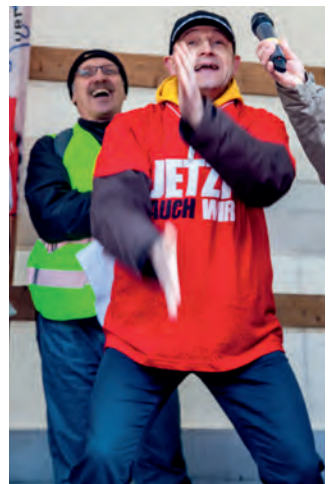


Wir geben nicht auf! Wir sind stark!

ihrem: Auch bei uns ist die Schmerzgrenze erreicht! Auch Lehrkräfte sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gleichen Rechten! Und auch unseren

Schülern, unseren Studierenden schadet es nicht, wenn sie lernen, dass auch ihre Lehrkräfte sich wehren und ihre demokratischen Rechte wahrnehmen!

Am Ende meiner Rede noch ein Wort an die jungen Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, Hochschulen, in allen Landeseinrichtungen: Wir wollen in dieser Tarifrunde auch, dass der sachgrundlose Befristungswahn endlich beendet wird. Ihr braucht eine Zukunftsperspektive. Wenn die Arbeitgeber es ernst meinen mit dem Fachkräftemangel in Deutschland, dann müssen sie den jungen gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen auch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse anbieten. Anders geht es nicht. Damit diese für unsere Gesellschaft wichtige Generation ihre Zukunft und ihr Leben planen kann.



Ein Warnstreik braucht Ruhe und Bewegung



WIR STREIKEN

Und darum kämpfen wir hier und heute gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir geben nicht auf! Wir sind stark! Und wir werden in noch größerer Zahl hier oder woanders sein, wenn die Arbeitgeber heute nicht ein verhandelbares Angebot vorlegen, für ein höheres Entgelt, ohne Eingriff in die Betriebsrente und für eine Tarifierung der Entgeltordnung für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte.

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Scholz! Sehr geehrter Herr Finanzsenator Tschentscher, sehr geehrter Herr Bildungsminister Rabe! Sozialdemokraten fordern immer gleiches Geld für gleichwertige Arbeit! Halten sie sich daran. Fordern Sie die TdL auf, unsere Forderungen umzusetzen! Wir brauchen keine Sonntagsreden. Die Wahrheit liegt auf dem Platz! Jetzt bei den Tarifverhandlungen!

MARLIS TEPE
1. Vorsitzende GEW-Bund



Ernsthafter Streik mit Spaßfaktor



Das Curio-Haus überfüllt während der Streikversammlung



Lohnzettel ein Schock

Eine Vorschulpädagogin schildert den täglichen Spagat zwischen schulischen Ansprüchen und mangelnder Entlohnung

Ich bin Diplom-Sozial-Pädagogin, 52 Jahre alt, alleinstehend, seit 2007 in der BSB angestellt (die ersten drei Jahre auf befristeten Verträgen) und arbeite z. Zt. in einer Grundschule in Kirchdorf-Süd. Dort

leite ich eine Vorschulklasse mit 18 Kindern.

Die Tätigkeit als Leitung einer Vorschulklasse ist den Tätigkeiten, die Lehrer_innen in Grundschulklassen in Jahrgang 1 bis 2 leisten, sehr ähnlich:

Ich bin von 8.00 bis 13.00 Uhr, also 5 Stunden, alleine in der Klasse.

Es gibt keine zugeordneten Erzieher_innen-, keine Fachlehrer-, keine Sonderpädagog_innen-Stunden und auch keine anderen Doppelsteckungen. Meine Arbeit enthält – nach der „Richtlinie für die Bildung und Erziehung in Vorschulklassen“ der BSB – neben dem Unterricht in allen Fächern der Grundschule (Deutsch, Mathe, Sachunterricht, Kunst, Musik, Theater, Sport, Religion, Englisch) und der Vermittlung sozialer und Kultur-Kompetenzen auch die systematische und individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes. Diese Unterrichtsinhalte werden selbstverständlich von mir vor- und ggf. nachbereitet und individuell den Leistungsständen der Kinder angepasst.

Da es nur selten möglich ist, Lehrwerke für die Vorschüler zu erhalten, muss ich in großen Teilen Materialien und Lernspiele selbst herstellen.

Selbstverständlich gehört auch die Teilnahme an Konferenzen und Fortbildungen (genauso wie die Lehrer_innen sind wir zu 30 Stunden Fortbildung pro Schuljahr verpflichtet) und an Teambesprechungen und Fachgruppentreffen dazu.

Dazu kommt natürlich Elternarbeit (Elternabende, Telefonate, Sprechtag, Lernentwicklungsgespräche und Hausbesuche) sowie nach Bedarf die Zusammenarbeit mit Sozialen Diensten, Ärzt_innen oder Psycholog_innen.



Fotos: Stefan Gierlich/hlz

100%-Verträge für vollwertige Arbeit



WIR STREIKEN

Außerdem gehört noch die Durchführung und Auswertung von Testungen sowie die Dokumentation der Arbeit oder das Führen von Kompetenz-Portfolios der Kinder dazu.

Und natürlich – es soll ja auch lustig sein und Spaß machen – die Organisation und Durchführung von Festen, Ausflügen oder sogar Klassenreisen und ähnlichem.

Vertrag über 85% der Arbeitszeit!

Die gleiche Arbeit war vor einigen Jahren 100% Arbeitszeitanrechnung „wert“! Diese Herunterstufung und damit Herabwürdigung unserer Tätigkeit hat die Behörde mit der Umstellung vom BAT zum TV-L – genauso wie die Eingruppierung in die E9S – nach Gutsherrenart einfach mal einseitig beschlossen!

hatte ich dann netto 1.350,- €. Und seit meinem Aufstieg in die Stufe 3 (nach 5 Jahren – statt nach 2 Jahren, wie andere Sozialpädagogen) sind es netto ca. 1.450,- Euro.

In dieser Stufe bleibe ich nun – der KLEINEN E9 sei Dank – anders als Diplom-Sozialpädagog_innen in anderen Behörden und schulischen Aufgabenfeldern 9 statt 3 Jahre!

Das bedeutet über die Gesamtjahre der Arbeitszeit natürlich große finanzielle Einbußen! (Nach Berechnungen der GEW über 25.000,- €!)

In meinem Fall naht dann in neun Jahren ja schon die Rente, die natürlich entsprechend ausfallen wird. Altersarmut vorprogrammiert!

Aber warum in die Zukunft schweifen? Auch heute ist es von diesem Geld nur sehr schwer möglich, in unserer schönen – aber leider auch sehr teuren – Weltstadt Hamburg zu leben.

Ich zahle allein für meine 48 qm Wohnung ca. 500,- Euro Miete, für Strom ca. 40,- Euro, für Wasser ca. 18,- Euro, für die GEZ 18,-, für Telefon/Internet ca. 40,- Euro. (Damit sind ca. 620,- Euro schon weg und diese lebensnotwendigen festen Kosten von 1.200,- Euro abgezogen – bleiben 540,- Euro.

Nun braucht man ja aber auch noch eine Fahrkarte, eventuell sogar ein Auto, man muss auch mal beim Arzt oder Zahnarzt etwas bezahlen (wie ich feststelle, mit zunehmendem Alter leider immer mehr!) und – natürlich sparsam und gerne beim Discounter – einige Lebensmittel (ca. 320,- €), Hygieneartikel (30,- €) oder Bekleidung kaufen (100,- €).

Grob überschlagen, ist das schnell über das „Haben“ hinaus ausgegeben. Und dabei war jetzt



Volle Anerkennung für die Arbeit in der Vorschule

Aufgrund all' dieser Tätigkeiten gelten wir auch als Lehrkräfte!

Wie meinem Berufstitel zu entnehmen ist, habe ich an der Fachhochschule (HAW) studiert und einen Diplom-Abschluss gemacht. (Ich bin zusätzlich auch noch staatlich anerkannte Heilerzieherin und habe ein Psychologie- und ein Diakon-Studium absolviert.)

Trotz dieser guten Vorbildung und des Studienabschlusses werde ich von der Behörde ohne Tarifvertrag in die Entgeltgruppe E9S – die sogenannte „kleine E9“ – eingruppiert! Und zwar mit einem „Zwangsteilzeit“-

Es wurde davon Abstand genommen, die Arbeit einer Vorschullehrkraft als Vollzeittätigkeit anzuerkennen!

Die von mir vorhin aufgezählten Tätigkeiten sind also zeitlich und inhaltlich leider nicht ausreichend für eine volle Stelle!

Diese o. g. Entgeltgruppe E9S startet in der Stufe 1 – in der man als Berufsanfängerin beginnt – mit ca. 2.100,- Euro brutto – was bei Steuerklasse I (wie in meinem Fall) eine Netto-Auszahlung von ca. 1.200,- Euro bedeutet. Der erste Lohnzettel war wirklich ein Schock!

Nach der ersten Höherstufung nach einem Jahr in die Stufe 2

WIR STREIKEN



noch keine Altersvorsorge oder Versicherung, keine Teilnahme am kulturellen Leben, kein Beitrag beim Sportverein, kein Zeitung abonement, keine Reparatur oder größere Haushaltsanschaffung, kein Urlaub, kein Geschenk ... usw.

So kommt es schnell mal zum Investitionsstau. Bei mir liegen zur Zeit: eine Verordnung für eine Gleitsichtbrille – zu teuer; ein Heil- und Kostenplan für eine Zahnkrone – zu teuer; eine kaputte Waschmaschine – zu teuer (Gott sei Dank gibt es noch WaschCenter) und ein veralteter, ziemlich kaputter Computer mit erheblichen Macken und Einschränkungen – zu teuer!

Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich eine Nebentätigkeit zu suchen.

Ich habe über Jahre mindestens zwei Wochenenden im Monat jeweils Samstag und Sonntag von 8.00 bis 17.00 Uhr straffällige Jugendliche bei der Ableistung ihrer vom Gericht verhängten Arbeitsleistungen (oder sogenannten „Sozialstunden“) angeleitet und beaufsichtigt (das war auch nicht wirklich

erholsam!).

Seit einigen Monaten kann ich an meiner Schule die additive Sprachförderung am Nachmittag mit den Vorschulkindern machen

weiß ich, dass sie z.B. Taxi fahren, in der Gastronomie oder in Büros arbeiten, verschiedene Kurse geben (z.B. in Eltern- oder Volkshochschulen) oder zusätz-



Die Beschäftigten zeigen, dass sie nichts von der Verhandlungsblockade der Arbeitgeber halten (Anja Bensing-Stolze)

und habe darüber (endlich!) einen 100% Vertrag erhalten. Damit bekomme ich jetzt ca. 1.780,- € ausgezahlt – nur mal so zur Orientierung und zum Vergleich ...

Von anderen Kolleg_innen

lich pädagogische Nachmittagsbetreuung machen.

Bis zu 20 Wochenstunden werden da noch gearbeitet, zusätzlich zu einer hoch qualifizierten, inhaltlich, pädagogisch und menschlich anspruchsvollen – und auf Grund der Situation in Schulen auch anstrengenden und lauten – Tätigkeit mit den Kindern, die in politischen Sonntagsreden immer als besonders wichtig für die Zukunft und besonders im Fokus der frühen Bildung stehend, zitiert werden...!

Ich finde, das ist ein Skandal! Und deshalb fordern wir Vorschullehrer_innen jetzt:

- Endlich eine Tarifierung in die LEG-O
- Eingruppierung in die Entgeltgruppe 11
- 100% Verträge für alle Vorschullehrkräfte
- und 5,5% mehr Lohn!

KERSTIN MÖGLE



Wir haben mehr verdient ... als einen Pausenkaffee!





WIR STREIKEN

Wir lassen uns kein „X“ für ein „U“ vormachen



Fotos: Kita-Netzwerk, Hamburg

In der Öffentlichkeit konnte der Senat in Hinblick auf den Kita-Ausbau punkten. Aber auf wessen Kosten? Jetzt kommt es darauf an, sich nicht mit leeren Phrasen abpeisen zu lassen

Das römische Ziffernwerk ist zwar seit dem 17. Jahrhundert durch die lateinischen Ziffern ersetzt, aber Hamburgs SPD hatte es in der letzten Legislaturperiode für eine kurze Zeit geschafft, die Gemüter etwas zu beruhigen, indem sie ein Zahlenwerk vorlegte, das innerhalb von 10 Jahren die Anhebung auf vertretbare Fachkraft/Kind-Schlüssel in den Kindertagesstätten erreichbar erscheinen ließ. Die Forderung nach 25% mehr Personal in den Kindertagesstätten schien bei unseren Politiker_innen angekommen zu sein. Die Bürgerschaft hatte dazu mit der SPD-Mehrheit ein 10-Jahres-Programm beschlossen. Nachdem nach der Senatsantwort auf

die Große Anfrage der Bürgerchaftsfraktion „Die Linke“ das Zahlenwerk auf seine Belastbarkeit hin überprüft werden konnte, stand schnell fest, dass tatsächlich nur marginale Verbesserungen eintreten werden; der „Große Wurf“ wurde nur als anzustrebende Möglichkeit erwähnt.

Das Kitanetzwerk-Hamburg hat dann auch nicht lange gebraucht, um zu weiteren Aktionen aufzurufen. Noch vor der Bürgerschaftswahl wurden symbolisch die „Hamburger Bildungsempfehlungen für den Kita-Bereich“, die jeder Kita-Träger verbindlich umzusetzen hat, dem Senatssprecher im Hamburger Rathaus zur Verwah-

rung zurückgegeben. Erst wenn die Forderung nach mehr finanzierten Personalwochenstunden für die mittelbare Pädagogik und für die real existierenden Ausfallzeiten in das Gutscheinsystem einflößen, sähe man sich in der Lage, die „Hamburger Bildungsempfehlungen“ in den Kitas umzusetzen.

Mit der Ankündigung, weitere Aktionen folgen zu lassen, hat das Kitanetzwerk-Hamburg am 17.03. mit einer großartigen Aktion den Jungfernstieg „plakatiert“. An die 500 Kolleginnen und Kollegen brachten ihre in den Kitas gestalteten Transparente mit, um diese dann zum längsten „Protest-Transparent“ zusammenzufügen.

WIR STREIKEN



Mutig voran

Der Fraktionssprecher der SPD und die Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der „Grünen“ defilierten an dem Transparent entlang, das sich fast auf fünfhundert Metern des Jungfernstiegs erstreckte und stellten sich den Forderungen der Kolleginnen und Kollegen.

Innerhalb von 10 Jahren vielleicht auf einen Fachkraft-Kind-Schlüssel in den Krippen- und Elementarkinderbereichen zu kommen, der wissenschaftlich belegt, schon längst für diese Bereiche vorhanden sein sollte, aber der Forderung der Beschäftigten nach sofortiger Verbesserung der Personalsituation nicht entspricht, ist ein Beschluss, der wohlwollend als gut gemeint bezeichnet werden kann, der aber nicht hilft, der jetzt vorherrschenden angespannten Personalsituation zu begegnen.

Nach wie vor ist für den Arbeitsaufwand für die Elternarbeit, für die Dokumentation der Entwicklungsfortschritte der Kinder und viele weitere mittelbare pädagogische Aufgaben

keine einzige Personalwochenstunde im Betreuungssystem vorgesehen und somit auch nicht finanziert. Die Personalausfälle durch Urlaub, Krankheit, Fortbildungen und Bildungsurlaube sind ebenfalls nicht zusätzlich erfasst und müssen durch das vorhandene Personal aufgefangen werden.

Die Forderung nach 25% mehr Personal(wochenstunden) in den Kitas hat Bestand.

Solange dieser Forderung nicht nachgekommen wird, solange werden auch zukünftig weitere Aktionen den Senat und

die Bürgerschaftsabgeordneten daran erinnern, in diesen Fragen deutlich nachzulegen.

Für den 21. Mai lädt das Kitanetzwerk-Hamburg in die Räume der Gewerkschaft GEW-Hamburg ein, um den Bürgerschaftsabgeordneten darzustellen, wie wichtig und umfassend die Aufgaben, die unter dem Begriff „mittelbare Pädagogik“ zu verstehen sind, für die Entwicklung der Kita-Kinder sind. Bildung, Betreuung und Erziehung passieren nicht spontan, sondern müssen gut vor- und nachbereitet und reflektiert werden. Gute Arbeit kann nur unter guten Bedingungen stattfinden, die pädagogischen Fachkräfte in unseren Kitas haben den professionellen Anspruch, den ihnen anvertrauten Kindern die bestmögliche Begleitung in ihrer Entwicklung zu bieten. Ein „X“ für ein „U“ vorzumachen, mag manches Politikerhandeln beschreiben, aber in der Kitapolitik der Stadt Hamburg haben „Scheinverbesserungen“ nichts zu suchen. Das Kitanetzwerk Hamburg wird, unterstützt durch die GEW-Hamburg, auch nach dem 21.05. nicht nachlassen, den berechtigten Forderungen der Kita-Beschäftigten Gehör zu verschaffen.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe
Kinder- und Jugendhilfe



Erfahrene Aktivisten haben stets Proviant dabei



WIR STREIKEN

Signale aus Hamburg

Warnstreik der Kita-Beschäftigten, die unter den Tarifvertrag „Sozial- und Erziehungsdienst“ fallen

Rechtzeitig zur zweiten Verhandlungsrunde in Münster sind die Hamburger Kolleginnen und Kollegen aus den Kindertagesstätten und der Nachmittagsbe-

treuung an Hamburger Ganztagsgrundschulen (GBS) am 23.03. den Warnstreikaufrufen der GEW-Hamburg und von ver.di gefolgt.

Bei strahlendem Frühlingswetter begann die Auftaktveranstaltung vor dem Sitz des Hamburgischen Arbeitgeberverbands, AV-H, mit gut 1.500 Kolleginnen



Kind, musst du immer widersprechen

Mittwoch, 25. März 2015

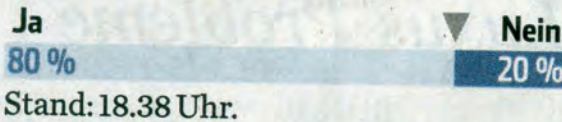
8 Hamburger Abendblatt

Abendblatt.de

FRAGE DES TAGES & QUOTEN

Am Dienstag haben wir Sie gefragt:
*Tausende Erzieher haben am Montag
für höhere Gehälter gestreikt.
Haben Sie dafür Verständnis?*

Das Ergebnis:



Wertschätzung der vielfältigen Arbeit mit den Jüngsten unserer Gesellschaft macht sich nur an großartigen Reden fest. Die Kolleginnen und Kollegen haben aber nicht nur warme Worte, sondern auch echtes Geld zu bekommen. Eine Aufwertung um 10% lautet die Forderung – wissend, dass eine Forderung noch lange kein Abschluss ist, zeigt diese Forderung aber auf, dass die Zeit der Brosamen-Zuteilung vorbei ist.

Eine neue Entgeltordnung, die zum Beispiel die Erzieher in nicht mehr zwischen S6 und S8 einordnet, sondern bei S10 bis S12 eingruppiert, beschreibt eben nicht nur höhere Entgeltgruppen, sondern verdeutlicht, dass wir uns – bezogen auf den öffentlichen Dienst in der Verwaltung – mit unserer fünfjährigen Ausbildung und unserer verantwortungsreichen Tätigkeit in der E9 (Fachhochschulabsolventen) angesiedelt sehen, und zwar mit allen Stufen einschließlich der Stufe 6.

In der Broschüre: „ErzieherInnen verdienen mehr“ hat die GEW-Hamburg für alle Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst aufgezeigt, welcher Nachholbedarf in der Bezahlung besteht. Sie ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Die Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe hat zunächst an alle tarifgebundenen Kitas diese Broschüre und weitere Informationen zur Forderung nach einer neuen Entgeltordnung per Post geschickt.

Die dritte Verhandlungsrunde findet in Düsseldorf statt und es ist denkbar, dass wir wieder mit Signalen aus Hamburg diese Runde „unterstützen“ werden.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe
Kinder- und Jugendhilfe

Die Öffentlichkeit ist hoch sensibilisiert

und Kollegen. Die Stimmung war kämpferisch. „Unsere Arbeitsleistung muss endlich angemessen bezahlt werden“ und „Nach fünf Jahren Ausbildung darf es nicht sein, dass wir im Durchschnitt 300,- Euro weniger verdienen als andere gut ausgebildete Frauen, die in der freien Wirtschaft angestellt sind“ sind nur zwei der Äußerungen, die zu hören waren.

Obwohl gerade im Kita-Bereich auch viele Kolleginnen und Kollegen sich darum sorgen, dass die Kinder an einem Streiktag ihren bekannten Kita-Alltag unterbrechen müssen, blieben an diesem Tag viele Kitas geschlossen.

Ab 13.00 Uhr versammelten sich die meist teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen aus den GBS, um den weiteren

Verlauf dieser Tarifauseinsetzung zu erfahren. Es wurden Video-Ausschnitte der Erzieher Revue, die im Auftrag der GEW bundesweit Theaterauftritte absolviert, gezeigt. Auch wurden der GEW-Video-Clip, der auf Youtube zu sehen ist, sowie das 20minütige Doku-Video „ErzieherInnen verdienen mehr“ den Teilnehmenden vorgestellt.

Insgesamt ein gelungener erster Warnstreiktag, der sicherlich nicht der letzte in dieser Auseinandersetzung sein wird.

Der gesamte Sozial- und Erziehungsdienst soll eine Aufwertung erfahren, fordern wir Gewerkschafter für die Kolleginnen und Kollegen. Bildungsarbeit wird nicht nur in der Schule, sondern schon seit Langem auch in der Kindertagesstätte geleistet, aber die



WIR STREIKEN



Fotos: Stefan Gierlich

Gut 10.000 Beschäftigte aus Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern füllen am 26. März den Rathausmarkt



Dieses Ziel bleibt ein Traum



Teufelische Argumente verhindern echte Verbesserungen

WIR STREIKEN

WEITER



Im Streik rücken alle zusammen. Trotzdem bleiben 200.000 angestellte Lehrkräfte weiter ohne tarifliche Anerkennung



Faule Eier machen alle Hasen unglücklich



Gewerkschaftsmitglieder erhalten Streikgeld

Zusammen statt einzeln:
Streikerfahrten, die wir
weiter benötigen



Zeit der Bescheidenheit muss vorbei sein

Die Kassen der öffentlichen Haushalte sind dank der Politik des ‚billigen Geldes‘ seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) hierzulande gefüllt wie nie. Dies ermöglicht endlich eine Abkehr von der restriktiven Lohnpolitik – auch im öffentlichen Dienst

Das mit der europäischen Währungsunion ist schon eine vertrackte Angelegenheit. Zurzeit stehen die Disparitäten, die mit schweren sozialen Problemen einhergehen, im Fokus. Klar ist, dass ‚wir‘ Deutschen zurzeit die Gewinner sind und sich daraus das politische Interesse speist, um jeden Preis diese Gebilde zu erhalten. Dies kennzeichnet das offensive Auftreten der Griechen genauso wie – trotz aller Kakophonie – die vielleicht doch noch in letzter Not erfolgenden Zugeständnisse der Kanzlerin.

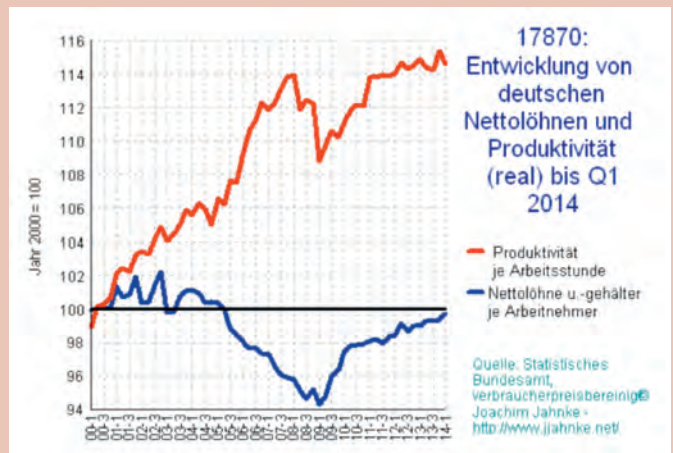
Politisch gleicht dies einem Seiltanz, muss doch die deutsche Politik einerseits die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer im Auge behalten, aber andererseits auch die Interessen im Land selbst bedienen. Aber diese sind keineswegs gleich. Gleich ist das Interesse der Unternehmer an einem verfassungsrechtlich garantierten Eigentum an den Produktionsmitteln, gleich ist auch das Interesse an einer rechtsstaatlichen Ausgestaltung eines Regelwerks, das den ungehinderten Ablauf kapitalistischen Geschäfts regelt. Gleich ist auch das globale Ziel des Unternehmers, den Profit maximieren zu wollen oder objektiv gesehen – bei Strafe seines Untergangs – dies zu müssen.

Unterhalb dessen bauen sich aber objektive Widersprüche auf. So muss der einzelne unter Konkurrenz stehende Kapitalist seine

Kosten, zu denen die Löhne oft ja als zentrale Größe dazu gehören, minimieren; gleichzeitig hofft er, dass dies seinem Konkurrenten nicht so gut gelingt wie ihm. Da ist es nur systemstabilisierend, dass die Gewerkschaften diesen Job über das Aushandeln von Tarifverträgen übernehmen. Auf diese Weise löst sich ein Teil dieser Widersprüche auf.

In Hinblick auf die Import- oder Exportinteressen ist dies nicht so einfach. Hier bleibt der Konflikt unauflösbar. Was für den einen von Vorteil, wirkt sich für den anderen nahezu spiegelbildlich nachteilig aus. Nur ein Unternehmen, das mit gleicher Gewichtung Import- wie Exportgeschäfte betreibt, bleibt davon

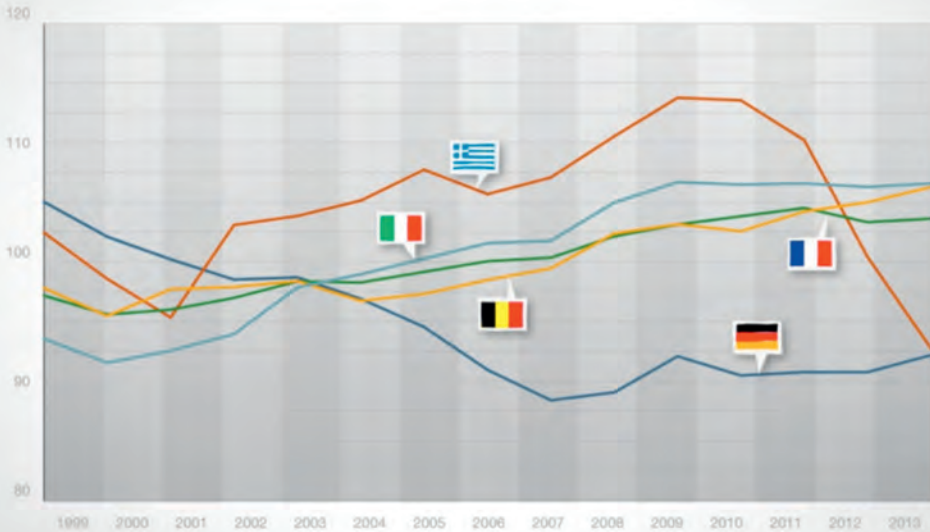
verschont. Alle anderen leiden oder profitieren von Wechselkursschwankungen. Konkret heißt dies, dass durch die Politik des ‚billigen Geldes‘ (je niedriger die Zinsen, desto weniger wird der Euro auf den Devisenmärkten nachgefragt) der Wert des Euros gegenüber dem Dollar und damit auch aller übrigen Währungen abgenommen hat. Zentralbankchef Mario Draghi, der dafür die Verantwortung trägt, blieb nichts anderes übrig, als über diesen Weg wenigstens den Versuch zu starten, die Volkswirtschaften des Südens über Wasser zu halten. Können sich hierdurch doch Unternehmen wie Private ‚billig‘ Geld besorgen, um damit zu investieren oder zu konsumieren. Vielleicht



Wäre man bei der Lohnentwicklung der roten Linie gefolgt, wären die Disparitäten, die heute die europäische Währungsunion zu zerreißen drohen, wohl nicht in dieser Schärfe aufgetreten

Lohnstückkosten in der Eurozone

Auf Euro-Basis, Index 1991-2013 = 100, ausgewählte europäische Staaten, 1999-2013



Quelle: Amec-Datenbank, Europäische Kommission, Bundeszentrale für politische Bildung 2014

Der Anteil der Löhne pro Stück (pro produzierter Einheit) ändert sich, wenn bspw. durch technischen Fortschritt oder bessere Arbeitsorganisation der Output steigt. Wenn an diesem Zuwachs gemessen, die Löhne nur unterproportional steigen, sinken die Lohnstückkosten. (In Deutschland ist dies bis 2007 geschehen). Frankreich, Belgien und Italien haben sich eigentlich vorbildlich verhalten, weil sie Lohnsteigerungen dem Anspruch nach in Höhe des Produktivitätsfortschritts plus einer Inflationsrate von zwei Prozent zugelassen haben.

erinnert sich der eine oder die andere noch an den ehemaligen Zentralbankchef der USA, Bernanke, der sich dazu verstieg, als Mittel gegen die lahrende Konjunktur Geld mit dem Hub-schrauber abwerfen und verteilen zu wollen.

Kein Mensch weiß so richtig, ob das mit der ‚lockeren Geldpolitik‘ funktioniert. Fest steht, dass ein Großteil dieses frischen Geldes darauf verwandt wird, Aktien zu kaufen, womit der eigentliche Zweck der Aktion verfehlt ist. Trotzdem hofft man, dass ein Teil des Geldes dann doch noch nachfragewirksam wird und der drohenden Deflation Einhalt gebietet. Setzte diese sich durch, wäre qua negativer Gewinnerwartungen die Abwärtsspirale von sinkender Investition, sinkender Beschäftigung und damit sinkender auch privater Nachfrage in Gang gesetzt,

von der niemand voraussagen könnte, welche Auswirkungen dies ökonomisch hätte und im Gefolge dessen, mit welchen politischen Verwerfungen dies verbunden wäre.

Ob am Ende die Währungsunion erhalten bleiben kann, ist offen. Nicht zuletzt werden die politischen Auseinandersetzungen zeigen, wieweit die Akteure bereit sind, bei den eigenen kurzfristigen Interessen zugunsten des übergeordneten Zieles eines Erhalts des Euros zurückzustecken. Dies wird nur gelingen, wenn man seitens der jetzigen Profiteure – allen voran Deutschland – bereit ist, den Verlierern großzügige Zugeständnisse zu machen.

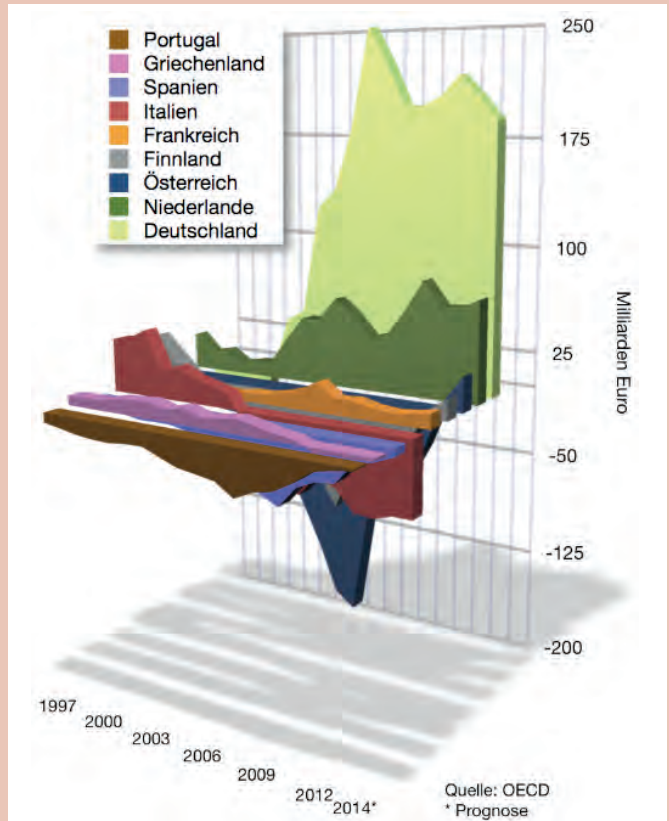
Was hat das nun mit der aktuellen Lohnrunde im öffentlichen Dienst zu tun? Löhne sind für den Staat Ausgaben, die – wenn man mal von der Möglichkeit der Ver-

schuldung absieht – nur finanziert werden können, wenn genügend Einnahmen vorhanden sind.

Entgegen den vielen Jahren zuvor, in denen der Staat einen Teil seiner Ausgaben über Schulden finanziert hat, ist er jetzt in der Lage – nicht zuletzt wegen der niedrigen Zinsen für die Refinanzierung seiner Altschulden –, auch höhere Ausgaben in Form von Lohnzuwächsen oder mehr Beschäftigung bspw. in Bildung zu stecken. Der größere Teil dieses Geldes würde nachfragewirksam, was sich positiv auf die Binnenkonjunktur auswirken würde. Bezogen auf die Güter, die wir aus dem europäischen Ausland importieren oder die Ausgaben, die dann über Auslandsreisen getätigt werden, würde dies zu einem erheblichen Teil den südlichen europäischen Partnerländern zugutekommen.

Das jetzige strukturelle

Ungleichgewicht mit seinen riesigen Exportüberschüssen, die aktuell wegen des niedrigen Euro-Kurses weiter befeuert werden, geht zu einem Teil zu Lasten der jetzigen Krisenstaaten des europäischen Südens. Das Bild des Deutschen, der alle anderen ‚Partner‘ an die Wand fahren lässt, hat hier seinen Ursprung. Da genügt es dauerhaft nicht, die eine oder andere Kompensationszahlung zu leisten, um die Widersprüche abzumildern. Man muss sich dessen bewusst sein, dass die wirtschaftlichen Erfolge der Deutschen zu einem Teil auf die restriktive Lohnpolitik der Vergangenheit zurückzuführen sind, die – entgegen aller Absprachen – sich nicht am Produktivitätsfortschritt plus Inflationsrate orientiert hat. Ein Zeichen auch der Schwäche der hiesigen Gewerkschaften, die – im Gegensatz zu den organisierten Kolleg_innen im Süden – dies nicht durchsetzen konnten. Man erinnere sich nur an das Wort des Bundesbank-Präsidenten Jens Weidmann Mitte letzten Jahres, der – wohl einmalig in der Geschichte – höhere Löhne forderte und die Gewerkschaften indirekt ermahnte, etwas zu tun, um die Löhne nachhaltig zu steigern.



Und das ist das Ergebnis: Bis auf Holland, das eine ähnliche restriktive Lohnpolitik wie die Deutschen betrieben hat, stehen die übrigen „Partnerländer“ mit dem Rücken zur Wand

Statt also mit der ‚Schwarzen Null‘ populistisch Politik zu

machen, gar die Schuldenbremse als Sachzwang ins Spiel zu bringen, muss man sich der ursprünglichen Vorsätze erinnern, die man mit Einführung der Währungsunion verabredete: Eine abgestimmte, koordinierte Haushalts- und Finanzpolitik. Das bedeutet dem Anspruch nach – auch wenn dies leider nicht wie die Verschuldungsregeln im Maastrichter Vertrag kodifiziert wurde – Lohnsteigerungen entlang der Produktivitätssteigerung der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung unter Einschluss der Inflationsrate. Hier gilt es seitens der Arbeitgeber und Gewerkschaften, aber eben auch der öffentlichen Arbeitgeber einiges nachzuholen.

JOACHIM GEFFERS

Seid umschlungen, Millionen

Im Hamburger Haushaltsjahr 2014 belaufen sich die bereinigten Gesamteinnahmen auf 12,3 Milliarden Euro und die bereinigten Gesamtausgaben auf 11,9 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich ein positiver Finanzierungssaldo von 422 Millionen Euro. Diese Zahlen sind das Ergebnis des sogenannten 13. Kassenlaufs, mit dem jeweils in der ersten Februarhälfte der vorläufige kamerale Haushaltsabschluss des Vorjahres festgestellt wird. Nach Angaben des Bundes-

finanzministeriums stiegen die Einnahmen der Ländergesamtheit bis einschließlich Dezember 2014 um 4,1 Prozent, die Ausgaben aber zugleich um 3,7 Prozent. In Hamburg fällt der Einnahmeanstieg deutlich höher, der Anstieg der Ausgaben erheblich niedriger aus. Die geplanten Defizite und Neuverschuldungen wurden seit 2011 jedes Jahr systematisch verringert.

12. Februar 2015, Senatspressdienst



Fotos: creative commons

Ein Tag zwischen Wut und Hoffnung

Die Blockupy-Proteste am 18. März in Frankfurt waren kraftvoll und vielfältig. Aber die mediale Berichterstattung spielte den Wenigen in die Hände, die zum Krawall machen gekommen waren

Die sensationsheischenden Meldungen und moralinsauren Reflexe sind so bekannt wie ermüdend: Von einem ungeahnten Ausmaß der Gewalt, wie es Frankfurt noch nie erlebt habe, war auf allen Sendern die Rede – eine im Lichte der Häuserkämpfe der 1970er Jahre und der Auseinandersetzungen um die Startbahn West in den 1980er Jahren ziemlich abwegige These. Medienvertreter_innen und Politiker_innen, welche die, bis dato stets friedlichen, Blockupy-Proteste gegen die in Europa herrschende Krisenpolitik in den zurückliegenden Jahren entweder ignoriert oder nur als mögliches Sicherheitsrisiko wahrgenom-

men hatten, empörten sich nun darüber, dass die inhaltliche Debatte um die Rolle der EZB durch die Ausschreitungen an den Rand gedrängt werde. Dabei wurde angesichts der in Endlosschleifen wiederholten Bilder von lodernnden Polizeifahrzeugen und Tränengasschwaden natürlich sofort ein „Brennpunkt“ zur besten Sendezeit eingerichtet. Sogar eine aktuelle Stunde des Bundestages wurde anberaumt, um das Entsetzen über die angeblich neue Qualität der Gewalt als politische Waffe gegen die Partei DIE LINKE, die (wie auch gewerkschaftliche Initiativen) zu den Protesten mit aufgerufen hatte, zu wenden.

Es ist eine zynische Aufmerksamkeitsökonomie, die hier befeuert wird. Denn erst die selektive Wahrnehmung der in Wahrheit sehr vielfältigen und kreativen Aktionen macht es den Organisatoren von Blockupy so schwer, ihre Strategie des zivilen Ungehorsams gegenüber dem Militanz-Fetisch einer kleinen Minderheit innerhalb der Bewegung durchzusetzen. Deren zentrales Argument ist nämlich stets, dass ohne flammende Bilder ohnehin niemand hinschaut.

Umso ärgerlicher ist es, wenn das Blockupy-Bündnis dann auch noch für die Eskalation verantwortlich gemacht wird. Im Mittelpunkt der Berichterstat-

tung stand nahezu durchgängig die Frage, in welchen Nuancen und Abstufungen sich die Organisator_innen von den Ausschreitungen distanzieren. Auch das ist ermüdend, weil von vorne herein klar war, dass Blockupy erneut einen Aktionskonsens propagiert hatte, der Blockaden und Störaktionen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes vorsah, gewaltsame Aktionen aber dezidiert ausschloss. Dahinter steht ein Lernprozess der linken Bewegungen: Über Jahre hinweg ist es bei Großprotesten immer häufiger gelungen, die Beteiligten Spektren übergreifend zur Einhaltung friedlicher Aktionskonsense zu bewegen. Das schließt an eine lange und ehrwürdige Tradition der Protestkultur an, die mit Namen wie Martin Luther King und Gandhi verknüpft ist und die unter hohem persönlichen Einsatz bewusst jene dramatischen Bilder liefert, die es braucht, um Themen zu setzen und vernachlässigte Konflikte zuzuspitzen. Dass ein Teil der Angereisten in

diesem Jahr mit anderen Absichten kommen würde, ließ sich schon im Vorhinein erahnen. Das ist im Ergebnis ärgerlich, denn es wirkt diskreditierend, erleichtert zukünftige Repressionen und wirkt auf viele Menschen abschreckend.

Es spricht für das Blockupy-Bündnis, dass dessen Sprecher_innen dies einerseits aussprachen, gleichzeitig aber nicht bereit waren, die mediale Fixierung auf die Gewaltfrage und die Forderung nach pauschaler Distanzierung von jeglicher Regelübertretung mitzumachen. Stattdessen korrigierten sie nicht nur breit kolportierte Falschmeldungen, wie etwa die von einem angeblichen Angriff auf eine Unterkunft für jugendliche Flüchtlinge. Sie betonten auch zu Recht, dass es angesichts der Verheerungen, die die Austeritätspolitik in vielen Ländern Europas angerichtet hat, nicht verwunderlich ist, wenn es zu Unruhen kommt. In Griechenland, Spanien oder Italien, von wo viele der mehrheitlich jungen

Demonstrant_innen angereist waren, ist das schon seit langem und oft in ganz anderen Dimensionen bittere Realität. Womöglich ist es überfällig, dass dies auch im Herzen des europäischen Krisenregimes zur Kenntnis genommen wird.

Es sei an dieser Stelle auch kurz daran erinnert, wie die Innenbehörden 2012 und 2013 mit Blockupy umgesprungen waren (vgl. hierzu hlz 5-6/2012). Trotz der völligen Abwesenheit von Gewalt seitens der Demonstrierenden waren pauschale Demoverbote ausgesprochen und bereits die Anreise von der Polizei massenhaft behindert worden. Hunderte wurden vorsorglich in Gewahrsam genommen und mit Platzverweisen für die gesamte Innenstadt belegt. Die Großdemonstration von rund 30.000 Menschen 2013 wurde nach wenigen hundert Metern ohne nachvollziehbaren Anlass gewaltsam von der Polizei gestoppt, fast 1000 Demonstrant_innen an der Spitze des

Fortsetzung Seite 28



Keine Fahrt ins Blaue

Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung »Reform« verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen ernst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines »Europäischen Investitionsplanes« werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können.

Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten zerstörerischen Auflagen, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine demokratische Entscheidung, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. Die neue Regierung braucht eine faire Chance. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientierung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarkenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf »Europa neu begründen« hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa. Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

www.europa-neu-begrunden.de

Erstunterzeichnende

Reiner Hoffmann, DGB • Frank Bsirske, ver.di • Robert Feiger, IG BAU • Alexander Kirchner, EVG • Michaela Rosenberger, NGG • Marlis Tepe, GEW • Michael Vassiliadis, IG BCE • Detlef Wetzel, IG Metall

Zuges blieben über rund 6 Stunden eingekesselt und wurden schließlich ausnahmslos abgeführt. Hunderte innerhalb und außerhalb des Kessels wurden immer wieder mit Pfefferspray und Schlagstöcken traktiert, wobei auch zahlreiche Journalist_innen von der Polizei verletzt wurden. Selbst für überzeugte Pazifist_innen war diese Ohnmachtserfahrung schwer erträglich. Man sollte sich diese Vorgesichte vergegenwärtigen, wenn man nun nach den Gründen für die Krawalle fragt.

Aber vielleicht sollte man auch einfach mal über anderes reden. Zum Beispiel darüber, dass die enorme Macht der Banken und Vermögenden – die wohl offensichtlichsste aller Krisenursachen – nicht nur unge-

Aber vielleicht sollte man auch einfach mal über anderes reden. Zum Beispiel darüber, dass die enorme Macht der Banken und Vermögenden nicht nur ungebrochen fortbesteht, sondern sogar wieder wächst.

brochen fortbesteht, sondern sogar wieder wächst. Der neuerliche Boom an den Aktienmärkten, dem jedes realistische realwirtschaftliche Fundament fehlt, bereitet selbst hart gesotenen Neoliberalen Kopfzerbrechen. Die Billionen, die die EZB an die Banken verteilt, werden überwiegend nicht in Investitionen umgesetzt, weil die öffentliche und private Nachfrage in vielen EU-Ländern infolge der Austeritätspolitik regelrecht zusammengebrochen ist. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU wachsen weiter, nicht zuletzt wegen der deutschen Dumpinglohn- und Exportstrategie. Sie bereiten den Boden für neue Krisen. Das Elend in griechischen Krankenhäusern, die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit

oder das Schicksal der Millionen, die in Spanien ihre Wohnungen verloren haben und in tiefe Schulden gestürzt worden sind, die Zerstörung von sozialstaatlicher Infrastruktur und Arbeitnehmerrechten – all das ist nichts anderes als eine Bankrott-erklärung der viel beschworenen „europäischen Wertegemeinschaft“.

Der schlimmste Schaden aber, den Schäuble, Draghi und Co. anrichten, besteht wohl darin, dass sie die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie aushebeln. Viele EU-Staaten erleben einen spektakulären Einbruch an politischer Legitimation (insbesondere der Sozialdemokratie). Vor allem der Umgang mit der SYRIZA-Regierung, die laut jüngsten Umfragen von rund 70 Prozent der Menschen in Griechenland unterstützt wird und die für die linken Bewegungen in Europa zum Kristallisationspunkt der Hoffnung auf Wandel geworden ist, sorgt für tiefe Verbitterung. Selbst die Minimalforderungen, die schlimmsten Auswüchse der humanitären Notlage zu bekämpfen und Luft für die Umsetzung wirklicher Reformen (etwa im Bereich der Steuereintreibung) zu erhalten, werden bisher abgeschmettert. Die EZB hat sogar den Geldhahn für die griechischen Banken zugekehrt, indem sie griechische Staatsanleihen neuerdings nicht mehr als Sicherheiten anerkennt. Der oberlehrerhafte Ton der deutschen Politik und Berichterstattung ist schlicht unsäglich, wird mit ihm doch eine Politik verteidigt, deren Scheitern geradezu himmelschreiend offensichtlich ist. Die vielen überzeugenden Vorschläge von SYRIZA für einen neuen Umgang mit der Verschuldungskrise werden ignoriert, um stattdessen über den unkonventionellen Dresscode und den (wahrscheinlich virtuellen) Mittelfinger des griechischen Finanzministers zu lamentieren. Die Forderung nach

einer europäischen Schuldenkonferenz und einem europäischen Investitionsprogramm, das diesen Namen verdient hat, auch nach der überfälligen

Der schlimmste Schaden aber, den Schäuble, Draghi und Co. anrichten, besteht wohl darin, dass sie die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie aushebeln.

Harmonisierung der Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik weisen in eine Richtung, die auch von den Spitzen der deutschen Gewerkschaften angemahnt, aber leider nicht offensiv genug vertreten wird. Es ist ein im besten Sinne europäisches Programm, das in Athen vorgeschlagen wird. „Anti-europäisch“ ist dagegen die Austeritätspolitik, die wesentlich dazu beiträgt, dass der Glaube an die Gültigkeit demokratischer Grundwerte schwindet und Parteien wie der Front National die politische Landschaft in Europa umpflügen.

Blockupy ist insofern kein bloßes Protestevent, sondern Teil einer sich zuspitzenden Auseinandersetzung, die mit gutem Recht historisch genannt werden kann. Europa steht faktisch am Scheideweg, so sehr die EZB mit ihrer Geldschwemme auch weitere Zeit kaufen und neue Spekulationsblasen befeuern mag. Die europäischen Eliten haben bisher keine tragfähige Strategie zur Lösung der größten kapitalistischen Krise seit Anfang der 1930er Jahre. Die Kriege und Flüchtlingsströme an den Rändern Europas sollten uns daran erinnern, dass dabei viel mehr auf dem Spiel steht, als die ohnehin verlorenen und unnötig zur Stützung maroder Banken verschleuderten Schulden des kleinen Griechenland.

MAX LILL

Lasst Frauen sichtbar werden

Frauen machen mindestens die Hälfte der Menschheit aus, aber wenn es um Erinnerung geht, dominieren immer noch die Männer

Wie viele Schulen in Hamburg sind eigentlich nach Frauen und wie viele nach Männern benannt? Diese Frage stellte sich mir als Lehrerin einer von zwei fusionierenden beruflichen Schulen beim Nachdenken über einen Namensvorschlag. Ein neuer Name – ich sah es als Herausforderung und spannende Forschungsaufgabe. Ein Kind wird geboren und die Frage: „Wie soll es heißen“ beschäftigt alle Beteiligten sehr. Hier spielt die Geschlechterentscheidung nur in wenigen Fällen eine Rolle. Sie ist vorgegeben. Schwieriger ist es da bei Entscheidungen über Namen im öffentlichen Raum: Straßen, Plätze, Brücken, Schulen. Bei der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg bekam ich Auskunft.

2500 Straßen in Hamburg sind nach Männern benannt und nur 357 nach Frauen oder anders: rund 88% der nach Personen benannten Straßen sind nach Männern und gerade mal 12% nach Frauen benannt. In diesen 12% sind auch diejenigen Frauennamen berücksichtigt, die sich auf Fabelwesen, Märchenfiguren oder literarischen Gestalten beziehen. Die neue Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg „Ein Gedächtnis der Stadt“ (Januar

2015) gibt einen aktuellen Überblick und analysiert. Von Geschlechtergerechtigkeit sind wir also in diesem Punkt weit entfernt. Warum wird Frauen im öffentlichen Gedächtnis nur wenig Platz eingeräumt? Die Ursachen kennen wir alle oder etwa nicht?

Die Straßenbenennungen unterliegen natürlich den gesell-



Olga Essig (1884 – 1965), 1929 erste Frau als Oberschulrätin für das gesamte HH Berufsschulwesen, baute das HH Berufsschulwesen für Mädchen auf

schaftspolitischen Entwicklungen. Interessant ist, dass 45% der insgesamt nach Frauen benannten Straßen zwischen 1974 und Januar 2015 ihren Namen erhielten. Dies zeigt einen Erfolg der Forderungen von Frauen nach Gleichstellung. Doch auch in diesem Zeitraum wurden die Männer überproportional bei den Straßenbenennungen bevorzugt. Es gibt also noch großen Hand-

lungsbedarf! Der Senat hat am 5. März 2013 im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die Jahre 2013 – 2015 auch auf die Benennung von Straßen verwiesen: „Die Benennung von Straßen und Verkehrsflächen ist mehr als schlichte Namensgebung, sondern kann auch Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung sein. Personennamenbenennungen von Straßen und Plätzen sind Konzentrationpunkte öffentlicher Aufmerksamkeit. Diese Benennungen sind unter Umständen Anlass für die Betrachterin und den Betrachter, sich mit dem Lebenswerk oder auch dem Leidenswerk der jeweiligen Persönlichkeit zu befassen... Der Senat ist daher bestrebt, die Anzahl der nach Frauen benannten Verkehrsflächen zu erhöhen.“(S. 85)

Soweit also der Stand bezüglich Straßen, Plätzen und Brücken. Aber es gibt doch auch öffentliche Gebäude und darunter fallen die Schulen. Wie sieht es da aus? In der offiziellen Datenbank sind alle Schulen Hamburgs aufgeführt. Ich konnte auf kein fertiges Ergebnis zurückgreifen und habe nun alle 481 Schulen in HH selbst ausgezählt. Und welches Ergebnis? Von diesen 481 Schulen haben 139 einen Namen, der einen Bezug zu einer Person herstellt. Nun die Anteile: 108 Schulen werden nach Männern benannt und nur

31 nach Frauen. Das bedeutet, dass in Hamburg 78% der nach einer Person benannten Schulen nach einem Mann und nur 22% nach einer Frau benannt wurden.

Wenn wir bedenken, dass wir bereits im Jahre 2015 leben, ist dies gleichstellungspolitisch eine Katastrophe.

Fortsetzung Seite 30

Namensvorschläge

Für Berufliche Schulen mangelt es nicht an vorbildhaften Frauen.

Marie Glinzer – Lehrerin, Leiterin der von Emilie Wüstenfeld gegründeten Gewerbeschule für Mädchen. Geboren am 3.12.1843 in Hamburg – gestorben am 6.12.1921 daselbst.

Nach dem frühen Tod ihres Vaters wurde die 12-jährige Marie Hartner als Pflegetochter in den Haushalt Emilie Wüstenfelds aufgenommen, um ihrer einzigen Tochter Marie Gesellschaft zu leisten. Sie besuchte die Schule des von Charlotte Paulsen und Emilie Wüstenfeld gegründeten „Frauenvereins zur Unterstützung der Armenpflege“. 1860 begann ihre Ausbildung zur Erzieherin. Im Alter von 16 Jahren kam Marie Hartner zu Bertha Ronge nach London, bei der sie die Arbeit in einem Fröbelschen Kindergarten kennen lernen sollte. 1861 engagierte Emilie Wüstenfelds Freundin Malwida von Meysenbug Marie Hartner als Gehilfin für die Erziehung der neunjährigen Olga Herzen, Tochter des im Londoner Exil lebenden russischen Revolutionärs Alexander Herzen. Nach vier Jahren Aufenthalt im Ausland kehrte Marie Hartner 1864 nach Hamburg zurück. Marie Hartner begann ihre Ausbildung zur gewerblichen Lehrerin. Am 3. November 1866 weihte sie die vom Hamburger

Verein zur Unterstützung der Armenpflege gegründete Schule des Paulsenstifts mit ein und unterrichtete an der neuen „Industrieklasse“. Marie Hartner wurde 1867 mit der Leitung der Klasse betraut, die sich im dritten Stock des Hauses Großer Burstah 12/16 zu Hamburgs erster Gewerbeschule für Mädchen entwickelte. Schneidertische und Nähmaschinen waren die erste

nach der Natur, Malen, Porzellan- und Holzmalerei, Lithographie wurden eingeführt. Die Anfangsgründe der Physik und Chemie, Deutsch, Rechnen und Elementargeometrie, Buchführung und Schreiben traten hinzu. Man arbeitete für Kunden. Im Herbst 1867 kam Dr. Ernst Glinzer aus Kassel als Lehrer an die Baugewerkschule nach Hamburg und unterrichtete auch an der Gewer-

beschule für Mädchen. Marie Hartner und Ernst Glinzer wurden getraut. Marie Glinzer wurde Mutter von 3 Kindern. Sie setzte ihre Arbeit als Lehrerin fort. Nach dem Tod von Emilie Wüstenfeld kollidierten die Pläne des Vorstandes des Frauenvereins mit Marie Glinzers Auffassungen. Um seiner Frau weiteren Ärger zu ersparen, kündigte Ernst Glinzer die Stelle seiner Frau, was seine Frau sehr kränkte. Die Arbeit der Schulleitung hatte Marie Glinzer besser übertragen als die der Hausfrau und Mutter.



Marie Glinzer – Leiterin der von Emilie Wüstenfeld gegründeten Gewerbeschule für Mädchen

Ausrüstung. Hand- und Maschinennäherei, Wäsche und Kleiderzuschneiden und -anfertigen waren die ersten Arbeiten, Musterentwerfen und Zierhandarbeiten, alle Ausbesserungen, Waschen und Plätten traten hinzu. Zeichnen, Körperzeichnen, Zeichnen nach Pflanzenmodellen und

Der Abschied von der Erwerbsarbeit war Marie Glinzer zeitlebens nahegegangen.

Marie Kortmann (1851 – 1937), Lehrerin an der Gewerbeschule für Mädchen.

Für Olga Essig und Marie Kortmann stehen Grabsteine im Garten der Frauen auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

So richtig verstehen kann ich nicht, warum sich nicht mehr Schulen für einen Personenbezug in ihrem Namen entscheiden. Es ist eine Herausforderung und ein Ansporn, sich mit der gewählten Person auseinanderzusetzen, zu forschen, Projekte durchzuführen und mit den Schülerinnen und Schülern über die jeweilige persönliche Geschichte dieser Person als Spiegel der Zeit auch den Bezug zur Geschichte allgemein zu erarbeiten. Nicht zu vergessen die Erinnerungskultur. Warum wird diese Chance nicht wahrgenommen? Siegfried Lenz hat gesagt: „Auf Erinnerung bestehen, kann mitunter schon Widerstand sein.“

Im Hinblick auf die Namensgebungsprozesse ist das eine sehr interessante Aussage.

„Ergreift die Chance!“, möchte ich hiermit allen Kolleginnen und Kollegen in den Schulen und auch den Mitgliedern von Schulkonferenzen und Schulvorständen

den ans Herz legen.

Es gibt viele Vorschläge in der Hamburger Frauenbiografien-datenbank. So heißt es unter www.hamburg.de/frauenbiografien, erarbeitet von Rita Bake:

Trotz aller Leistungen von Frauen scheint die Erinnerung an sie schneller zu verblasen, sind die Archive und Netze der Erinnerung besonders löchrig – erweist sich die Wertschätzung weiblichen Wirkens als gering. Wie oft heißt es, wenn auch Frauen geehrt werden könnten: „Uns ist dazu keine Frau von Bedeutung bekannt!“

Ein Argument, das in Zukunft keine Chance hat, denn es gibt jetzt diese Datenbank. Eine Bank, die ihren Anlegerinnen und Anlegern hohe Renditen verspricht, denn das Kapital ist das historische Wissen. Geschöpft aus Archivmaterialien, Lexika, Zeitungsartikeln und -notizen, aus veröffentlichten Biografien, zusammengetragen und erforscht

von Einzelpersonen etc. bietet die Datenbank die beste Voraussetzung für eine hohe gesellschaftliche Wirksamkeit – im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Die Früchte dieser Datenbank sollen die Bedeutung von Frauen für Hamburgs Geschichte leicht zugänglich machen und selbstverständlich in den Alltag von heute tragen. Bei der Suche nach einem neuen Schulnamen wurden wir dann u.a. mit Hilfe der Informationen der Landeszentrale für Politische Bildung rasch fündig. Wie sich das alles entwickelt hat, haben aufmerksame HLZ-Leserinnen und -Leser in den letzten drei Ausgaben verfolgen können. Leider muss ich bei diesem konkreten Fall sagen: Die Chance wurde nicht wahrgenommen.

GERLINDE HARTMANN
Berufliche Schule für Wirtschaft und Steuern, H12 – Mitglied im Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik-
Que(e)rnschnitt der GEW Hamburg

Was ich mir wünsche:

Ich wünsche mir, ...

- ... einen Schulnamen, der wundervoll klingt.
- ... einen Schulnamen, der Orientierung gibt und Vorbild ist.
- ... einen Schulnamen, der Identität stiftet.
- ... einen Schulnamen, der die Interkulturalität der Schüler- und Lehrerschaft abbildet.

- ... einen Schulnamen, der ein zeitgemäßes Menschenbild präsentiert.
- ... einen Schulnamen, der das Schulprogramm widerspiegelt.
- ... einen Schulnamen, der hervorhebt und betont.
- ... dass ich träumen und meine Träume leben darf.

SUSANNE JACOBS
H12

Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen

Vom 14.05. – 17.05.2015 findet das 22. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Im Mittelpunkt werden wieder schulpolitische und für lesbische Lehrerinnen relevante Themen wie z. B. Coming Out, Umgang mit Homophobie und rechtliche Aspekte stehen. Daneben werden kreative, literarische und sportliche Programmpunkte stehen. Zudem wollen wir uns bei einem Waldspaziergang dem persönlichen Austausch widmen. Das Treffen bietet den Rahmen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Netzwerke zu intensivieren.

Alle interessierten Anwärtinnen, Lehrerinnen aller Schulformen, in Schulleitung Tätige und auch nicht mehr aktive Kolleginnen sind herzlich eingeladen.

Nähere Informationen und Anmeldung unter:

www.waldschoesschen.org

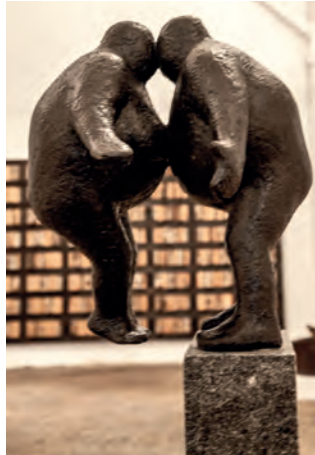
Gefördert von GEW Schleswig-Holstein und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB

Nicht nachgefragt

Der Autor vermisst die Darstellung der Argumente aller an der Schulfusion Beteiligten

Es gab in den letzten Monaten einige politische Ereignisse und Vorgänge, die bei mir Entsetzen ausgelöst haben. Die Findung des Namens für eine berufliche Schule in Hamburg gehörte bisher nicht dazu. Dankbar war ich deshalb über den Artikel „Vom Abbruch zum Aufbruch“, der mir die historische Dimension eines Schulnamens deutlich gemacht hat. Informiert wurde ich auch über Prozesse und Probleme einer Schulfusion. Schade nur, dass der Autor zu der Frage des Schulnamens der Fusionschulen H3 und H12 die Prinzipien für eine erfolgreiche Fusion selber missachtet, indem er als Pensionär der H12 zwar Kontakt mit seiner ehemaligen Schule aufgenommen hat („Gespräche mit Kolleg_innen, Teilen der Schulleitung der H12 und Veröffentlichungen der Lokalpresse“), aber offensichtlich nicht das Kollegium der H3 befragt bzw. dort das Gespräch gesucht hat.

Das wird dann auch noch mit dem Bild des Eingangsbereiches der H12 dokumentiert die H3 kommt nicht vor. Wenn man als



Von der Schwierigkeit der leichten Diskussion

HLZ-Redakteur zu einem Urteil über das Kollegium einer Schule kommen will, hätte dies zum

Mindeststandard einer anständigen Recherche gehört.

Ähnlich Rainer Elling, der Autor des Artikels „Wäre stolz“. Er kennt die Argumente des Kollegiums nicht, macht sich aber auch nicht die Mühe, diese zu erfragen. Ist anscheinend nicht nötig. Ein Urteil ist aufgrund der Schwere des Vergehens schnell abgeschrieben: „Mut zur Identitätslücke“!

Angeführt wird immer wieder die Projektarbeit und das Votum der BOS-Schüler_innen. Elegant übergangen wird dabei, dass es sich bei dieser Schulform nur um einen Bruchteil der Schülerschaft der H12 handelt, wie man übrigens sehr schön auf dem Foto zu dem Artikel „Vom Abbruch...“ sehen kann, dort sind alle Schulformen der H 12 aufgelistet (s. hlz 1-2/15, S. 52). Die Schülerschaft der H 3 wurde überhaupt nicht gehört.

Bisher dachte ich, dass man, wenn man eine Sache für richtig und wichtig hält und diese durchsetzen will, man dafür argumentiert, andere Menschen und Kollegen überzeugt, sich demokratischen Voten stellt und diese dann akzeptiert. In diesem Fall habe ich mich getäuscht.

MANFRED GERL
ehemals H 3

Merkwürdiges Demokratieverständnis

Fragen und Kritik zu der Darstellung des Prozesses der Namensfindung der fusionierenden beruflichen Schule

Zunächst mit Erstaunen und Verwunderung, dann mit Erschrecken habe ich den Disput

bzgl. des neuen Schulnamens der Fusionsschulen H3 und H12 in der hlz 1-2/2015 zur Kenntnis

genommen. Das Erschrecken stellte sich – zunehmend – beim Lesen des Beitrags von Stefan Gierlich ein. Man mag zwar noch trefflich darüber streiten können, ob es wirklich nötig war, dem Beitrag „Überwältigende Mehrheit empört“ von H. Nimz (im Namen der Betriebsgruppe der H3) im selben Heft eine Replik von S. Gierlich gegenüberzustellen.

Inhaltlich ist die von S. Gierlich gewählte Form der Auseinandersetzung meines Erachtens aber teilweise äußerst fragwürdig:

Weshalb wird von ihm behauptet, die Namensdebatte sei „offensichtlich ohne große Begeisterung“ (Zitat) notwendig gemacht worden? Was soll damit suggeriert werden?

Weshalb wird in seinem Beitrag das Wort einstimmig (bzgl. der Entscheidungen der Schulvorstände der H3 und der H12) in Anführungszeichen gesetzt? Soll damit suggeriert werden, dass diese Entscheidungen nicht einstimmig waren?

Weshalb werden diese demokratischen Entscheidungen von S. Gierlich gleich wieder in Frage gestellt, indem angeführt wird, dass sie nur „... ein aktuelles, aber eben vorläufiges Stimmungsbild“ (Zitat) spiegeln würden? (Einstimmige) Entscheidungen von Schulvorständen sind weit mehr als ein „Stimmungsbild“!

Weshalb wird von S. Gierlich „einfach mal so“ in den Raum gestellt, dass die „... eigentliche Entscheidung... offensichtlich...“ (Zitat) noch ausstehen würde?

Weshalb hält es S. Gierlich für nötig, das „kämpferische Bewusstsein“ der Kolleg_innen der H3 – zumindest bezogen auf die Gegenwart – in Frage zu stellen?

Für mich offenbart sich in dem Beitrag von S. Gierlich ein merk-



Foto: Stefan Gierlich

Hand anlegen zum besseren Durchblick

würdiges und fragwürdiges Demokratieverständnis!

Sollte es sich dabei nicht nur um das seine, sondern das der hlz-Redaktion – oder gar des GEW-Landesvorstands – handeln, müsste ich mir, nach fast 25-jäh-

riger Mitgliedschaft, wohl ernsthaft die Frage stellen, ob die GEW noch „meine“ Gewerkschaft ist!

TORSTEN VAN DER HEYDEN
Mitglied des PR des Gymnasiums
Kaiser-Friedrich-Ufer

gb@ präsentiert Gewerkschaftsfestival in England

Das Tolpuddle Martyrs Festival ist ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland, das in Form eines internationalen Camps stattfindet und Jahr für Jahr mehr Menschen anlockt, um an einem Wochenende Musik, Unterhaltung und Politik zu erleben. Es erinnert an die Märtyrer von Tolpuddle/Dorset, die bei der Entstehung von Gewerkschaften in Großbritannien eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Unterkunft ist in Zelten bzw. in Pubs der umliegenden Dörfer. Wir treffen auch Kolleg_innen der englischen Lehrer_innen_gewerkschaften. Eine eigene Anreise ist ebenso möglich.

Fr. 17.07.2015 – So. 19.07.2015

Tolpuddle, Dorset, England www.tolpuddlemartyrs.org.uk

Leitung: Frank Hasenbein

Kostenanteil: 250 EUR (ermäßigt 170 EUR) Unterkunft im Zelt auf dem Festivalgelände

390 EUR (ermäßigt 290 EUR) Unterkunft im Hotel

Das Seminar kann auch ohne Hin- oder Rückflug gebucht werden. Das Entgelt ermäßigt sich dann um 140 EUR (70 EUR pro Strecke).

Weitere Angebote unseres Bildungswerkes gb@ finden sich auf Seite 62 und unter www.gew-hamburg.de

Langfristige Arbeitsverträge?

Der Code of Conduct für gute Arbeit in der Wissenschaft wirkt

Mit dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungssituation von wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen haben Vertreter_innen der staatlichen Hamburger Hochschulen, der Behörde für Wissenschaft und Forschung (Federführung), der Gewerkschaften und Personalräte von März bis Dezember 2013 in einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Titel „Gute Arbeit an Hamburgs Hochschulen“ eine Verständigung über eine Reihe konkreter Maßnahmen erzielt. Diese zielen zum einen auf gesetzliche Regelungen im Hamburgischen Hochschulgesetz (HmbHG), zum anderen auf einen Code of Conduct, d.h. eine freiwillige Selbstverpflichtung der Hochschulen (hlz 8-9/2013, 12/2013 und 1-2/2014). Die gesetzlichen Änderungen wurden mit der Novelle des Hochschulgesetzes im Sommer 2014

wirksam, die Regelungen des Code of Conduct wurden in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen integriert, die zwischen der Behörde und den Hochschulen vereinbart wurden sowie an einigen Hochschulen auch in den jeweiligen Akademischen Senaten behandelt und beschlossen. Nun, gut ein Jahr nach Abschluss der AG-Arbeit, hat die Behörde zu einem Treffen geladen, auf dem es um die Umsetzung der Maßnahmen geht. Gehen die Hochschulen nun verantwortungsbewusster mit ihrer Personalverantwortung um? Wirkt der Code?

Fragen zur Umsetzung des Code of Conduct

Für die Sitzung im Januar 2015 hatte die Behörde im Vorfeld Fragen zur Umsetzung des Code of Conduct verschickt und die in der AG beteiligten Vertreter_innen der Uni Hamburg, der

TU Hamburg-Harburg sowie der Hafencity Universität (HCU) gebeten, diese zu beantworten. Im Folgenden wird auf die Antworten der Universität Hamburg, der mit Abstand größten Hamburger Hochschule, eingegangen sowie auf die Diskussionen in der AG.

Für *wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit dem Ziel der Promotion*, so der Kanzler der Uni, gelte nun, dass der Erstvertrag bei Doktorand_innen grundsätzlich drei Jahre bei einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent laufe. Dieses ist so auch in den Musteraus-schreibungstexten geregelt, so dass sichergestellt wird, dass sich alle Bereiche daran halten. Abweichungen müssen mit dem Personalrat für das Wissenschaftliche Personal (WIPR) abgestimmt werden; es darf nur in begründeten Ausnahmen davon abgesehen werden. Was den

Vereinbarte Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen

Für *wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit dem Ziel der Promotion* wurde gesetzlich festgelegt, dass in Zukunft alle Promotionsstellen mindestens halbe Stellen sein müssen und mindestens ein Drittel der Arbeitszeit für das Verfassen der Dissertation zur Verfügung stehen muss.

Für *wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit dem Ziel der Habilitation* wurde gesetzlich verankert, dass ihre dreijährige Vertragslaufzeit um weitere drei Jahre verlängert wird, wenn ihre Arbeitsergebnisse positiv evaluiert werden.

Für *wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit ausschließlicher Lehrtätigkeit* wurde der Satz in das Hochschulgesetz aufgenommen, dass, wenn „überwiegend Daueraufgaben in Forschung und Lehre wahrgenommen werden, [...] hierfür

Stellen zur unbefristeten Beschäftigung vorzuhalten“ sind. Im Code of Conduct wurde festgehalten, dass die Hochschulen Abweichungen von unbefristeter Beschäftigung bei Daueraufgaben regelmäßig evaluieren sollen.

Für *wissenschaftliche MitarbeiterInnen auf (drittmittelfinanzierten) Projektstellen* wurde im Code of Conduct festgehalten, dass die Laufzeit von Verträgen der Laufzeit der Projektmittel entsprechen muss.

Für *Lehrbeauftragte* wurde im Code of Conduct festgeschrieben, dass ein angemessener Vergütungsanspruch besteht. Darüber hinaus verpflichteten sich die Hochschulen, den Umfang der Lehraufträge zu evaluieren und darüber zu berichten.

Zeitanteil für das Verfassen der Dissertation betrifft, so sei hier noch ‚Überzeugungsarbeit‘ in den Fakultäten zu leisten. Das Dekanat der juristischen Fakultät ließ verlauten, dass dies wegen der Fülle an Aufgaben „nicht gehe“, der Kanzler stellte in der AG fest, dass es dennoch klappen sollte. Wem der gesetzlich verankerte Anspruch nicht zugestanden wird, der solle sich zuerst beim Dekanat und folgend beim Kanzler melden.

Für *wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit dem Ziel der Habilitation* wurde festgestellt, dass die Bewertungsverfahren in fachlicher Zuständigkeit in den Fakultäten durchgeführt werden,

Eine Erfassung, ob befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete überführt wurden, bilden die derzeitigen Datensysteme nicht ab

dort jedoch nach erfolgreichen drei Jahren nicht immer für weitere drei, sondern teilweise nur für ein oder zwei Jahre verlängert werde. Hier sagte der Kanzler zu, die Verwaltung dementsprechend anzuweisen.

Zur Entfristung von *wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen mit ausschließlicher Lehrtätigkeit*, sofern sie Daueraufgaben verrichten, berichtete der Kanzler von einem Bewusstseinswandel bei den Dekan_innen. Deren Antwort auf die Anforderung unbefristete Verträge zu vergeben, lautete lapidar: „Langfristige Arbeitsverträge? Dann müssen wir aber die Probezeit ernst nehmen...“. So ist es. Wie der Kanzler ausführte, ist mit dem Personalrat für das Wissenschaftliche Personal (WIPR) vereinbart, für den Zeitraum bis zum Jahresende 2015 für befristete Beschäftigung auf Stellen mit Daueraufgaben eine Begründung durch die Beschäftigungsbereiche einzureichen. Es ist zudem vereinbart worden, dass die Begrün-

dungen zunächst bis zum Jahresende gesammelt werden und dann eine Evaluation stattfinden soll. Die Frage, wie viele der auf befristeten Stellen wahrgenommenen Daueraufgaben in eine unbefristete Beschäftigung überführt worden sind bzw. für wieviel Stellen dies konkret beabsichtigt ist, konnte nicht beantwortet werden. Es gäbe diese Fälle, aber eine Erfassung, ob befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete überführt wurden, bildeten die derzeitigen Datensysteme nicht ab. Hier wird die GEW weiter nachfragen.

Für *wissenschaftliche Mitarbeiter_innen auf (drittmittelfinanzierten) Projektstellen* wurde festgehalten, dass, wenn festgestellt wird, dass Projekt- und Vertragslaufzeit nicht übereinstimmen, die Anforderung einer Begründung durch den Bereich erfolgt. Diese Begründungen werden bei dem Personalrat für das Wissenschaftliche Personal (WIPR) eingereicht. Erkennbar wurde in der Diskussion das Bestreben der Personalverantwortlichen, nun innerhalb von Projekten Teilprojekte zu definieren, um die getroffene Regelung zu unterwandern. Hier wird die Zukunft zeigen, wie die Projektverantwortlichen mit den Vorgaben umgehen. Auch hier wird die GEW am Ball bleiben und die Entwicklung beobachten.

Für *Lehrbeauftragte* wurde festgestellt, dass die Pflicht, hierüber gegenüber der Behörde zu berichten, mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2015/16 erstmals von der BWF vorgesehen ist.

Der Code wirkt

Seit 2010 setzt sich die GEW mit dem Templiner Manifest (www.templiner-manifest.de) für den „Traumjob Wissenschaft“ ein. 2012 haben wir mit dem Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ (www.herrschinger-kodex.de) aufgezeigt, wie jede Hochschule



und jede Forschungseinrichtung für berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen sorgen kann. Im 2013 beschlossenen Aktionsprogramm zur Umsetzung des Templiner Manifests (www.gew.de/Page25707.html) haben wir Bund, Ländern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und den Tarifpartnern konkrete Schritte auf dem Weg zum „Traumjob Wissenschaft“ vorge-

„Langfristige Arbeitsverträge? Dann müssen wir aber die Probezeit ernst nehmen...“

schlagen, außerdem im Köpenicker Appell (www.gew.de/Koepenicker_Appell.html) drei Sofortforderungen an die neue Bundesregierung adressiert. Steter Tropfen höhlt den Stein. Heute leugnet niemand mehr die massiven Probleme, Verbesserungen werden in Aussicht gestellt – das Templiner Manifest wirkt in Bund, Ländern und an den Hochschulen. Der Hamburger Code ist ein Erfolg auch der bundesweiten Aktivitäten der GEW für den „Traumjob Wissenschaft“.

Abschließend wurde in der AG die Vereinbarung getroffen, sich in einem Jahr erneut zu treffen, um die Umsetzung des Codes weiter zu diskutieren und gegebenenfalls nachzusteuern.

FREDRIK DEHNERDT
stellvertretender Vorsitzender
GEW Hamburg

Starke Lernzuwächse

Eine Untersuchung zu den Leistungsentwicklungen an sechs Standorten bringt außerordentliche Ergebnisse zu Tage – und Skepsis bei der Opposition

Noch kurz vor den Wahlen überraschte die Behörde mit den Ergebnissen einer Untersuchung, die zeigten, dass entgegen gängiger Erwartungen die Leistungen von Schüler_innen an Stadteilschulen durchaus steigerbar sind und sogar Anschluss an das Leistungsniveau der Gymnasien finden.

Wir zitieren im Folgenden Ausschnitte aus der Studie:*

Sechs Stadteilschulen haben zu Beginn des laufenden Schuljahres die Lernaussgangslagen ihrer insgesamt 739 Schülerinnen und Schüler unmittelbar nach deren Eintritt in die gymnasiale Oberstufe (Jahrgangsstufe 11) erheben lassen. Ermittelt wurden die Lernstände in den Kompetenzbereichen Leseverständnis, Orthografie, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften, des Weiteren Hintergrundmerkmale der Schüle-

rinnen und Schüler sowie deren (fachbezogene) Selbstkonzepte. Die Teilnahmequoten lagen zwischen 88 und 95 Prozent.

Die verwendeten Tests waren fünf Jahre zuvor im Rahmen der KESS-Studie eingesetzt worden. So war es möglich, die Lernaussgangslagen der aktuellen Elftklässlerinnen und Elftklässler mit den Lernständen der Elftklässlerinnen und Elftklässler des KESS-Jahrgangs zu vergleichen. Dieser Vergleich erlaubt erste Rückschlüsse einerseits auf die Wirksamkeit der seither schulischerseits ergriffenen Maßnahmen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung, andererseits auf mögliche standortbezogene Auswirkungen der mit der Einführung des „Zwei-Säulen-Modells“ eingetretenen Veränderungen. Drei der sechs Schulen waren zum Zeitpunkt der KESS-Erhebung Integrierte Ge-

samtschulen, zwei Schulen waren Kooperative Gesamtschulen und eine Schule war vor dem Inkrafttreten der Schulgesetznovelle ein Aufbaugymnasium.

Zur Einordnung der von den rund 700 Elftklässlerinnen und Elftklässlern der sechs Stadteilschulen in den untersuchten Kompetenzbereichen im Durchschnitt erreichten Lernstände dienen die mittleren Lernstände aller Elftklässlerinnen und Elftklässler des fünf Jahre zuvor getesteten KESS-Jahrgangs (Referenzgruppe). Die Mittelwertdifferenzen beider Schülerjahrgänge werden in Effektstärken wiedergegeben (ein statistisches Maß, das als dimensionslose Zahl nicht von der Maßeinheit der einzelnen Kompetenzskalen abhängt und unabhängig von der Stichprobengröße ist). Die farblichen Markierungen kennzeichnen die pädagogische Relevanz der ermittelten Unterschiede:

- sehr großer Leistungsvorsprung (Effektstärken ab 0,60)
- substantieller Leistungsvorsprung (Effektstärken ab 0,30)
- deutlicher Leistungsvorsprung (Effektstärken ab 0,20)
- moderater Leistungsvorsprung (Effektstärken ab 0,10)
- kein bzw. geringfügiger Leistungsunterschied (Effektstärken zwischen -0,10 und +0,10)
- moderater Leistungsrückstand (Effektstärken ab -0,10)
- deutlicher Leistungsrückstand (Effektstärken ab -0,20)

Mittelwertdifferenzen nach Kompetenzbereichen und Schule

Referenzgruppe: 3-jährige Oberstufen des KESS-Jahrgangs (Effektstärken)

	Schule A	Schule B	Schule C	Schule D	Schule E	Schule F
Lesen	0,22	0,64	1,07	0,57	0,93	0,89
Orthografie	-0,12	0,06	0,32	0,78	0,26	0,15
Englisch	0,41	-0,20	0,33	0,35	0,37	0,35
Mathematik	-0,11	-0,10	0,40	0,16	0,45	0,34
NaWi	-0,09	-0,09	0,84	0,40	0,86	0,43

Hinweis: Eine Effektstärke von 0,4 entspricht näherungsweise dem Lernzuwachs innerhalb eines Schuljahres („Lernjahres“).

Erläuterung JG: Dies hieße bspw., dass es der Schule C gelungen ist, die Leistungen in Naturwissenschaften gegenüber dem Referenzjahrgang fünf Jahre zuvor um zwei (!) Jahre zu steigern. In Bezug auf die Lesekompetenz gelang es sogar vier von sechs Schulen, die Kompetenz um 1 ½ bis 2 ½ Jahre zu steigern.

Berechnet wurde für alle Elftklässlerinnen und Elftklässler der sechs Stadtteilschulen, für die Elftklässlerinnen und Elftklässler des KESS-Jahrgangs, die in eine dreijährige Oberstufe eingetreten waren und für die

Elftklässlerinnen und Elftklässler des KESS-Jahrgangs, die in die zweijährige Oberstufe der grundständigen Gymnasien eingetreten waren, ein Allgemeiner Fachleistungsindex (AFI 11), der die Lernstände in den untersuchten Kompetenzbereichen auf einer Skala zusammenfasst (Mittelwert 500, Standardabweichung 100).

Die Leistungsverteilungen (die Streuung der Testergebnisse um den jeweiligen Mittelwert) für die drei Schülergruppen lassen sich mithilfe von sog. Perzentilbändern vergleichen. Zu diesem Zweck sind die Lernstände zwischen dem 5. und 10. Perzentil (roter Balkenabschnitt), dem 10. und 25. Perzentil (hellrot), dem 25. und 75. Perzentil (gelb), dem

75. und 90. Perzentil (hellgrün) und zwischen dem 90. und 95. Perzentil (grün) der beiden Schülerjahrgänge wiedergegeben; der schwarze Strich markiert den Mittelwert. Im Vergleich mit den dreijährigen Oberstufen des KESS-Jahrgangs ergibt sich für die Elftklässlerinnen und Elftklässler der sechs Stadtteilschulen eine deutliche „Rechtsverschiebung“ der Leistungsverteilung: Über alle Leistungsgruppen hinweg erzielten sie höhere mittlere Lernstände, insbesondere in der unteren Hälfte des Leistungsspektrums. Verglichen mit der Leistungsverteilung der zweijährigen Oberstufe des KESS-Jahrgangs ergibt sich die erwartete „Linksverschiebung“ (G 9 vs. G 8); es sind jedoch nur rund

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Die CDU reagiert auf diese Leistungssteigerung mit einer kleinen Anfrage

Die CDU war allerdings eher vom Zweifel getragen. So richtete sie über ihre schulpolitische Sprecherin Karin Prien eine ‚Kleine Anfrage‘ an den Senat, aus der weniger Erstaunen als Skepsis sprach. O-Ton des außergewöhnlich langen ‚Präudiums‘: Datenmanipulation im Wahlkampf zur Aufwertung der Stadtteilschulen? „Das erste Opfer in einem Krieg ist die Wahrheit“ – so das Diktum von US-Senator Hiram Warren Johnson aus dem Jahr 1914. Diesem etwas vollmundigen Aufschlag – man hätte eher erwarten können, dass es um das Thema ginge, wie viel Kriegsgerät vom Standort Hamburg in alle Welt geschickt wird – folgten Fragen, die den Machern der Studie Unredlichkeit unterstellten, wurde doch bezweifelt, dass die Tests den Schüler_innen unbekannt gewesen seien.

Eine dieser Fragen: Kann die zuständige Behörde ausschließen, dass 2009-Materialien der Testung in den Schulen verblieben sind, die zum Beispiel zu Übungszwecken weiter verwandt wurden?



Eine andere Frage: Ist dieses Ergebnis aus Sicht des Senats nicht insbesondere als ein Argument für eine stärkere äußere Differenzierung in der Sek I zu sehen?

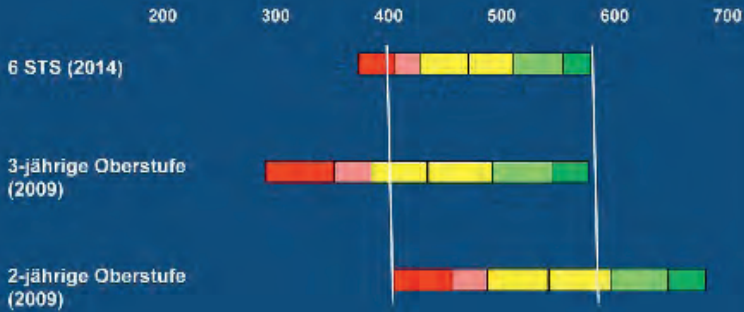
Da nachweislich zwei der getesteten Schulen ohne äußere Differenzierung arbei-

ten, musste die Antwort genauso enttäuschen wie die Antwort auf die erste Frage, die minutiös beschrieb, wie die Testmaterialien unter Verschluss gehalten wurden.

Überraschung aber vor allem am Schluss durch die Einlassung von einer Partei, die mittels ihrer Programmatik nichts unversucht lässt, die soziale Spaltung der Stadt zu befördern. Es wird nämlich gefragt: Welche Schlussfolgerung zieht und welche Maßnahmen plant die zuständige Behörde, um das beunruhigende Auseinanderstreben des Schulwesens nach soziokulturellem Umfeld zu bremsen? Häh? Jemand aus demselben Land wie der eingangs erwähnte US-Senator hätte wohl gesagt: „Weißer Mann spricht mit gespaltener Zunge.“

JOACHIM GEFFERS

Allgemeiner Fachleistungsindex (AFI 11) im Vergleich: Leistungsverteilungen zu Beginn der gymnasialen Oberstufe



Im Vergleich mit den dreijährigen Oberstufen des KESS-Jahrgangs ergibt sich für die Elftklässlerinnen und Elftklässler der sechs Stadtteilschulen eine deutliche „Rechtsverschiebung“ der Leistungsverteilung: Über alle Leistungsgruppen hinweg erzielten sie höhere mittlere Lernstände, insbesondere in der unteren Hälfte des Leistungsspektrums

10 Prozent der Stadtteilschülerinnen und -schüler (G 9), deren Lernstände zum Zeitpunkt des Eintritts in die Vorstufe unter dem mittleren Lernstand des 5. Perzentils der grundständigen Gymnasien (G 8) liegen (gegenüber rund 30 Prozent der Elftklässlerinnen und Elftklässler des KESS-Jahrgangs, die in eine dreijährige Oberstufe eingetreten waren).

Wir werden in den kommenden hz-Ausgaben versuchen, für diese Erfolge Erklärungen zu finden. D. h. wir werden Interviews mit den Betroffenen machen und hoffen, so Aufschluss darüber zu bekommen.

JOACHIM GEFFERS

*Ausgewählte Befunde der Lernstandserhebung zu Beginn der Jahrgangsstufe 11 an 6 ausgewählten Stadtteilschulen, Schuljahr 2014/2015, KESS-Team Hamburg, Januar 2015

Tagung für am Sport interessierte Kolleginnen und Kollegen

Du hast Interesse an (schul)sportlichen Themen?

Alljährlich im Frühjahr findet die Jahrestagung der Sportkommission beim Hauptvorstand statt, auf der sowohl aktuelle als auch grundlegende Fragen im Zusammenhang von (Schul-)Sport und Bildungspolitik erörtert und gewerkschaftliche Positionen beschlossen werden.

Die Sportkommission versteht sich als Netzwerk der an diesen Fragen arbeitenden Personen in der GEW. Zu der Jahrestagung 2015 laden wir interessierte Personen zur Teilnahme ein. Die diesjährige Tagung findet statt am Freitag, 8. und Sonnabend 9. Mai 2015 in Göttingen.

Vorläufig stehen folgende Themen zur Beratung an:

- Sport im Ganztagsbetrieb – Billiglösungen oder qualifizierte Angebote für Bewegung, Sport und Spiel?
- Was hat die GEW – (Sportkommission) mit einer deutschen Olympia-Bewerbung zu tun?
- Sport-/bildungspolitische Position der GEW
- Wie können Aktionen im Schulsport die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ unterstützen.

Weitere Informationen bei Norbert Baumann
norbert.baumann@gew-sportkommission.de

Anmeldungen bis zum 27. April an die genannte Mailadresse

30 Prozent ist nicht die Hälfte

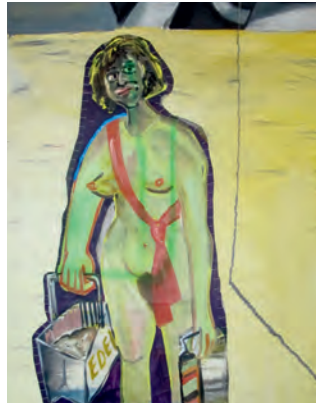
Feiern und kämpfen: Der Internationale Frauentag erinnert an viele unerfüllte Forderungen

Seit 1909 dürfen Frauen studieren, seit 1911 gibt es den Internationalen Frauentag in Deutschland, seit 1918 dürfen wir wählen und – wow – ab 2016 wird es eine Quote von 30% Frauen in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen geben: in 100 börsen-notierten Unternehmen, die anderen 3500 dürfen sich selbst Ziele setzen.

Ja, gibt es denn noch einen Grund für einen Internationalen Frauentag? Haben wir nicht schon alles erreicht? Auch wenn laut Statistischem Bundesamt „in 2012 Frauen in Deutschland 22% weniger verdienten“ als ihre Kollegen?

Eine Bekannte von mir, Rektorin einer Berliner Hochschule, wurde bei der Hochschulrektorenkonferenz gefragt, wessen Ehefrau sie sei. 1969 kam ich als einziges Mädchen meiner Grundschulklasse zum Gymnasium. Meiner Mitschülerin, auch mit Gymnasialempfehlung, wurde es nicht erlaubt, da sie ja doch heiraten würde. Sie landete im örtlichen Supermarkt an der Fleischtheke und war geschieden, bevor ich als Lehrerin startete. Meine Mutter, Jahrgang 1930, beklagte sich immer darüber, dass sie keine Ausbildung machen durfte. Sie wäre gern Friseurin geworden. Heute kann sie sich daran nicht mehr erinnern. Gegenwärtig können bei uns die meisten Mädchen fast alles lernen und studieren, aber auch mit erstklassiger Ausbildung haben sie nur eine Chance von weit unter 30 % für den Aufstieg in Führungspositionen.

Aber am 8. März, dem internationalen Frauentag, feiern wir und finden Anstöße, um weiter für die Frauensache zu kämpfen, denn leider gibt es weiterhin viel zu tun.



Frau hat mal wieder alles, was Mann sich wünscht (gemalt von Martin Kippenberger – Sammlung Falckenberg)

Die Hamburger Feier zum diesjährigen Internationalen Frauentag fand im Dorothee-Sölle-Haus in Hamburg-Altona statt. Im Foyer werden wir mit Akkordeonmusik von Feli (Karla Feles) empfangen und dürfen das köstliche Essen, gesponsert von Anke Feja, Bioköchin, genießen. Im großzügigen hellen Eingangsbereich brummt es von Stimmen und Gesprächen sehr vieler Frauen (ca. 250 sind es) unterschiedlichster Altersgruppen und Herkunft. Frauen aus dem Hamburger Frauenbündnis 8. März kümmern sich bewundernswert gelassen um die Organisation der Veranstaltungen und den Ablauf des Tages.

Die neun Arbeitsgruppen am Nachmittag sind sehr gut besucht. Ich lande in „Wer rettet wen?“ über die weltweite Bankenkrise. Unser Anstoß ist es, Solidarität zu organisieren und griechische Menschen sowie andere Betroffene nicht allein zu lassen.

Weitere Anstöße sind: eine Begehung leer stehender Hotels, um diese als Flüchtlingsunterkunft für Frauen zu nutzen, die sich in den zentralen Unterkünften mit großem Männerüberhang nicht sicher fühlen. StoP, ein Projekt, um Partnergewalt zu verhindern, soll im ganzen Stadtgebiet organisiert und von der Stadt finanziert werden. Das Thema Lesben und Alter benötigt mehr Erforschung und mehr Achtsamkeit in der Pflege. Eine Finanzierung für z.B. Frauenwohnprojekte wird gefordert. Arbeitszeitverkürzung mit mehr Zeit zum Leben sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, die Lohnangleichung zwischen Ost und West sowie eine steuerfinanzierte Mindestrente für alle wünschen sich (nicht nur) die DGB-Frauen.

Die Arbeitsgruppe WenDo-Selbstverteidigung möchte, dass subtile Gewalt gegen Frauen stärker in den Blick genommen wird. Zum Thema Prostitution entsteht eine lebhaft und kontroverse Diskussion, welche im Ergebnis die Freier als Verantwortliche für strafwürdig befindet (wie es bereits in Schweden praktiziert wird). Mit Bezug auf den Frauenhandel wird darauf hingewiesen, dass hier mehr getan werden muss, um Frauen und Mädchen davor zu schützen.

Persönlich schließe ich den Tag mit dem Bühnenprogramm „In My Sixties“ von Maren Kroymann ab, ein wunderbarer feministischer Ausklang.

EVA KLOCK
Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik der GEW

Kursleitende fordern Urlaubsentgelt

In einem offenen Brief an Schulsenator Rabe und die Bürgerschaftsabgeordneten weisen Kursleitende im Bereich Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache auf ihre prekäre Situation hin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Kursleitende der Hamburger Volkshochschule im Bereich DAF/DAZ (Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache) und wir möchten Sie auf unsere problematische Situation aufmerksam machen mit der Bitte, sich für eine Verbesserung einzusetzen.

Vertraglich als freiberufliche Honorarkräfte ohne Zugang zu Sozialversicherung oder bezahltem Urlaub eingestellt, stellt sich bei vielen KursleiterInnen (KL) (wir gehen von ca. 100 KL aus) die reale und rechtliche Situation so dar, dass wir als „arbeitnehmerähnliche“ Personen anzusehen sind.

Entgegen der verbreiteten Meinung, Kursleitertätigkeit bei der VHS sei eine „Nebentätigkeit“, die man neben einer gut bezahlten „Haupttätigkeit“ ausübe bzw. als Hausfrau in der Freizeit, ist die Realität zumindest im Bereich DAF/Integrationskurse/berufsbezogene Deutschkurse eine andere: Viele KL haben einen Universitätsabschluss in sprachwissenschaftlichen und/oder pädagogischen Fächern und leben seit 10 bis 20 Jahren, teilweise sogar noch länger, hauptberuflich von dieser Tätigkeit. Eine Wochenarbeitszeit von 32 Unterrichtsstunden ist dabei normal. Das Netto-Einkommen ist erschreckend gering, bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es nicht.

Dazu ein Beispiel, was repräsentativ für viele KL ist: Bei einer Wochenunterrichtszeit von 32 Stunden (was auch die Grenze der Belastbarkeit ist, da Kursortwechsel, z.B. morgens VHS-Barmbek, nachmittags VHS-Harburg üblich sind), kommt man auf knapp 2000€ monatliche Einkünfte (Jahreseinkommen geteilt durch 12). Durch die hohen Sozialabgaben, die nicht anteilig, sondern komplett vom KL entrichtet werden müssen (z.B. allein über 400€ Rentenversicherung + 300€ Krankenversicherung) ergibt das nach Steuerabzug ein Nettoeinkommen von ca. 1100€/Monat.

Um solchen prekären Verhältnissen Rechnung

zu tragen und Honorarkräfte in vergleichbaren Situationen nicht ohne soziale Absicherung zu lassen, gibt es im Tarifvertragsgesetz (TVG) die Definition der „Arbeitnehmerähnlichen Person“ (§12a). Damit werden FreiberuflerInnen bezeichnet, die wirtschaftlich von einem Auftraggeber abhängig und deshalb besonders schutzbedürftig sind. Sie haben u.a. das Recht auf bezahlten Urlaub (Tarifvertragsgesetz, Bundesurlaubsgesetz).

Dieses „Recht auf bezahlten Urlaub“ wird von der Leitung der VHS zwar grundsätzlich anerkannt, jedoch wird – im Falle einer Antragsstellung – mit Kürzungen des Stundenumfanges gedroht. Das wiederum würde für viele KL eine Bedrohung ihrer Existenzgrundlage darstellen. So kommt es

Dieses „Recht auf bezahlten Urlaub“ wird von der Leitung der VHS zwar grundsätzlich anerkannt, jedoch wird – im Falle einer Antragsstellung – mit Kürzungen des Stundenumfanges gedroht.

zu der unhaltbaren Situation, dass wir als Kursleitervertretung dieses Recht gegenüber der VHS mehrmals eingefordert haben, diese sich aber auf mangelnde Finanzmittel beruft und damit der Rechtsanspruch nicht eingelöst wird.

Nach eigenen Aussagen ist auch die Leitung des DAF-Bereichs von den Vorteilen der

Beschäftigung von KursleiterInnen, die eng mit der VHS verbunden sind, weil sie in großem/größerem Umfang dort arbeiten, überzeugt. Denn das bringt nicht nur für uns, sondern auch für die VHS Zuverlässigkeit, Planbarkeit und Kontinuität, was letztendlich die heutige Qualität des Angebots von Kursen im Bereich DAF ausmacht und auch langfristig sichert. Wir KursleiterInnen sind engagiert und motiviert und leisten mit der sprachlichen und kulturellen Integration von Zuwanderern eine gesellschaftlich höchst wichtige Aufgabe, die ja von der Politik ausdrücklich erwünscht ist.

Zur Unterstützung unserer Forderung nach Urlaubsentgelt gab es am 30.01.2015 eine Kleine Anfrage in der Hamburger Bürgerschaft durch die Fraktion der Linken, ein Pressegespräch am 12.02.2015, zu dem die GEW eingeladen hatte sowie verschiedene Presseberichte.

Wir begrüßen die Initiative der GEW, die die bildungspolitischen Abgeordneten der SPD und der Grünen auffordert, die Forderungen der KL nach Urlaubsentgelt und sozialer Absicherung zum Thema der Koalitionsverhandlungen zu machen.

Dass es auch anders gehen kann, zeigen andere Bundesländer: In der VHS Berlin erhalten arbeitnehmerähnliche Personen Urlaubsentgelt und Zuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung. In der VHS Leverkusen erhalten die KL Urlaubsentgelt. In anderen VHS wurden Anträge auf Urlaubsentgelt gestellt.

Wir fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass

diese Rechte auch in Hamburg umgesetzt werden.

Gern würden wir Sie auch an dem Arbeitsalltag eines Kursleiters/einer Kursleiterin teilhaben lassen und Sie einladen, eine/n KL für einen Tag zu begleiten, um sich ein eigenes Bild von den vielschichtigen Aufgaben, dem Engagement und der hohen fachlichen Kompetenz einerseits und der beruflichen Situation und der Notwendigkeit einer angemessenen und sozial verträglichen Vergütung andererseits zu machen.

KURSLEITER UND KURSLEITERINNEN
DER HAMBURGER VOLKSHOCHSCHULE

HAMBURG POSTKOLONIAL

Über uns nicht ohne uns

Die im Arbeitskreis „Hamburg Postkolonial“ zusammen geschlossenen Initiativen werden von der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte ferngehalten

Decolonize Hamburg NOT ABOUT US / NOT WITHOUT US!

Diesem Wahlspruch folgend bieten Bundesweite Selbstorganisationen von Menschen afrikanischer Herkunft und der Arbeitskreis Hamburg Postkolonial ihre Mitarbeit an Deutschlands erstem stadtweiten Erinnerungskonzept zur Kolonialgeschichte an. Doch Hamburgs Kulturausschuss lehnt ein Gremium zur konzeptionellen Zusammenarbeit ab.



FOTO: HINJOKINEN, 2104

Wie lange noch? Ehrung eines der verachtetsten Sklavenhändler seiner Zeit in Wandsbek

Auf Initiative des Arbeitskreises Hamburg Postkolonial und auf Einladung des Eine Welt Netzwerkes Hamburg kamen am 10.12.2014 im Rathaus ca. 40 Vertreter_innen von lokalen und bundesweiten Schwarzen und afrikanischen Verbänden und Vereinen, postkolonialen Initiativen, bildungspolitischen Einrichtungen, zuständigen Behörden und der Hamburgischen Bürgerschaft zu einem ersten Runden Tisch zusammen. Thema des Treffens war die umstrittene Stellungnahme des Senats zur Aufarbeitung des „kolonialen Erbes“ der Stadt vom 8.7.2014.

Die Organisationen der Black Community und der Arbeitskreis Hamburg Postkolonial äußern Kritik am zeitlich, geografisch, stadträumlich und wissenschaftlich entschieden zu kurz greifenden Senatspapier. Sie machen ihr Unverständnis darüber deutlich, dass sie als Betroffene von Kolonialismus und Rassismus in keiner Weise an der Erstellung des programmatischen Papiers

beteiligt sind, für das sie selbst die wesentlichen Impulse gegeben haben. Der federführenden Kulturbehörde bieten die Expertinnen und Experten der migran-tisch-diasporischen Verbände und Vereine die Mitarbeit in einer paritätisch besetzten, multiperspektivischen Fachkommission zur Erarbeitung eines gemeinsamen Erinnerungskonzepts an.

Vor dem Hintergrund dieses Kooperationsangebotes beantragte die LINKE in der Sitzung des Kulturausschusses der Bürgerschaft einen Tag später die Einrichtung eines mitspracheberechtigten Fachbeirats, der jedoch mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt wurde. Der Kulturausschuss beschränkte sich darauf, dem Senat erneut eine nicht näher definierte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an der Umsetzung der Senatspläne zu empfehlen.

Der Arbeitskreis „Hamburg Postkolonial“ und die bundesweiten Selbstorganisationen

von Menschen afrikanischer Herkunft lehnen die Umsetzung eines einseitig erstellten Erinnerungskonzeptes ab. Es ist nicht hinnehmbar, dass weiße Perspektiven auf die geteilte Kolonialgeschichte noch immer privilegiert werden. Der Hamburger Senat und die Bürgerschaft werden aufgefordert, eine umfassende und gemeinsame Aufarbeitung des kolonialen Erbes zu ermöglichen.

Kontakte:

Arbeitskreis Hamburg Postkolonial: Christian Kopp info@freedom-roads.de 0179-9100976

Initiative Schwarze Menschen in Hamburg: Ginnie Bekoe ginniebekoe@isd-bund.org (ISD-Hamburg) 030-70085889 (ISD-Bund, Berlin)

Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland: Dr. Jean Michel Bollo info@zentralrat-afrikagemeinde.de 0173-2362077

Ginnie Bekoe, Beiratsmitglied der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD-Bund) erklärt: „Dass den Nachfahren der Opfer von Kolonialismus und Rassismus die Mitarbeit an dem von uns selbst angeregten Konzept verwehrt wird, ist ein Skandal. Deutlich wird dabei, dass die

Teilhabe von Schwarzen Menschen und People of Colour an Geschichte und Gegenwart ganz bewusst verhindert wird.“

HM Jokinen vom Arbeitskreis Hamburg Postkolonial dazu: „Herausgekommen ist ein städtisch verordnetes Erinnerungskonzept, ein Top-

Down-Modell ohne Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten für Initiativen Schwarzer Menschen und zivilgesellschaftliche Akteure. Wir fordern den Senat erneut auf, diese umgehend zu einem Runden Tisch einzuladen, an dem gemeinsam ein Konzept erarbeitet werden kann.“

Leserlnförder-Initiative sucht dringend Unterstützung im Süderelberaum und im Hamburger Osten

MENTOR - Die Leselernhelfer HAMBURG e.V. sucht ehrenamtliche Koordinator/innen Wilhelmsburg, Harburg, Heimfeld und Billstedt

E-Mail: info@mentor-hamburg.de
 Telefon: 040 67049300
www.facebook.com/MENTOR.HAMBURG.e.V.
www.mentor-hamburg.de

Bei Rückfragen der Presse:
 Sandra Weis
weis@mentor-hamburg.de
 Tel.: 040/ 2000 3564



Beim Namen nennen

... und ihre Untaten aufdecken. Die dunklen Biografien sind bekannt – wir müssen es nur wollen

Was sich in der Publikation „Ein Gedächtnis der Stadt“ der Landeszentrale für politische Bildung, die sonst nicht selten als Resterampe von Biografien abgehalfterter Politiker fungiert, verbirgt, trägt einiges an politischer Brisanz. Minutiös wird dort aufgeführt, welche Straßen, Plätze und Parks nach wie vor die Namen von Rassist, Antisemiten, Kriegshetzern und Profiteuren und Schlächtern von Kolonialkriegen tragen.

Wie zäh das Geschäft einer Umbenennung zu sein scheint, offenbart eine Stellungnahme zur Umtaufe der Straße, die nach Max Nonne benannt wurde, einem Nervenarzt aus Langenhorn, der später als einer der leitenden Ärzte in Eppendorf ein entschiedener Verfechter der Euthanasie war. Nonne 1941 in einem Auftragsgutachten des Senats: Die „von Geburt an geistig Toten ... können noch lange leben. ... die Existenz solcher Vollidioten würde somit am schwersten auf der Allgemeinheit lasten.“ Und selbst nach dem Krieg äußert sich Nonne gegenüber zwei belasteten Kollegen als Entlastungszeuge mit der gleichen Geisteshaltung: „In den Fällen ... handelt es sich durchgehend um schwere Idioten. (...) Das sind alles Fälle, für die ich schon seit langen Jahren eine Un-

terbrechung (sic! JG) des Lebens gewünscht hätte.“ Solche Aussagen hindern den Senat nicht, ihn am 13. Mai 1951 zum Ehrensensator der Universität Hamburg zu ernennen. Die Anträge auf Umbenennung der nach ihm

sich in Hasstiraden: Die Juden hätten ihr Geld in Industrien festgelegt, „in denen die Gifte erzeugt wurden, die uns Deutsche unserer besten Kräfte des Geistes und des Körpers beraubten: Alkohol und Nikotin. (...) Die jüdischen Aktionäre aber strichen ihre hohen Prozente ein. Die Christen aber, die für sie in diesen Industrien mitarbeiteten, gingen scharenweise an dem Gift, das sie erzeugen ... mit zugrunde. Direktoren und Arbeiter.“

Und Schlächter aus der Kolonialzeit dürfen auch nicht in Vergessenheit geraten. So u.a. Alfred Graf von Waldersee. Die nach ihm benannte Straße in Othmarschen erinnert somit an den „Befehlshaber der Internationalen Truppen im Boxerkrieg 1900/1901. Das internationale Völkerrecht ignorierend war er verantwortlich für zahlreiche Massaker am chinesischen Volk.

Der englische Historiker John C. G. Röhl bezeichnet ihn in seiner Biografie als „reaktionären Antisemiten“ und „Kriegsbesessenen“.

Man kann den Machern des Buches nur gratulieren und hoffen, dass durch ihre Arbeit die Sensibilität in Hinblick auf die Aufarbeitung unserer Geschichte wächst. Ein weites Betätigungsfeld für Schüler- und Lehrer_innen.

JOACHIM GEFFERS



benannten Straße beantwortet die Kulturbehörde am 5.11.2014 mit dem Hinweis, dass die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei.

Ähnlich scheint es sich im Falle des Rassist und üblen Antisemiten Georg Nonne zu verhalten. Der Arzt aus den Elbvororten, nach dem eine Straße in Nienstedten benannt wurde, Autor des 1942 erschienenen Pamphlets ‚Der ewige Jude‘, ergötzt

Palästina

Eindrücke eines konfliktbeladenen Besuchs

Ende Oktober 2014 war ich eine von 15 Teilnehmer_innen einer Studienreise nach Palästina. Unser Reiseleiter war ein Palästinenser mit deutschem Pass, der in Deutschland studiert hat und hier lebt und arbeitet. Er hat noch regen Kontakt in seine Heimat, ist gut vernetzt und fühlt sich nach wie vor der Sache der Palästinenser eng verbunden.

Wir waren fast durchgängig in Ramallah, Sitz der palästinensischen Autonomiebehörde, untergebracht und haben von dort aus das Land kennen gelernt. Ausflüge führten uns nach Jerusalem, Bethlehem, Nablus, Hebron, das Jordantal und das Tote Meer. Auch das palästinensische Dorf Biet Sira, das arabisch-jüdische Friedensdorf Neve Schalom und die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem, aber auch eine israelische Siedlung waren Teile unseres Programms. Unser Hauptinteresse galt verschiedenen palästinensischen Initiativen und Organisationen, unser Schwerpunkt war es, die Lage der palästinensischen Bevölkerung unter israelischer Besatzung kennen zu lernen.

Das Westjordanland...

...als Ziel unserer Reise wurde im Rahmen des 6-Tage-Krieges 1967 von Israel erobert und steht seitdem unter israelischer Besatzung. Die gesamte Westbank ist durchzogen von israelischen Siedlungen, vornehmlich auf Hügeln gelegen. Eine Mitarbeiterin des Bethlehem Research Center Arij sprach von aktuell 196 Siedlungen und 232 ‚Außenposten‘, d.h. Keimzellen für zukünftige Siedlungen. Im Westjordanland einschließlich Ostjerusalem leben nach ihrer Aussage im Mo-

ment 718,024 jüdische Siedler_innen und etwa 2,5 Mill. Palästinenser_innen. Eine Mauer, die in ländlichen Gebieten auch ein elektrischer Stacheldrahtzaun sein kann, trennt jüdische Siedlungen von palästinensischen Städten und Dörfern und umschließt das erweiterte Stadtgebiet, d.h. den Großraum Jerusalem. Im Vergleich zur Mauer, die Deutschland durchzog, ist diese Sperranlage viermal so lang und dreimal so hoch. Kontrollposten müssen überwunden werden, will man sie passieren. Für uns mit deutschen Pässen ist dies unangenehm, jedoch möglich. Palästinenser_innen allerdings, die keinen Pass, sondern eine Identity Card, ausgestellt von der Autonomiebehörde in Ramallah, besitzen, benötigen eine Sondergenehmigung der israelischen Militärbehörde, die schwer zu erlangen ist. Die Infrastruktur in den palästinensischen Gebieten ist marode, die Straßen in einem denkbar schlechten Zustand. Es gibt eine rege, recht chaotisch wirkende Bautätigkeit, die ebenfalls nicht zu einem geordneten Stadtbild beiträgt. Alte historische Bauwerke, so sie noch existieren, sind häufig dem Verfall preisgegeben.

Unsere Ausflüge unternahmen wir in der Regel mit einem Kleinbus mit grünem palästinensischem Kennzeichen. Dies berechtigte uns nur zu Fahrten auf den von Israelis abfällig genannten ‚arab-roads‘, die in schlechtem Zustand sind und oft auch keine direkte Verbindung zu den angestrebten Zielen darstellen. Die Benutzung der hervorragend ausgebauten israelischen Straßen war uns verwehrt. Hinzu kamen Straßensperrungen der israel-

lischen Armee oder sogenannte ‚flying checkpoints‘, kurzfristig errichtete Kontrollstellen, die die Reise oft extrem verlängerten.

Anmerkungen zur wirtschaftlichen Lage der palästinensischen Bevölkerung

Ein Gang über einen der Märkte in Ramallah ist so bunt und chaotisch, wie wir Märkte in südlichen Regionen lieben. Die Mehrzahl der angebotenen Produkte allerdings kommt nicht aus Palästina, sondern die Obst- und Gemüseboxen tragen hebräische Schriftzeichen. Daneben gibt es einige kleine Stände, deren Produkte, meist Kräuter oder Oliven, offensichtlich im näheren Umland von Palästinensern erzeugt wurden.

Auf dem Weg ins Zentrum der Städte Palästinas sieht man eine Vielzahl kleiner Werkstätten entlang der großen Straßen. Zwei kleine Handwerksbetriebe haben wir besichtigt, eine Glasbläserei und eine Seifenfabrik. Die Produktion verläuft weitgehend vorindustriell und die Bezahlung liegt weit unter dem vorgeschriebenen gesetzlichen Mindestlohn für die besetzten Gebiete. Hinzu kommt, dass die israelische Wirtschaftsbehörde alle Im- und Exporte kontrolliert. So erfuhren wir in der Seifenmanufaktur, dass Natron als Grundstoff für die Seifenherstellung nach Ansicht der israelischen Militärbehörde nicht nur für zivile Zwecke, sondern auch zur Bombenherstellung benutzt werden kann. Deshalb wurde die Einfuhr so gedrosselt, dass von den ehemals 20 Seifensiedereien in Nablus heute nur noch drei existieren und dieser traditionell bedeutsame Handwerkszweig um sein Überleben kämpft. Die Abhängigkeit von Israel lässt eine unabhängige Entwicklung nicht zu. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeitsplätze ist prekär und schlecht bezahlt. Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell 26,3%, bei Menschen zwi-

schen 18 und 25 Jahren sogar 43%. Überall im Stadtbild, aber besonders in Jerusalem fallen tagsüber Gruppen von Jugendlichen auf, die sich langweilen. Dass sich daraus rasch Konfrontationssituationen mit den schwer bewaffneten, überall präsenten israelischen Polizisten ergeben, können wir uns als Lehrer_innen solcher Jugendlicher leicht vorstellen.

Wo immer wir uns bewegten, wurden wir freundlich begrüßt, oft bei einem Marktbesuch auch mit Obst beschenkt, zum Tee eingeladen und befragt, woher wir kämen. Die in der arabischen Welt festzustellende warmherzige Gastfreundschaft ist hier auch zu erleben. Es gibt kaum Tourismus in der Region. Eine Ausnahme bildet Bethlehem und selbstverständlich auch Ostjerusalem sowie das Tote Meer. Gruppen, die die christlichen Gedenkort bereisen, kommen in der Regel für einen Kurzausflug mit einem Bus und Reiseführer aus Israel. Das Gelände um die Badestelle am Toten Meer auf der

palästinensischen Seite gehört ebenfalls einer israelischen Gesellschaft, der die Eintrittsgelder zufließen. Auch hier verdient die palästinensische Wirtschaft nichts.

Im gesamten Westjordanland sind die Felder nur wenig ertragreich, blühende Pflanzen gibt es nur wenige, die hügelige Landschaft wirkt ausgetrocknet und verödet. Ganz anders die Siedlung „Gush Etzion“ südlich von Jerusalem. Hier zeigt sich die Natur in ihrer Pracht mit Blumenrabatten, vielen Bäumen und Sträuchern – offensichtlich gibt es hier Wasser in Hülle und Fülle!

Mit Erstaunen lassen wir uns von einem deutschen Hydrologen berichten, dass das gesamte Westjordanland über erheblichen Wasserreichtum verfügt. Im östlichen Teil gibt es wasserführende Gesteinsschichten. Brunnenbohrungen seien leicht möglich. Allerdings kontrolliere Israel das Wasser und verbiete neue Brunnenbohrungen. So käme es zu der paradoxen Situation, dass die

Palästinenser_innen das Wasser von der israelischen Wassergesellschaft „Mekorot“ teuer kaufen müssen. Dies reiche knapp für den Eigenbedarf, nicht jedoch für eine gewinnbringende Landwirtschaft. Wir konnten die riesigen Anbauflächen einer israelischen Siedlung im Jordangraben besichtigen, wo Kräuter gezogen wurden, die durch Tröpfchenbewässerung hervorragend gedeihen.

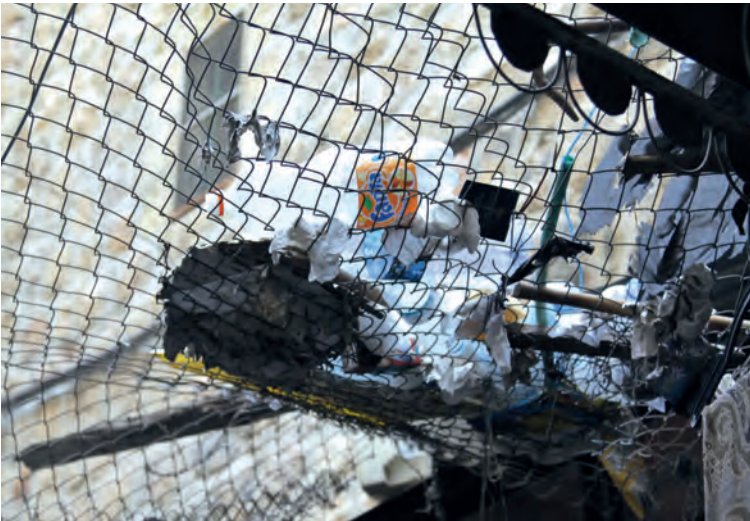
Ein Ausflug nach Hebron

Besonders erschüttert waren wir von einem Besuch in Hebron. Diese traditionsreiche Stadt, die auf eine dreitausendjährige Geschichte zurück schaut, ist heute in einem erbarmungswürdigen Zustand. Die früher malerische Altstadt, die etwa 20% des Stadtgebietes umfasst, unterliegt direkter militärischer Besatzung durch den Staat Israel. Die dort lebende Bevölkerung von etwa 12 000 Einwohner_innen wird von ungefähr 800 Siedlern, die in der Regel bewaffnet sind, stark drangsaliert. Die Siedler



Fotos: Ulrich Reestat

Besatzungssoldaten



Hebron: Draht gegen Dreck

haben sich häufig Häuser der Palästinenser angeeignet. Bei einem Gang über den Markt fällt auf, wie viele Geschäfte geschlossen sind. Dies passiert, wie wir erfahren, auf Befehl des israelischen Militärs willkürlich. Wenn der Blick in den Marktgasen nach oben gerichtet wird, sind Stacheldraht und Maschendrahtabdeckungen zu erkennen, um von Siedlern heruntergeworfenen Müll, Brandsätze oder Steine abzuwehren. Einige Straßen und Gassen sind ganz gesperrt, andere nur durch Kontrollposten zu passieren. Dies ist Palästinensern nur mit einem Passierschein möglich, wenn sie dort wohnen. Wir sprechen an unserem Besuchstag mit zwei Familien, die uns einen Einblick in ihre bedrückende Lebenssituation geben. Trotzdem sind sie nicht bereit, ihren Wohnsitz zu verlassen.

Welche Gesinnung offensichtlich viele Siedler in Hebron haben, wird an folgendem deutlich: Das Grab des extremistischen Siedlers Baruch Goldstein, der 1994 in der geschichtsträchtigen Abrahamsmoschee ein Massaker anrichtete und 29 betende Muslime erschoss, wurde an der Einfahrt einer Siedlung ganz in der Nähe von Hebron als eine

Art von Pilgerstätte hergerichtet, um ‚des Helden Baruch‘ zu gedenken.

Am erfreulichsten war am Ende dieses bewegenden Tages der Besuch eines Versammlungsortes der palästinensischen Widerstandsgruppe ‚Youth against settlements‘ (www.hyas.com). Mit den Mitteln des gewaltlosen Widerstandes sowie des zivilen Ungehorsams stellen sie sich dem Bau neuer oder der Ausdehnung bereits vorhandener Siedlungen in den Weg. Sie dokumentieren mit Filmaufnahmen möglichst viele Übergriffe von Siedlern, die vom israelischen Militär und der Polizei geschützt werden.

In Hebron wurde uns Besuchern in kurzer Zeit auf engstem Raum ein erschütterndes Lehrstück vorgeführt über die israelische Besatzungspolitik im Westjordanland. Unsere Erfahrung in Hebron bestätigt die Aussage des Israeli Jehuda Schaul, des Gründers von „das Schweigen brechen“: „Für unsere Aufklärungsarbeit ist Hebron ein Geschenk des Himmels. Hier lässt sich nichts verbergen... Ein halber Tag Hebron und man kapiert, wie die Besatzung funktioniert.“ (Süddeutsche Zeitung, 19.03.2012)

Resumee:

In unserem Hotel in Ramallah trafen wir zu unserer Überraschung eine GEW-Delegation, angeführt durch die Vorsitzende Marlis Tepe. Es ging dieser Gruppe von Kolleginnen und Kollegen darum, ausgehend von den Beschlüssen des GEW-Gewerkschaftstages, den Kontakt mit der palästinensischen Lehrgewerkschaft GUPT sowie den israelischen Gewerkschaften auszubauen und zum Dialog und zur

Verständigung zwischen ihnen beizutragen. (Ein Reisebericht in der E&W 12-2014).

Unser kurzer Erfahrungsaustausch machte deutlich, dass wir mit unserer Reise einen grundsätzlich anderen Ansatz verfolgten: Wir wollten die kurze Zeit nutzen, um unsere Kenntnisse über die Krisenregion durch Begegnungen mit Menschen, Initiativen und Organisationen an der Basis der palästinensischen Gesellschaft zu vertiefen, ihre Probleme kennen zu lernen und vielleicht einen Eindruck davon zu erhalten, wie eine mögliche Lösung in dieser krisengeschüttelten Region aussehen könnte.

1. Uns ist durch die Reise noch deutlicher geworden, dass eine tragfähige Zwei-Staaten-Lösung zunehmend aussichtslos ist. Das Westjordanland ist durch die Aufteilung in verschiedene Zonen völlig zersplittert und zu einem „Flickenteppich“ geworden. Nur in städtischen A-Zonen (18% des Territoriums) besitzt die palästinensische Autonomiebehörde (PA) eine eingeschränkte Kontrolle, in den ländlichen B-Zonen hat die PA nur die Verwaltungshoheit, in den C-Zonen (62% des Territoriums) herrscht uneingeschränkt israelisches Militär. Dazu kommt, dass sich



Waffen an vielen Orten

die Siedlungen immer weiter ausbreiten, fast täglich wird palästinensisches Land für weitere Siedlungen konfisziert.

2. Die palästinensische Autonomiebehörde als Quasi-Regierung genießt nach unserem Eindruck eine sehr geringe Anerkennung bei der Bevölkerung. Sie gilt als korrupt und undemokratisch und betreibt „Vetternwirtschaft“. Allerdings sind ihre Spielräume aufgrund ihrer Abhängigkeit von ausländischen Hilfgeldern auch weniger als gering.

3. Mit wem immer wir gesprochen haben: der Widerstand der einfachen Bevölkerung ist ungebrochen. Dabei geht es darum, ein normales Leben führen zu wollen mit Rechten, die für uns selbstverständlich sind: Bewegungsfreiheit, das Recht sein Land bearbeiten zu können, es geht um Wasser, Bildung und um Menschenwürde. Letztendlich streben sie gleiche politische und soziale Rechte für alle an, unabhängig davon, in welchem

Teil des Westjordanlandes man gerade lebt.

Unsere Reisegruppe ist ohne Hoffnung auf ein baldiges Ende des Konflikts in diesem zutiefst geschundenen, verletzten Land nach Hause zurück gekehrt. Wir sehen zur Zeit noch keine Kraft, durch die ein Ausweg gewiesen werden könnte und befürchten eine Fortsetzung und Eskalation der Gewalt.

Die Beziehung zwischen Israel und den Palästinensern ist durch Gewalt und Unterwerfung seitens der Besatzungsmacht geprägt. Verhandlungen auf Augenhöhe, aus denen Verständnis für die Lage des anderen erwachsen könnte, sind derzeit zwischen offiziellen Institutionen nicht vorstellbar. Aus diesem Grund können wir nachvollziehen, warum der Vorsitzende der palästinensischen Lehrgewerkschaft Kontakte mit israelischen Organisationen wie Histadrut HaMorim, wie im E&W-Bericht dargestellt, im Moment ablehnt. Wer wirkliche Verständigung

will, muss Kontakt aufnehmen zu israelischen Menschenrechtsgruppen, Teilen der israelischen Friedensbewegung und auch gewerkschaftlichen Initiativen, die schon längst einen Dialog mit Palästinensern führen.

BARBARA KÜBEL

lea, die gemeinnützige Bildungsgesellschaft der GEW Hessen, wird vom 18.10. – 31.10.2015 eine **Palästina-Reise** „Begegnung mit den Menschen“ anbieten, die unter der Leitung von Fuad Hamdan stattfindet. Anmeldung unter: anmeldung@lea-bildung.de

Einige Teilnehmer_innen der geschilderten Reise haben die Broschüre verfasst „Erfahrungen einer Reise ins Westjordanland – „Wir kämpfen, um zu leben.“ Sie ist für 5 Euro zu bestellen unter j.michalke@t-online.de

Trialog der Kulturen

Ein Projekt zwischen Hamburg, Palästina und Israel

Seit dem Massaker bei „Charlie Hebdo“ ist auch dem weitgehend globale Wirklichkeit verdrängenden Bewußtsein klar geworden, dass etwas nicht stimmt hier „bei uns“: Schon wahr, dass „hinten, weit in der Türkei./Die Völker aufeinander-schlagen“ – oder in der Ukraine, dem Irak, in Syrien, Afghanistan, Nigeria, Palästina, um nur diese Länder zu nennen. Bei uns jedenfalls herrscht Ruhe und Frieden. Aber nun, und das irritiert nicht wenige, stimmt auch das nicht mehr. Wenn in Belgien, in Frankreich - mitten in Paris! (und wann also in Berlin?, wann in Hamburg?) - die Welt aus den Fugen gerät, geht es natürlich um Politik, aber auch vorder- oder hintergründig um Religion. Muslime und Juden, Christen und Muslime, Juden und Christen - was sind die Punkte und Linien, an denen sie überkreuz sind, sich überschneiden, trennen, zusammentreffen?

An dieses politisch-religiöse Krisenfeld hat sich ein Projekt von Schülerinnen und Schülern der gemeinsamen Oberstufe des Gymnasiums und der Stadtteilschule Finkenwerder herangewagt (beeindruckten Dank an die arrangierende Kollegin und die zwei betreuenden Kollegen der beiden Schulen!). Im Rahmen des Schulwettbewerbs „Trialog der Kulturen“ und des schulspezifischen Profil-Themas „Freiheit – wozu?“ ist, seit mehreren Jahren schon praktiziert, ein Austauschprogramm zwischen den Finkenwerder Jugendlichen und denen einer Schule im Nahen Osten (Beit Jala in Palästina) zustande gekommen.

Von der Begegnung im Jahr 2014 – auch mit Schülerinnen

und Schülern zweier Schulen in Jerusalem/Israel – berichtet ein gerade erschienenes Buch. Es enthält Reiseberichte – und stellt so die Eindrücke von einem faszinierenden, irritierenden, fremden Leben in Palästina/Israel dar, was ganz Alltägliches, aber auch Religiöses und, unvermeidlich, auch Politisches enthält. Reflexionen der christlichen, jüdischen und muslimischen Jugendlichen über ihre „religiöse Identität“ machen einen weiteren Teil des Buches aus. Natürlich gibt es etliche Jugendliche, vor allem die aus Hamburg, für die Religion kaum eine Bedeutung hat. Um so spannender zu lesen, wie diese Reise in eine intensiv religiös konnotierte Welt – und die eindringlichen Gespräche mit dort lebenden Gleichaltrigen und ihren Familien – im Nachhinein („Reflexionen zum Projektausklang“) zur veränderten Eigen- und Fremdwahrnehmung geführt hat.

Ein dritter, substantieller Teil des Buches besteht aus 23 Interviews, welche die Schülerinnen und Schüler in Hamburg, Palästina und Israel geführt haben - mit prägnant, aber durchaus unterschiedlich mit den drei Religionen verbundenen Personen, vielfach Geistlichen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch mit Ronny Perlmann, die sich als Jüdin für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Sehr unterschiedliche Positionen werden da erkennbar, wie etwa bei dem ehemaligen Schulleiter Ruben Herzberg, der mehrere Jahre Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Hamburg war und schlicht erklärt: „Ich bete nicht.“ Im Gegensatz dazu eine



Gymnasium Finkenwerder/Stadteilschule Finkenwerder (Hgg.), „...und wie hältst du's mit der Religion?“ Begegnungen im Austausch – Reflexionen zur Ausprägung religiöser Identität in Hamburg, Palästina, Israel AphorismA: Berlin 2014, 159 Seiten, € 17,50. ISBN 978-3-86575-056-3

Nonne des Karmelitinnen-Ordens (in Finkenwerder!): „Ich bin von Jesus berührt worden.“ Der Hamburger Islam-Wissenschaftler Dr. Ali Özgür Özdil, um ein letztes Beispiel zu nennen, argumentiert vehement für das Recht von Musliminnen, sich dem schulischen Schwimmunterricht zu entziehen.

So wird, wer das Buch liest, kaum umhin können, sich eigene Gedanken zu machen – Widerspruch, Zweifel, Anregung, Zustimmung eingeschlossen. Recht so, denn das ist es, was alle Interviewten und alle an dem Projekt wie an dem Buch Beteiligten verbindet: offen zu sein für Kommunikation, für den Austausch verschiedener, auch gegensätzlicher Ansichten, die Reflexion eigener und fremder Positionen – und gegenseitigen Respekt. Zwar ist dies der Kern eines schulischen Projekts – als solches zur umsichtigen Nachahmung empfohlen! –, zeigt zugleich aber eine deutlich über den Schulrahmen hinausgehende, utopische Perspektive an. Hier wird vorgeführt, wie ein Leben jenseits von PEGIDA, IS, Boko Haram etc. pp. gedacht werden kann, in dem Raketenbeschuss und Drohneinsatz ebenso wie Bombardierung und Hinrichtung von Zivilisten Wörter einer Sprache wären, die niemand mehr bräuchte.

RALPH BUSCH
Gymnasium Finkenwerden

Ein bisschen Kopfschmerzen

Interview mit Dr. Michael Brune, Psychiater und Neurologe, über seine Erfahrungen mit Erwachsenen und Jugendlichen, die von Krieg und Gewalt gezeichnet sind

hlz: Herr Brune, Sie arbeiten mit Kindern und Jugendlichen, die aus Kriegs- und Krisengebieten kommen und oftmals traumatisiert sind.

Michael Brune: Der Hauptteil meiner Patient_innen sind eher Erwachsene, aber wir haben auch immer mal wieder Jugendliche. Meine Kolleg_innen und ich sind ausgebildet für therapeutische Arbeit mit Erwachsenen. Jugendliche von 15 Jahren an aufwärts kann man in der therapeutischen Herangehensweise so behandeln, als wären sie junge Erwachsene, wenn sich keine geeigneten Kinder- und Jugendtherapeuten finden. Aber wir betonen immer, dass wir keine Kinder- und Jugendpsychotherapeuten sind. Aber die Nachfrage ist riesig groß und das Angebot an Therapeut_innen recht klein. Bei Kindern unter 14,15 ist die Kinderpsychologie, die Kinderpsychotherapie gefragt. Das ist völlig außerhalb unserer Kompetenz.

hlz: Die Jugendlichen, von denen wir jetzt sprechen wollen, sind ja noch schulpflichtig. Wie kann eine Lehrerin oder ein Lehrer erkennen, dass Verhaltensauffälligkeiten möglicherweise auf traumatische oder posttraumatische Erfahrungen zurückzuführen sind?

Michael Brune: Wenn ein Kind oder Jugendlicher sich ungewöhnlich verhält, nonverbal vermittelt, dass ein großer Leidensdruck da ist, das Verhalten nicht dem entspricht, was der Jugendliche sagt, dann könnte die Lehrkraft aufmerksam werden. Wenn er sehr düster guckt,

wenig spricht, plötzlich explodiert, auf kleine Irritationen sehr aggressiv reagiert. Dieses Überreagieren ist häufig ein Symptom. Wenn man ihn nach dem Grund fragt, dann sagt er: „Ich habe ein bisschen Kopfschmerzen.“ Das, was er nonverbal vermittelt, passt aber nicht zu „ein bisschen Kopfschmerzen“, da muss mehr dahinter stecken. Es wird kaum ein Jugendlicher sagen: „Ich habe so eine traumatische Erfahrung gemacht, als ich übers Mittelmeer kam“.

hlz: Also in der Regel wissen die Menschen selber nicht, was sie haben, sondern es gibt Symptome, die sie selber aber nicht deuten können? Wer schickt Ihnen die Patient_innen oder wie kommen sie zu Ihnen?

Michael Brune: Die Patient_innen kommen über Allgemeinärzt_innen, über Eltern, manchmal über Lehrer_innen, über Flüchtlingsorganisationen, Organisationen, die Flüchtlingen helfen, manchmal Anwalt_innen. Viele kommen über Mund-zu-Mund-Propaganda. Jemand sagt: „Geh da mal hin. Das hat mir gut getan, kannst du auch mal versuchen.“ Oder die Eltern tauschen sich aus: „Mein Sohn war da, schick mal deine Tochter dahin.“

hlz: Wie kriegen Sie die Menschen zum Erzählen?

Michael Brune: Es ist wichtig, erst mal eine gute Atmosphäre herzustellen, ganz konkret auszusprechen: „Hier gibt es keine Tabus, hier darf man über alles sprechen, hier muss man über nichts sprechen.“ Und auch Vertraulichkeit zuzusichern „Was



Foto: Stefan Gleich

Hier darf man über alles sprechen, hier muss man über nichts sprechen (Michael Brune)

hier im Raum erzählt wird, bleibt unter uns. Nichts kommt raus ohne dein Wissen“. Wenn der Anwalt sagt: „Für das Verfahren ist es sehr wichtig, dass ich weiß, was mit diesem Jugendlichen aus medizinischer oder psychologischer Sicht los ist.“, dann würde ich das dem Jugendlichen erzählen und ihn fragen, ob ich das Erzählte weitergeben darf.

hlz: Die Sprache als Hindernis existiert nicht?

Michael Brune: Doch. Wir sind zu viert und sprechen zusammen zehn verschiedene Sprachen. Wenn der Jugendliche gut deutsch spricht, kann die Therapie auf Deutsch stattfinden. Ich spreche sehr gut spanisch. Ein Kollege spricht ara-



Foto: Flüchtlingsambulanz

Die Seele blickt in die verlorene Heimat

bisch und französisch, einer türkisch, eine Kollegin spricht Farsi. Wir haben aber auch viel mit Dolmetscher_innen zu tun.

hlz: *Gehören diese Jugendlichen in die Gruppe der „unbegleiteten Flüchtlinge“ oder sind sie in ihre Familie eingebunden?*

Michael Brune: Das gibt es beides.

hlz: *Was dieses „eingebunden sein in die Familien“ angeht: gibt es da bei Ihren Patient_innen neben den posttraumatischen Symptomen auch solche, die auf transgenerationale Weitergabe von Traumata hindeuten? –Ich spiele auf das Thema der GEW-Veranstaltung im Dezember an.*

Michael Brune: Ja, das gibt es auch immer wieder in ganz verschiedenen Formen. Zum Beispiel Jugendliche, die die Familie mittragen, die sich sehr erwachsen, sehr reif verhalten, alles leisten, eigentlich mit dieser Rolle überfordert sind, aber wissen, dass sie durchhalten müssen. Manchmal ist es so, dass ein Teil der Familienproblematik sich löst, wenn der Aufenthalt gesichert ist, wenn der Vater, der vermisst war, plötzlich auftaucht. Dann ist die Familie vereint und man denkt: alles ist gut. Aber dann wird plötzlich aus diesem exemplarischen Jugendlichen ein ganz schwieriger. Er kompensiert alles, was er als

Adoleszenzrebellentum vorher nicht zeigen durfte und lässt es mit 19 auf einmal heraus.

hlz: *Was könnte das zum Beispiel sein, was auf einmal heraus kommt?*

Michael Brune: Ich kann ein ganz konkretes Beispiel nennen: In einer lateinamerikanischen Familie war die Mutter sehr insuffizient, sie war depressiv, weinte immer; sprach auch kein Deutsch. Der 14/15-jährige Sohn hat sich immer um alles gekümmert, auch um die Behördengänge. Der Vater war verschwunden, man wusste nicht, was mit ihm passiert war. Dann wurde der Vater in einem Massengrab identifiziert. Man wusste jetzt: er ist tot. Für die Mutter war es schwierig, aber sie konnte endlich trauern. Danach ging ihr Leben weiter. Die ganze Problematik war verschwunden. In dem Augenblick, in dem die Mutter geheilt schien und es auch den anderen Geschwistern gut ging, in dem Augenblick begann dieser mittlerweile 19-Jährige Drogen zu nehmen, wurde kleinkriminell. Auch das ist eine Art zu zeigen: „Für mich war das auch eine sehr schwere Zeit, guckt mal auf mich“. Dadurch, dass er so exemplarisch funktioniert hatte, hatte keiner ihn beachtet; er hatte ja keine Probleme. Dann gab es endlich mal Raum, dass er zeigen durfte, dass

er ein Problem hat.

hlz: *Ist das der Schlüssel für die Therapie, dass der Jugendliche Raum bekommt, auch für sein Leid und seine Wut?*

Michael Brune: Die lange Therapie bestand kurz gefasst darin, dass man dem Jungen sagte: „Ich verstehe dich, das muss eine sehr schwere Zeit für dich gewesen sein. Erzähl mal.“, dass er dann aus seiner Sicht über die Situation erzählen durfte, dass man ihn verstand und ihm auch ein paar Ratschläge gab. Das war sehr heilend für ihn, dass er auch mal im Zentrum stand.

Hilfe

Flüchtlingsambulanz für Kinder und Jugendliche
 Ambulanzzentrum des UKE GmbH
 Martinistraße 52, Geb. O44,
 Children for Tomorrow
 20246 Hamburg
 Tel.: +49 (0)40-47 19 308 0
 Fax: +49 (0)40-47 19 308 15
 E-Mail:
fluechtlingsambulanz@uke.de
www.childrenfortomorrow.de,
www.uke.de

Bus: Linien 20 und 25
 Haltestelle Eppendorfer Park
 (UKE)

hlz: *Das, was Sie von dieser Familie beschrieben haben, ist ja ein Mechanismus, der in vielen Migrantenfamilien besteht: weil sie am besten Deutsch sprechen, werden die Jugendlichen zu den Behörden geschickt. Denken Sie, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Schule sensibel genug sind, um die Problematik, die Dramatik der Situation zu erkennen?*

Michael Brune: Ich kriege ja immer die Fälle mit, wo es gut läuft. Es gibt auf jeden Fall Lehrer_innen, die reagieren und sagen: „Da stimmt was nicht. Können Sie sich bitte um den Schüler

kümmern.“ Die Jugendlichen berichten allerdings auch von ihren Schulerfahrungen: „Ich wurde nur als schwieriger Schüler, als unverschämter Bengel behandelt. Der Lehrer hat mich nicht verstanden oder war streng zu mir.“ Die Sicht des Jugendlichen kann man zwar meistens nicht eins zu eins übernehmen, aber ich werde in einer solchen Situation keinen Kontakt zu einem Lehrer aufnehmen, der sich vielleicht falsch verhalten hat, jedenfalls aus Sicht des Jugendlichen. Ich lass meistens die Geschichte dann so im Raum stehen oder sage: „Wenn das so war, wie du es schilderst, dann hat der Lehrer sich falsch verhalten.“

hlz: Der erste Schritt bei dieser Therapie wird die diagnostische Ebene sein. Das Ziel ist ja, über die Therapie auffälliges Verhalten zu verändern. Können Sie beschreiben, welche Bahnen die Therapie nimmt, wenn sie positiv verläuft?

Michael Brune: Die Diagnose ist eigentlich nichts Zentrales, sie stellt sich nach und nach ein. Sie ist ein Arbeitsinstrument, eine Arbeitshypothese, mit der man an die Arbeit geht und dann zeigt sich, ob sie stimmt oder nicht. Ich sage allen Patient_innen: „Es ist nicht wichtig, wie es Ihnen geht, wenn Sie hier sind, sondern es ist wichtig für mich, wie es Ihnen geht, wenn Sie nicht hier sind. Wie läuft es in der Familie, wie läuft es in der Schule?“ Schüler_innen sage ich auch immer, warum es wichtig ist, die Chance einer Schulbildung zu nutzen. Ich brauche die Rückmeldung von Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen, Eltern. Wenn es gut läuft, kriege ich positive Rückmeldungen. Ein wichtiger Teil der Diagnostik ist, dass ich herausfinde, welche Fähigkeiten der Jugendliche hat: Ist es ein junger Mann mit vielen Kapazitäten oder eine hochintelligente junge Frau – und trotzdem haben sie katastro-

phale Schulleistungen. Dann versuche ich dahin zu steuern: „Du kannst so unheimlich viel, du könntest so viel aus deinem Leben machen.“ Bei einem anderen merke ich, dass die Ressourcen nicht so groß sind, da muss man keine Akademikerkarriere anstreben.

hlz: Aber es gibt ja manchmal ganz überraschende Wendungen.

Wie kann man Lehrer_innen noch stärker dafür sensibilisieren wahrzunehmen, dass ein Großteil der Kinder aus Flüchtlingsfamilien in irgendeiner Weise traumatisiert ist?

Michael Brune: Eine Methode, die ich immer wieder empfehle, ist die indirekte Frage, zum Beispiel: „Ich habe viele Menschen aus Afghanistan getroffen und auch viele Kinder und Jugendliche, die dort schreckliche Sachen erlebt haben.“ Dann sehe ich, ob der Jugendliche darauf anspricht. Ich öffne ihm eine Tür. Wenn man versucht direkt zu fragen, wirkt man leicht invasiv und der Gefragte wird oft ganz schnell zumachen. Wenn ich als Lehrer_in den Eindruck habe, ein Jugendlicher leidet sehr unter dem, was er nicht ausspricht, dann würde ich in einem Einzelgespräch versuchen, ihn über einen „Türöffner“ anzusprechen. Wenn er nicht drüber sprechen will, dann wird er nicht darauf anspringen. Wenn er sagt: Hier ist einer, der mich doch vielleicht ein bisschen versteht – dann wird er die Gelegenheit nutzen.

hlz: Im normalen Schulbetrieb ist es ja so, dass die Lehrkraft gar nicht den Raum hat, sich mit dem einzelnen Schüler einzusetzen. Deswegen noch mal die Frage: Ist es überhaupt sinnvoll, dass sie sich um ein Gespräch bemüht oder soll sie eher so herangehen: Ich mache meinen Fachunterricht, versuche nett zu sein und das reicht.

Michael Brune: Ich denke schon, dass man als Lehrer_in im Rahmen der Möglichkeiten

psychologisch helfen sollte. Wenn der Rahmen das unmöglich macht, dann kann man sich an die Schulbehörde wenden mit der Forderung nach mehr Lehrer_innen, kleineren Klassen oder was weiß ich. Man soll sich schon Gedanken machen und wenn der/die Lehrer_in zum Schluss kommt: Ich kann nicht mehr machen, als mein Fach zu vermitteln – ist dies selbstverständlich zu akzeptieren, aber dass er/sie sich Gedanken zu seinem/ihren Auftrag macht, kann man schon verlangen. Haben Lehrer_innen eigentlich nur einen rein vermittelnden Auftrag oder nicht auch einen sozialpädagogischen?

hlz: Letzteres ist schon richtig, sie sollten die Gesamtpersönlichkeit des Schülers oder der Schülerin im Auge haben. Aber die Frage ist ja auch: kann ich als Lehrer_in etwas falsch machen? Bedarf es nicht des Fachmanns oder der Fachfrau?

Michael Brune: Die Lehrkraft soll kein_e Psychotherapeut_in oder Sozialarbeiter_in werden, sondern sie sollte versuchen, den Kontakt zum Fachmann, zur Fachfrau zu vermitteln.

hlz: Bis jetzt haben wir über Jugendliche gesprochen, die möglicherweise direkt traumatisiert wurden. Nun gibt es aber auch die Jugendlichen, die in der zweiten oder sogar dritten Generation in Deutschland aufgewachsen sind, von denen die Eltern traumatisiert sind. Damit komme ich wieder zum Thema der GEW-Veranstaltung: die transgenerationale Weitergabe von Traumata. Inwieweit ist das Ihrer Erfahrung nach bei Jugendlichen bedeutsam?

Michael Brune: Auf keinen Fall wird die Problematik von einer Generation zur nächsten eins zu eins übertragen. Die zweite Generation hat als Antwort auf die Traumatisierung der Eltern ein Verhalten entwickelt, das vielleicht auch gestört ist. Das kann aber vielfältig aussehen.

hlz: *Haben Sie mit solchen Jugendlichen zu tun?*

Michael Brune: Recht wenig. Ich habe manchmal mit Eltern zu tun, die reflektierend sagen: Aufgrund meiner psychischen Störung werde ich mit der Elternrolle nicht fertig. Oder der Therapieauftrag an mich ist: Ich möchte ein guter Vater, eine gute Mutter werden, das bin ich jetzt nicht. Sie sagen zum Beispiel: Ich ertrage keinen Krach. Und Kinder machen Krach. Ich raste da aus, wenn meine Kinder normal laut sind. Ich finde das schrecklich, aber ich kann es nicht kontrollieren. Hyperirritabilität ist ein typisches Symptom bei einer Traumatisierung. Das reflektieren Eltern, kommen manchmal zu mir und sagen: „Ich ertrage nicht mal den Krach meiner eigenen Kinder, obwohl ich weiß, dass Kinder Krach machen und meine eigenen Kinder sind nicht lauter als andere Kinder. Ich schreie sie dann an und danach geht es mir schlecht, weil ich merke, dass ich völlig inadäquat reagiert habe.“ Das setzt sich dann wahrscheinlich irgendwie im Verhalten der Kinder fort; sie reagieren sehr rebellisch oder sehr verhuscht.

hlz: *Wie ist die Akzeptanz von Psychotherapie im migrantischen Milieu?*

Michael Brune: Es gibt sehr viele Herkunftsländer, in denen alle Wörter, in denen die Silbe „psych“ vorkommt – wie Psychiatrie –, negativ besetzt sind. Psychiatrie – das sind die klassischen Irrenhäuser, die es in den Ländern noch gibt, die es früher hier auch gab, die Irrenanstalten, wo die schwersten Schizophreniefälle aufbewahrt werden. Außer diesen Psychiatrien gibt es nichts in manchen Ländern.

hlz: *Insofern ist das Wort besetzt mit Schwellenängsten.*

Michael Brune: Alles, was die Silbe „psych“ hat, ist für die ganz Verrückten und ich bin doch nicht verrückt. Stimmt, sind sie nicht. Hinzu kommt,

dass ein Symptom der Traumatisierung die Angst ist, auf dem Weg zu sein, verrückt zu werden. Wenn nun jemand sagt: Du musst zum Psychiater, dann befeuert er diese Ängste. Wenn die Leute erst mal bei mir oder meinen Kolleg_innen sind, ist es nicht so schwer sie zu halten. Das Problem ist, sie dazu zu bringen, zu mir zu kommen.

hlz: *Angenommen, ich habe einen auffälligen Schüler, den ich gern zur Therapie schicken würde - wie kann ich den Ängsten des Jugendlichen, der Eltern entgegenwirken?*

Michael Brune: Ich kann versuchen die Silbe „psych“ zu vermeiden, indem ich mich so ausdrücke: Ich kenne einen Arzt für die Seele – oder das Wort seelisches Leid benutze. Wenn der Mensch schon erzählt hat, dass er Schreckliches erlebt hat, dann kann ich sagen: Das ist normal, dass es dir schlecht geht. Deine Reaktion ist eine normale Reaktion auf ein anormales Erlebnis. Manchmal hilft es auch Vorurteile abzubauen. Wenn die Leute zu mir kommen, merken sie ganz schnell, dass ich nicht ihrem eventuellen Klischee eines Psychiaters entspreche, ich nicht im weißen Kittel da sitze und auf einem Bleistift kaue, sie anucke und dann ‚klick‘ mache und darauf stämmige Wärter hereinkommen und sie wegschleppen. Solche Vorstellungen gibt es. Es ist auch wichtig zu betonen: Das hier ist freiwillig, wenn es dir nicht gefällt, kannst du weggehen, da wird dir nichts passieren. – Es geht jetzt erst mal darum, über seelische Schmerzen zu sprechen.

hlz: *Nochmal zurück zu den Schulpflichtigen: Wenn Kolleg_innen den Eindruck haben, dass eine Symptomatik möglicherweise mit Kriegsereignissen zu tun hat, müssen sie sich dann grundsätzlich an einen Arzt / eine Ärztin wenden oder können sie sich auch direkt an Sie wenden?*

Michael Brune: Das können sie. Das Problem, das wir haben, ist, dass wir völlig überlaufen sind.

hlz: *Was passiert mit den Leuten, die die Mitteilung bekommen: Es gibt keine Termine. Haben die eine Alternative? Gibt es eine zentrale Vermittlung, damit man nicht zehn Adressen umsonst anläuft?*

Michael Brune: Die Gefahr ist groß, dass man zehn Adressen umsonst anläuft.

hlz: *Es gibt keine zentrale Vermittlungsstelle?*

Michael Brune: Nein, nicht für Psychotherapien. Es gibt die Flüchtlingsambulanz im UKE, es gibt Psychotherapeuten, die sich darum kümmern oder man kann bei der Psychotherapeutenkammer anrufen. Aber noch einmal zur Ansprache durch die Lehrkraft: Vielleicht ist es eine Alternative, die ganze Klasse anzusprechen: „Es gibt Menschen, die unter schrecklichen Erlebnissen leiden, aber es gibt Hilfemöglichkeiten und wenn eine_r von euch so eine Stelle vermittelt haben möchte, kann er oder sie sich an mich wenden.“ Was ich immer wieder betone: Im Umgang mit Traumatisierten ist ganz wichtig, dass ich, wenn ich etwas verspreche, das auch einhalte. Das hat sehr viel mit Vertrauen zu tun, Vertrauen ins Leben, Vertrauen in andere Menschen. Nicht indirekt vermitteln: man kann viel mehr tun, als man fähig oder willig ist. Das mit dem Vertrauen ist sehr wichtig. Man ist ja misstrauisch gegenüber anderen Menschen, weil andere Menschen einem häufig Böses getan haben, man ist so oft enttäuscht worden vom Leben, von anderen Menschen, man hat auch nicht dieses Urvertrauen ins Leben, was wir alle irgendwie haben und auch als psychologische Strategie brauchen.

hlz: *Ich möchte jetzt diesen Teil des Gesprächs abschließen und danke Ihnen dafür. Vielleicht gelingt es ja, eine größere Sensibili-*

sierung bei den Kolleg_innen dafür herzustellen, dass auffälliges Verhalten auch mit Traumatisierung zusammen hängen kann.

Jetzt habe ich noch eine andere Frage: Wir reden die ganze Zeit über Trauma, Traumatisierung. Was ist das genau? Könnten Sie uns das erläutern?

Michael Brune: Trauma definiere ich als ein Erlebnis, das für einen normal denkenden und fühlenden Menschen völlig unerträglich wäre und sage: Wir Menschen haben verschiedene Strategien, mit dem Leben, mit den Schwierigkeiten des Lebens umzugehen, spirituelle Strategien, Weltanschauungen, verschiedene psychologische Strategien u.s.w. Wenn alle diese Strategien vor einer Situation versagen, ich plötzlich gar nicht mehr fertig werde mit dem, was ich erlebe, dann führt das zu einer Traumatisierung. Dann gibt es Dinge, die das Trauma schlimmer machen: Wenn Traumatisierung über längere Zeit passiert, wenn Traumatisierung sich wiederholt, Traumatisierung, die von Menschenhand bewusst gemacht wird („man made“), zum Beispiel Folter, wenn ein Mensch mich ganz bewusst quält. Das macht die Traumaprotektoren schlimmer oder auch die Wahrscheinlichkeit, dass man eine schwere Traumatisierung entwickelt, größer. Es macht natürlich einen Unterschied, in welchem Kontext das Trauma passiert: Ich lebe in einer sozial funktionierenden, einer recht heilen Welt, das Trauma passiert, reißt mich für kurze Zeit raus aus dieser heilen Welt, dann kann ich wieder zurückkehren in diese heile Welt. Das ist anders, als wenn ich in einer Umgebung lebe, wo ich permanent an das Trauma erinnert werde, ich vorher keine heile Welt hatte und nachher auch keine habe, in Kriegsgebieten zum Beispiel. Anders wirkt diese traumatische Erfahrung: Mein Auto kommt ins Schleudern und ich sehe den Lkw auf

mich zu rasen und ich denke: Jetzt werde ich sterben und das war's. Dann wache ich relativ heil im Krankenhaus auf und habe das Ganze überlebt, ohne größere Schäden. Das ist natürlich auch eine einschneidende Erfahrung. Aber meine Frau, meine Kinder sind noch da und ich kann zu meinen netten Arbeitskolleg_innen zurückkehren nach ein paar Wochen. Das Trauma ist einfacher zu bewältigen, als wenn ich im Kriegsgebiet lebe, es fällt eine Bombe auf mein Haus und ich komme unbeschädigt da raus, aber meine Frau und zwei meiner Kinder sind tot und rundherum um mich wird immer noch geschossen.

hlz: Kann man ein Trauma wegpacken?

Michael Brune: Eine traumatische Erfahrung, eine Extrem-

traumatisierung durch Folter oder Krieg oder Ähnliches sind Ereignisse, die das eigene Leben verändern. Man ist nicht mehr der Gleiche danach. Wie man damit fertig wird, dafür gibt es sehr viele verschiedene Wege. Für einige ist eine Psychotherapie der beste Weg. Um über das Trauma zu sprechen, muss die Zeit reif sein und man muss sich auf den Menschen verlassen. „Mit mir kann man drüber sprechen“, sage ich als Therapeut. Und in dem Augenblick, wo der traumatisierte Mensch sagt: „Jetzt möchte ich drüber sprechen“, muss er zeitnah ein therapeutisches Angebot bekommen.

hlz: Herr Brune, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellten
STEFAN GIERLICH und
JOACHIM GEFFERS



Psychotherapie und
Interkulturelle Kommunikation

Unser Angebot

Zu unseren Themenschwerpunkten Trauma, Migration und interkulturelle Kommunikation bieten wir an:

- Psychotherapien in mehreren Sprachen
- Dolmetschervermittelte Psychotherapien
- Fortbildungen
- Supervision und Beratungen

Wir sprechen fließend folgende Sprachen:

Deutsch, Arabisch, Dari, Englisch, Farsi, Französisch, Maghribinisch, Schwedisch und Spanisch.

Wir haben Zugang zu Dolmetschern für Sprachvermittlung zwischen Deutsch und folgenden Sprachen:

Albanisch · Arabisch · Chinesisch (Mandarin) · Dari · Farsi
Hindi · Kurdisch (Kurmanji und Sorani) · Lingala
Pashtu · Russisch · Serbokroatisch · Somalisch · Suaheli
Tigrinya · Türkisch · Urdu · Vietnamesisch.

Die Praxis von Dr. Brune befindet sich im Gesundheitszentrum St. Pauli, Haus 5, Seewartenstraße 10, 20459 Hamburg, Tel. 040/31 79 35 35 · E-Mail: info@haveno.de

Denunzianten und ihre Machenschaften in Altona (Teil 2)

Im Zielkreuz von NS-Denunzianten an der Oberrealschule Altona stand der Lehrer Robert Grosse, der von den Nazis abgesetzte ehemalige Schulleiter des Christianeums. Verantwortlich war Hermann Saß, Träger des goldenen Parteiabzeichens, seit 1933 erst als Senator, dann als Stadtrat und später als Oberschulrat zuständig für die Schulen Altonas. Der Fall Grosse zeigt, wie Saß von Beginn an NS-Informationskanäle nutzte, ein Spitzelsystem unter Lehrer_innen aufbaute und sich Dossiers liefern ließ.



Foto: Archiv Christianeum

**Opfer von NS-Spitzelei:
Robert Grosse**

An der Oberrealschule für Jungen in Altona (Hohenzollernring) war 1942 eine Intrige gegen den als regimekritisch geltenden Robert Grosse gestartet worden. Er war schon 1933 als Schulleiter des Christianeums abgesetzt worden. Grundlage des Vorstoßes war eine Denunziation durch den Studienrat Carstens gegenüber OSR Hermann Saß.

Der nächste Vorstoß von Carstens erfolgt am 1.2.1943. Der Überschrift ist zu entnehmen, dass ihm durchaus bekannt ist, zu welchem Ergebnis seine erste Initiative geführt hatte. Er schreibt: „Gesuch des Studienrates Joachim Carstens um Wie-

deraufnahme des am 31.1.1942 eingestellten Verfahrens gegen Dr. Grosse an der Oberschule für Jungen in Altona, veranlasst durch mein Schreiben vom 19.1.1942 an die Oberschulbehörde der Hansestadt Hamburg.“

Und wieder handschriftlich erhält Oberschulrat Hermann Saß Material für einen entscheidenden Schlag – diesmal konzertiert, jeder willkommene Satz von Saß fett unterstrichen. Carstens schreibt:

„In meinem Biologieunterricht in der Klasse 7b stoße ich auf innere Ablehnung, sobald es sich um Rassenfragen handelt.

Anlässlich der Beantwortung der Judenfrage so hat der Schüler Nissen, Fähnleinführer 14/31, mit großer Bestimmtheit den offenbar seiner Überzeugung entsprechenden Standpunkt, daß der Rassengedanke keineswegs als einziges und ausschließliches Deutungsprinzip für geschichtliche Vorgänge zu gelten habe. Diese Ansicht offenbart sich u. a. in folgenden mit größter Entscheidung vorgetragenen Behauptungen:

1) Die Entstehung der jüdischen Völker hat nicht das geringste mit der Rassenfrage zu tun, sondern ist einzig und allein ein Problem der Religion.

2) Die rassische Zusammensetzung der heutigen jüdischen

Völker ist ein hinsichtlich der menschlichen Bestandteile völlig anders als dem der jüdischen Völker nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil.

Demnach hat also auch heute die Rassenfrage keinerlei Bedeutung für das Judenproblem.

Nissen beruft sich in seiner Einstellung zum Judentum auf das Lexikon und auf Dr. Grosse. Da der gut begabte Junge seine innere Ansicht kaum – durch Mißverständnis – dem Lexikon entnommen haben kann, bleibt als Quelle nur der Deutsch- und Geschichtsunterricht durch Dr. Grosse. Schon in meinem Schreiben vom 19.1.1942 machte ich Dr. Grosse den Vorwurf, daß er auf dem Gebiet der Rassenlehre Unklarheit geschaffen hat. Die gleiche Instinktilosigkeit in Rassenfragen tritt ferner in folgendem Fall zutage: Der Schüler Richter ein hochbegabter Junge der gleichen Klasse nannte in einem Hausaufsatz, der u. a. philosophische Probleme behandelt als bedeutendsten Nachkantianer den Juden Cohen.

Wenn der Führer sagt, daß die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates ihre Krönung darin finden muß, daß sie den Rassesinn und das Rassegefühl, instinkt- und verstandsmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend

hineinbrennt, so ist von diesem Geist in der Klasse 7b nicht ein Hauch zu verspüren.

Die Instinktilosigkeit dieser Klasse in Rassenfragen ist m.E. einzig und allein auf das Verhalten Dr. Grosses zurück zu führen. Sofern in meinem Schreiben vom 19.I.1942 betont ist, daß Dr. Grosse in den Herzen der Schüler Zweifel an der Richtigkeit der Maßnahmen des Führers weckt. Da die Einstellung der Klasse 7b offenbar zeigt, daß Dr. Grosses Haltung sich inzwischen nicht geändert hat, so fühle ich mich verpflichtet, zum Beweis meiner obigen Behauptungen folgendes zu melden:

1) Nach dem Eintritt Japans und Amerikas in den Krieg bemerkte Dr. Grosse dem Kollegen Silber gegenüber, im Interesse der weißen Rasse sei zu hoffen, daß Amerika den Sieg über Japan davon tragen möge.

2) Anläßlich meiner Schulwache am 16.II.1942 mit den Schülern Lennardt und Gall aus der Klasse 8 teilte mir Gall folgendes mit:

Im Anschluß an die Eingliederung Österreichs in das Reichsgebiet habe Dr. Grosse den Auftrag gehabt, in seiner, Galls Klasse, in einer Feierstunde die Bedeutung dieser Ereignisse zu würdigen. Er habe jedoch – so führte Gall wörtlich aus –, in keiner Weise Positives zu dieser Angelegenheit gesagt, vielmehr habe er lediglich darauf hingewiesen, daß das wirtschaftlich sowieso schon ungeheuer belastete deutsche Reich nun durch die Eingliederung Österreichs in noch viel höherem Maße belastet werden würde.

Zeuge dieser Aussage war Lennardt.

3) Mir gegenüber betonte Dr. Grosse im Anschluß an das gesellige Beisammensein des Lehrerkollegiums nach der Rückkehr der KLV-Verschickten im Jahr 1941, daß unsere Regierung bei der kleindeutschen Politik hätte bleiben sollen.

Es fragt sich, ob ein Geschichtslehrer, der wiederholt sein Mißfallen an der Politik des Führers bekundet hat, noch weiterhin auf der Oberstufe unterrichten darf.

Heil Hitler!

J. Carstens, Oberstudienrat.“



Joachim Carstens

Nach dem NSDAP- und SA-Mann Joachim Carstens legt als nächstes der Oberschullehrer Heinrich Paulsen, SS-Mann und Parteigenosse, nach. Er schreibt Oberschulrat Dr. Saß am 4.2.1943 unter „Betreff meine Auffassung über Oberstudien-direktor Dr. Grosse“:

„Wie jedem Kollegen in der Schule, so ist auch mir die generische Einstellung G. zur nationalsozialistischen Weltanschauung, insbesondere in der Rassenfrage, seit langem bekannt. Zwar äußert er sich mir gegenüber selten, weil er weiß, dass ich SS-Mann bin. So erinnere ich mich, dass er mich vor etwa zwei Jahren fragte, ob es wahr sei, ein höherer Parteiführer hatte es zu ihm gesagt, dass die SS im Kriege bewusst geschont wurde, um nach dem Kriege der klassischen Aufzucht zu dienen.“

Paulsen habe „in scharfer Form solchen Unsinn“ zurück gewie-

sen anhand Seiten langer wörtlicher Veröffentlichungen im ‚schwarzen Korps‘. Und er habe geantwortet: „Ja, nicht wahr, schließlich wird man aus Deutschland kein Gestüt machen.“ Paulsen: „Die Abfuhr muss so scharf gewesen sein, dass er mich in Zukunft kaum mehr behelligt hat.“

Es könnte auch andere Gründe gehabt haben, dass Grosse ein Gespräch mit dem SS-Mann im Weiteren gemieden hat.

Als nächstes meldet sich am 8.2.1942 Adolf Meyer bei Oberschulrat Hermann Saß und eröffnet mit den Worten: „Ihrem Wunsch nachfolgend teile ich Ihnen die Gründe mit, aus denen ich den Einfluss von Herrn Dr. Grosse auf die Schüler für sehr schädlich halte.“

Adolf Meyer, wegen seiner langjährigen Tätigkeit als Lehrer in Südamerika an der Schule „Chile-Meyer“ genannt, war schon 1932 in die NSDAP und in den NSLB eingetreten und stand im scharfen Gegensatz zu Schulleiter Meyer.

Adolf Meyer gab dem Oberschulrat Saß die gewünschten Argumente. Seine Einlassung zeigt einmal mehr deutlich, wie gespalten Kollegien in den nationalsozialistischen Zeiten waren und mit welchem Spott Grosse seine nationalsozialistischen Kollegen irritierte.

Adolf Meyer stellt fest: „Den Klassen, die Herr Dr. Grosse gehabt hatte, konnte ich seinen Einfluss sofort anmerken. Sie waren in Haltung und Denken durchaus unnationalsozialistisch, huldigten der so genannten wissenschaftlichen Objektivität, d.h. sie waren standpunktlos und kritizistisch. Es war ihnen selbstverständlich und sie hielten sich darauf etwas zugute, gegen nationalsozialistische Behauptungen Einwände vorzubringen.“

Und: „Herrn Dr. Grosses Gesinnung lernte ich durch persönliche Erfahrungen kennen. Ich habe mit ihm grundsätzlich

Foto: aus der NSDAP-Kartei im Bundesarchiv

keine Unterhaltungen geführt und Auseinandersetzungen mit ihm gemieden. Ich musste aber erleben, dass er immer wieder an mich herantrat, um mir Sachen mitzuteilen, von denen ich zunächst nicht wusste, warum er das Bedürfnis hatte, sie mir zu erzählen, bis ich zu der Überzeugung kam, dass er mich, besonders meine Gesinnung damit angreifen wollte. Es geschah immer in so eingeschleicher Form, dass man zunächst nicht gleich den Sinn der Sache sah und sie harmlos schien. Beispiele: So meinte er eines Tages während der Kämpfe in Spanien, mich als kunstinteressierten Menschen würde es wohl freuen, zu hören, dass die Kunstschatze des Prado gerettet seien. Nun

wurde damals Madrid von Francos Truppen angegriffen. Also waren die Kommunisten die Retter der Kulturwerte vor dem Zerstörungswerk Francos. Ein andermal äußerte er, er stehe natürlich auf nationaler Seite, es sei doch aber schade, dass Franco mit Unterstützung der Fremden, der Marokkaner kämpfe, während doch die Kommunisten für die Sache der Freiheit Spaniens anträten.“

Am 8. Februar 1943 meldete sich dann Prof. Karl Raebel mit einem „Urteil“ über Grosse bei Oberschulrat Saß. Raebel, Jahrgang 1877, SS-Mann seit 1933, berichtet:

„In Privatgesprächen geriet ich früher öfters mit Direktor Grosse über die Judenfrage hef-

tig aneinander. Er beklagte sich über das harte Los der Juden, führte Beispiele zu strenger Behandlung an und wollte nicht zugeben, daß die Juden dieses Los mehr als vollauf verdient haben. Schließlich sagte er vermittelnd, daß ich an die Ostjuden dächte und er die Westjuden im Auge habe.

Als er einmal auch die Behandlung der Polen für zu hart hielt und Gräueltaten als übertrieben hinzustellen versuchte, erregten wir uns so erbittert, daß wir in Zukunft derartige Gespräche unterließen. Mit den Oberprimanern, die 1937 ihr Abitur bestanden, machte ich im Herbst als Klassenlehrer eine Harzwanderung. In Gesprächen mit den Jungen bekomme ich

Quelle: Festschrift 1932, „Fünfzig Jahre Oberrealschule Altona-Ottensen“



Lehrerkollegium der Oberrealschule für Jungen Altona im Jahr 1932: Vorne in der Mitte (5. von links) Schulleiter Peter Meyer, rechts neben ihm Adolf Meyer (Chile-Meyer), ganz rechts Hugo Schnüge. In der 2. Reihe (2. von links) Kurt Silber, rechts daneben Richard Stender (etwas erhöht stehend), 2. von rechts SS-Mann Chemnitz; letzte Reihe, ganz links Paul Dittmer, der 1933 von OSR Hermann Saß zum Stadtschulrat gemacht wurde, 7. von links SS-Mann Heinrich Paulsen, rechts daneben SS-Mann Prof. Karl Raebel.

den Eindruck, daß sie in Rassefragen einen sehr fraglichen und objektiven Standpunkt einnehmen wollten.

Die Schüler liebten und stützten Dr. Grosse sehr und waren darum umso leichter geneigt, sich durch seine methodische Behandlung derartiger Fragen beeinflussen zu lassen.“

Einen Tag später erfüllt dann auch Kurt Silber seine Pflicht und übersendet „im Anschluss an die heutige Besprechung eine schriftliche Darstellung über das von mir beanstandete Verhalten von Oberstudiendirektor Dr. Grosse“.

Hermann Saß ist gründlich vorgegangen und sammelt systematisch Material bei den nationalsozialistischen Lehrern des Kollegiums.



Silber, NSDAP-Mitglied seit dem 1.5.1933, resümiert als schulischer Vertrauensmann des NSLB:

„Solange Herr Dr. G. an unserer Schule tätig ist, fiel er bei allen Kollegen, die ihre innere Einstellung zum 3. Reich durch aktiven Einsatz beweisen, stets durch seine negative Kritik an innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Regierung unangenehm auf. Daß er jemals zu irgendeinem Ereignis der letzten so erfreulichen 10 Jahre freudigen Herzens anerkennende Worte gefunden hat ist mir nicht erinnerlich. Nicht nur mein persönlicher Eindruck ist es, daß Herr Dr. G. mit seinen Ausführungen bezweckte, die Kollegen und insbesondere die Parteigenossen in ihrer inneren Haltung zu beeinflussen und Zweifel zu wecken.“

Richard Stender, Parteimitglied seit 1933, Presse- und Propagandaverantwortlicher des NSLB-Kreises Altona, ab 1943 auch Ortsgruppen-Schulungsleiter der NSDAP in Altona, lieferte seinem Kreisschulungsleiter Hermann Saß, dienstlich sein Oberschulrat, ein letztes Urteil über Robert Grosse. Stender, Mathematik- und Physiklehrer, berichtet von einem Gespräch, das er mit Grosse „vor mehr als einem Jahr unter vier Augen“ führte:

„Grosse fragte mich damals, was ich von der Einsteinischen Relativitätstheorie hielte, die doch in der Welt anerkannt sei. Ich erklärte ihm aus meiner Kenntnis der Dinge heraus, dass zwar die spezielle Relativitätstheorie zum gesicherten Bestand der Physik gehöre (s. alle Lehrbücher der theor. Physik), dass aber die allgemeine Relativitätstheorie bisher durch Beobachtungen nicht sicher bestätigt sei.

Bei allem bleibe festzustellen, dass Einstein zersetzend auf unser Denken gewirkt hat, wobei ich mich auf Zahlen stütze, und dass er sich als Staatsfeind bestätigt habe und daher ausgebürgert sei. Grosse berief sich auf andere sog. Gewährsmänner und stellte die Sache so dar, als wenn ich wohl nicht genügend in das Gebiet eingedrungen sei.

Ich kannte Grosse in seinem Negieren und verbat mir, mich künftig mit solchen Fragen zu behelligen, die meine weltanschauliche Grundhaltung irgendwie anzutasten geeignet seien.“



Hermann Saß

Dass Grosse Lust am Spott hatte und nicht sonderlich vorsichtig agierte, zeigt auch ein von ihm vorgetragener Witz, der an der Schule kolportiert wurde: „Jemand hat seinem Papageien beigebracht zu sagen: ‚Heil Hitler! Durchhalten! Wenn es auch schwer fällt!‘ Kommt eines Tages der Blockleiter. Der Papagei begrüßt ihn mit: ‚Heil Hitler! Wenn’s auch schwer fällt!‘“

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt

Foto aus der NSDAP-Kartei im Bundesarchiv

Simon ist der Sohn unseres langjährigen Setzers Christian. Was Christian und seine Familie und vor allem Simon selbst aktuell durchzustehen haben, können wir nur ahnen. Unser Mitgefühl ist bei ihnen. Wir hoffen, dass dieser Aufruf Früchte trägt.

Für die Redaktion JOACHIM GEFFERS

Helft Simon!

Er hat Blutkrebs und braucht Eure Hilfe.



Simon liebt das Leben! Helft ihm es zu behalten! Simon ist Sohn, großer Bruder und Lebenspartner. Er verbreitet stets gute Laune und ist für seine Familie und Freunde immer bereit zu helfen.

Innerhalb weniger Stunden hat sich sein Leben drastisch verändert – seine Diagnose: akute Leukämie!

Jetzt braucht er Hilfe. Zum Überleben benötigt er einen Stammzellspender – seinen genetischen Zwilling.

Deshalb organisieren seine Freunde und Familie gemeinsam mit der DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei eine Registrierungsaktion.

„Nur wenige Krankheiten geben uns die Möglichkeit“, so Schirmherr Landrat Oliver Stolz, „den Betroffenen praktisch zu helfen. Bei Blutkrebs können wir alle etwas tun. Ich freue mich, wenn viele mitziehen, um Simon zu helfen.“

Weitere Informationen auf www.helft-simon.de oder auf Facebook unter „helft-simon.de“.

Werden Sie Stammzellspender!

REGISTRIERUNG

Kreisverwaltung Pinneberg
Kurt-Wagener-Str.11
25337 Elmshorn

DKMS SPENDENKONTO




Berliner Bank
IBAN DE55 1007 0848 0151 2318 16
BIC DEUTDEDB110
Stichwort: JBB 001



Landrat Oliver Stolz



Wir besiegen Blutkrebs.

Folgen Sie uns   

www.dkms.de



Andersarbeiten gegen die zunehmende Belastung!

Tagung der GEW Hamburg zu den Perspektiven in der LehrerInnen-Arbeitszeit

Freitag 17.4.15, 10:00-16:00 Uhr / Curiohaus / Rothenbaumchaussee 15 / 201498 HH

Es kann Sonderurlaub beantragt werden.

- | | | |
|-------|--|---|
| 9:30 | Beginn, Kaffee | |
| 10:00 | Begrüßung
Ablauf und Organisatorisches | Anja Bensinger-Stolze (GEW HH)
Moderation: Dirk Mescher (GEW HH) |
| 10:15 | Geschichte des „Hamburger Arbeitszeitmodells“
– Diskussion | Hans Voß (GEW HH) |
| 11:00 | Veränderungen in der Lehrerarbeitszeit
seit 1989
– Diskussion | Bernd Winkelmann (GEW HB) |
| 11:45 | Mittagspause | |
| 12:30 | Wie viel arbeiten die Lehrkräfte wirklich?
Studie der GEW Niedersachsen und erste Ergebnisse
– Diskussion | Eberhard Brandt (GEW NDS) |
| 13:15 | Perspektiven 1:
Interessante Ansätze der Arbeitszeitgestaltung
aus Dänemark
– Diskussion | NN |
| 14:00 | Perspektiven 2:
Ein gewerkschaftliches Modell für Hamburg
Inszenierte Debatte zwischen Arbeitszeitmodell,
Pflichtstunden- und Präsenzmodell
– Diskussion | NN |
| 15:00 | Kaffee | |
| 15:15 | Perspektiven 3:
Eine bundesweite Kampagne zur
Reduzierung von LehrerInnenarbeitszeit? | GEW Nordverbund |
| 16:00 | Ausblick und Schlusswort | Anja Bensinger-Stolze, GEW HH |

Die Teilnahme ist für GEW Mitglieder kostenlos / Anmeldung: info@gew-hamburg.de

ViSdP: Dirk Mescher / GEW Hamburg / Rothenbaumchaussee 15 / 20148 HH

In Würde sterben

Ein Beitrag zur aktuellen Debatte.

Angesichts einer alternden Gesellschaft mit hohem medizinischen Standard, hoch entwickelten Therapiemöglichkeiten und mittlerweile entfalteter Palliativmedizin mit vielfältigen Einrichtungen rückt die Betrachtung der letzten Lebensphase zunehmend in den Fokus. Das zeigen Veranstaltungen, Fernsehsendungen und Literatur zu dem Thema, mit dem sich auch der Bundestag in einem Ausschuss befasst, um gegebenenfalls eine gesetzliche Neuregelung auf Grund veränderter gesellschaftlicher Bedürfnisse auf den Weg zu bringen.

Wir – Heike Bethke, Christa Neuber, Bettina Wehner aus der Betriebsgruppe der Seniorinnen und Senioren der GEW – konnten für die wichtige Auseinandersetzung mit diesem Thema den Psychiater und Neurologen Dr. Ulrich Meyberg von der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben e.V. (DGHS) als Experten und Referenten gewinnen.

Wer sich mit der Gestaltung der letzten Lebensphase befasst, stößt unweigerlich auf das Problem der Sterbehilfe. Verschiedene Antworten stehen im Raum; deshalb zunächst eine Begriffsklärung: Sterbehilfe ist Hilfe beim Sterben, aber auch Hilfe zum Sterben. Der Beistand kann seelisch oder medizinisch sein. Auch die Palliativmedizin kann u. U. durch palliative Sedierung das Leiden verkürzen. Ausgeschlossen ist in engerem Sinne Tötung auf Verlangen (§ 216 StGB); dies sowie natürlich unverlangte Tötung ist strafbar. Nicht strafbar dagegen ist das Zulassen des normalen Sterbevorgangs unter Verzicht auf lebensverlängernde Maßnah-

men. Der Arzt muss dem Verlangen des Patienten in diesem Fall folgen (passive Sterbehilfe). – Es sei daran erinnert, dass dringend zu empfehlen ist, rechtzeitig eine Patientenverfügung zu verfassen, damit der Wille des Patienten nicht übergangen werden kann, falls er/sie nicht mehr in der Lage sein sollte, den eigenen Willen kundzutun.

Erlaubt ist ferner die Beihilfe zur Selbsttötung. Das deutsche Strafrecht äußert sich hierzu überhaupt nicht und das ist unserer Meinung nach auch richtig so. Erlaubt ist ferner der freiwillige Verzicht auf Nahrung

Als Lektüre empfehlen wir:

Uwe Christian Arnold
Letzte Hilfe

Ein Plädoyer für
selbstbestimmtes Sterben
Oktober 2014

Rowohlt
ISBN 978-3-498-09617-5

und Flüssigkeit (Sterbefasten). Dies ist eine Art des Suizids, die anerkannt wird von der Gesellschaft für Palliativmedizin. Lindernde pflegerische Maßnahmen, z. B. Befeuchten der Lippen, finden hierbei statt.

Um die Beihilfe zum Suizid geht es wesentlich im laufenden Bundestagsausschuss, und hier kommt die Bundesärztekammer ins Spiel. Ihr Vorsitzender, Dr. Montgomery, steht für die konsequente Ausrichtung der Ärzteschaft im herkömmlichen Sinn auf Lebenserhalt. Zwei Drittel der Ärzteschaft stehen dazu. Das Thema beinhaltet ein hohes Konfliktpotential für die Ärzteschaft und ihre Standsvertretung. Es ist aber bei Ärzt_innen, die Beihilfe zum Suizid leisteten,

nie zur Aberkennung der Approbation gekommen.

Es ergibt sich zwangsläufig die Frage, auf welche Aussagen des Grundgesetzes sich eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe stützen kann. Das ist einmal der Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das heißt aber auch, dass die Würde des Menschen auch im Tod gewährleistet werden soll. Damit ist eine pure Lebensverlängerung durch Apparaturen nicht würdig. Ferner nennt Artikel 2 die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Dies gilt auch für das Sterben, denn der Tod gehört zum Leben. Das Weiterleben darf also nicht zwangsverordnet werden, denn die Ärzt_innen sind für die Menschen da und nicht umgekehrt. Schließlich garantiert Artikel 4 die Freiheit des Glaubens und des Gewissens. Letzteres muss auch für die Ausübung des ärztlichen Berufs gelten. Diese Position wird gestärkt durch den Rechtsstreit über Suizidassistenz, der 2012 für den Arzt Uwe Christian Arnold positiv entschieden wurde. Danach haben die Ärzt_innen das Recht, sich persönlich positiv oder ablehnend zur Beihilfe zum Suizid zu verhalten. Nach Meinung unserer Arbeitsgruppe darf eine neue gesetzliche Regelung, die der Bundestagsausschuss beabsichtigt, nicht hinter diese Position zurückgehen. – Im Bundestagsausschuss haben sich mehrere Gruppierungen herausgebildet, die fraktionsübergreifend arbeiten. Inhaltlich reichen die Überzeugungen vom Verbot der Sterbehilfe bis zum Tod auf Verlangen. Unserer Meinung nach scheidet die Erlaubnis von Tod auf Verlangen aus, da die Gefahren eines Missbrauchs beträchtlich sind.

Wir werden uns weiter mit dem Thema Sterbehilfe befassen und wollen auch Möglichkeiten von Übergriffen, etwa durch Krankenhäuser oder Angehörige, unter die Lupe nehmen.

Bleibt noch die Anmerkung, dass wir – wie die allergrößte Zahl der Abgeordneten – gegen Vereine sind, die rein kommerzielle Interessen verfolgen, sollte doch wenigstens eine so ernste Angelegenheit wie der Tod der materiellen Bereicherung entzogen sein.

In Anbetracht einer größer werdenden Gruppe von Dementen in unserer alternden Gesellschaft kann man zu diesem Zeitpunkt absehbar Betroffenen nur dazu raten, sich rechtzeitig um eine

für sie gangbare Möglichkeit zu bemühen.

Wir können uns als Angehörige der GEW eine Stellungnahme der Betriebsgruppe der Seniorinnen und Senioren der GEW vorstellen und würden diese nach weiterer Beschäfti-

gung mit dem Thema unseren Hamburger Abgeordneten zur Weitergabe an die Teilnehmer_innen des Ausschusses zuschicken.

HEIKE BETHKE, CHRISTA NEUBER,
BETTINA WEHNER

Wir werden im Vorstand der BG Ruheständlerinnen und Ruheständler der GEW Hamburg in den nächsten Monaten eine Mappe zu dem Thema Patientenverfügung / Patiententestament zusammenstellen. Vorläufig siehe z. B im Internet unter „Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben Patientenverfügung (dghs.de)“.



Wald statt Bach

Die beiden Begriffe müssen assoziativ wohl so eng miteinander verknüpft sein, dass es niemandem – vor allem mir als Verursacher – nicht aufgefallen ist, dass wir etwas verwechselt haben. Normalerweise kein Problem, in diesem Fall aber schon, machte ich doch im Nachruf auf den so geschätzten Kollegen **Manfred Auerswald** diesen Fehler. Die auf der Trauerfeier anwesenden Kolleg_innen, die Manfred persönlich gut kennen, gaben zu erkennen, dass gerade er – Manne – jemand gewesen sei, der mit Fehlern anderer immer großzügig umgegangen sei. Und so hoffe ich, dass er auch in diesem Fall Nachsicht walten lässt.

JG

LaLeLu...

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

Stimmtraining für Referendar_innen

Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten an grundlegenden Zusammenhängen zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So wird das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert.

Sa., 11.04.2015, 10 – 17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Petra Bogdahn
Kostenlos f. GEW-Mitglieder incl. Verpfl. (Nicht-Mitglieder 40 €)

Gewerkschaftsarbeit in der Schule – Seminar für Vertrauensleute

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Vertrauensleutearbeit. Dazu erörtern wir in entspannter Atmosphäre folgende Fragen: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser ver-

netzen? Wie können wir eigene Interessen auf Konferenzen in der Schule besser vertreten, auch wenn wir sie nicht leiten? Welche Tipps und Tricks zur Durchsetzung eigener Interessen gibt es? Dazu gibt es einen Input vom Gesamtpersonalrat. Wir starten mit einem Einstieg in der GEW-Geschäftsstelle, anschließend gehen wir gemeinsam lecker essen.

Freitag 17.04.2015, 16 – 19 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 80 €)

Studieren und dann promovieren?!

Das Seminar „Studieren und dann Promovieren?“ bietet die Möglichkeit, sich mit den Entscheidungs- und Arbeitsprozessen der Promotionsphase zu beschäftigen. Die Einbeziehung persönlicher Themen und der Arbeits- und Lebenssituationen bietet die Gelegenheit sich mit den konkreten Entscheidungen und der Planung einer eigenen Promotion auseinanderzusetzen. Inhalte des Seminars sind: – Entscheidung zur Promotion: Wie ist die Motivation zu promovieren?

Warum entscheidet man sich für eine Promotion? Krisen im Promotionsprozess - Kollegiale Beratung zur Entscheidungsfindung - Lebensphase Promotion - Finanzierungsmöglichkeiten der Promotion: Vorstellung der Möglichkeiten, aber auch Vor- und Nachteile von Stipendien und Stellen und der damit verbundenen arbeitsrechtlichen und sozialen Absicherung - Themenfindung: durch Mindmapping und Clustern sollen Themenvorstellungen eingegrenzt und spezifiziert werden

Sa. 18.04.15, 11 Uhr bis So. 19.04.15, 15 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Anke Prochnau
Kostenlos für GEW-Mitglieder incl. Verpflegung

Weitere Angebote unter:
www.gew-hamburg.de

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Aktiv werden für Gesundheitsschutz!

Doch wie lässt sich das Thema Gesundheitsschutz für die Pädagog_innen dauerhaft an Schulen und Kitas verankern? Dazu wird im Seminar zunächst ein Überblick gegeben, was die Gesundheit an Schulen und Kitas gefährdet. Anschließend wird uns Anne Köhnke, zuständig für Gefähr-

dungsbeurteilungen in der BSB Hamburg, ihre Erfahrungen schildern sowie Gelingensbedingungen und Stolpersteine benennen, wirksamen Gesundheitsschutz an Schulen zu betreiben.

Die Fortbildung ist geeignet für alle Beschäftigten an Schu-

len und Kitas, insbesondere auch Schul-PR.

Mi. 3. Juni 2015, 11 Uhr – Fr. 5. Juni 2015, 14 Uhr
Brodten bei Travemünde, Theodor-Schwartz-Haus
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 60 € incl. Unterkunft / Verpflegung (ermäßigt 30 €)



Das HLZ-Rätzel

Boßeln bei Olympia

2024 wird für Hamburg vielleicht ein großes Jahr. Wir finden: Die olympischen Spiele können ruhig kommen – wenn Boßeln endlich zur Olympiadisziplin wird! Denn dieser Sport ist international beliebt und fördert außerdem die heimische Getränkeindustrie. Uns interessiert, wohin bei der letzten Europameisterschaft in Pesaro (Italien) die meisten Goldmedaillen gingen.



Welche zwei Länder dominierten die Boßel-EM 2012?

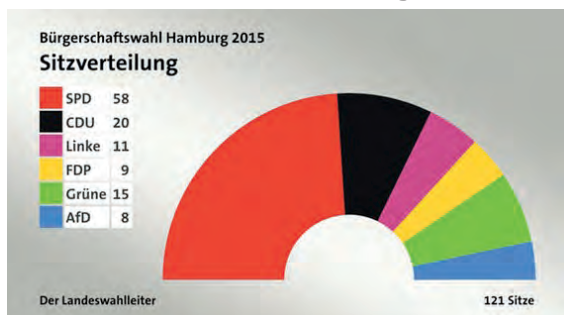
- a) Niederlande
- b) Italien
- c) Irland
- d) Deutschland

Das Logo mit Genuss

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 28.04.2015 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt diesmal passend zur warmen Jahreszeit ein Boule-Set inklusive eines Lehrerrücken schonenden Magnetlifters. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Des letzten Rätsels Lösung...



... von SPD bis AfD dürfte den HLZ-Leser_innen bekannt sein. Mit ihrem Wahltipp am nächsten kam Ulrike Baumeister. Sie darf jetzt auch ins *Parlament* und kann sich im gleichnamigen Restaurant beköstigen lassen.
Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Aus der Fehlanzeige...

Susanne fragte mich dieser Tage, was ich denn davon hielte, dass nun Kolleginnen das Kopftuch im Unterricht tragen dürften. Wohl hatte ich mitgekriegt, wie die Richter entschieden hatten, aber ich merkte nach einigen Ansätzen einer Erklärung, dass ich eigentlich dazu keine dezidierte Meinung hatte. Muss ich ja auch nicht haben, eine Spannung tat sich nur deshalb auf, weil ich vor nicht so langer Zeit doch meinte zu wissen, was ich davon halte: nämlich nichts und dass vor dem Hintergrund der ohnehin kaum vorhandenen Trennung von Staat und Kirche in Deutschland dies doch wohl mit unserem Anspruch auf Schritte in Richtung Säkularisierung kollidieren würde.

Also muss ich den Widerspruch zurzeit wohl aushalten, es sei denn, dass es unter uns Gewerkschafter_innen doch mutige Menschen gibt, die sich zu diesem Thema trauen, eine nicht abwägende, sondern pointierte Meinung zu präsentieren. An der könnte man sich reiben. Insofern wünsche ich mir, dass jemand den ersten Aufschlag macht, auch wenn ich vermute, dass es Vielen – vielleicht hängt es ja mit dem Auftreten von Pegida zusammen – ähnlich geht wie mir. Also irgendwie schwebend. Solange man nicht schwindelig dabei wird, ja kein schlechter Zustand.

Eher in einem taumelnden Zustand gerate ich, wenn ich

an den Ukraine-Konflikt denke. Zwischen den Positionen der absoluten Russland- oder Ukraine-, „Versteher_innen“ gibt es ja noch eine Menge Abstufungen. Man ist aber spätestens dann gefordert, Position zu beziehen, wenn hierzulande Verschwö-



Ein Flügelsschlag soll ja schon Wirbelstürme ausgelöst haben. Wer weiß: der schwarze Punkt auf der Scheibe...

rungstheoretiker verschiedenster Couleur unterwegs sind, die sich nicht scheuen, die nationale Karte zu spielen. Da wird wieder vom Deutschen Volk gesprochen, das betrogen wird – von den Amerikanern und überhaupt von den Zionisten, die bereits alles unterwandert hätten... Wenn Herr Putin dieser Tage in St. Petersburg das Treffen von rund 150 Vertreter_innen rechtsextremistischer Parteien aus ganz Europa billigt, dann kann man das nicht mehr mit dem Druck des Westens legitimieren. Da muss man klare Kante zeigen.

Insofern bin ich froh, dass unser Landesvorstand diesen Kräften eine deutliche Absage erteilt hat, wollten diese – u.a. als Montags-Mahnwache oder Friedenswinter getarnt – sich doch die Unterstützung via den Ostermarsch-Aufruf durch die GEW erschleichen. Trotzdem bleibt uns nicht erspart, uns mit den Positionen auseinander zu setzen, denn in dem Maße, wie auch unsere eigene Sicherheit in Hinblick auf unsere Überzeugungen vor dem Hintergrund veränderter weltpolitischer Konstellationen schwindet, mischen sich die Lager neu auf. 25 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion ereilt uns nun das Schicksal, uns mit den unerledigten Fragen auseinander setzen zu müssen.

Dagegen erscheint die Frage nach dem Ausgang der Koalitionsverhandlungen – wie sagt Reinhard Mey immer – nichtig und klein. Eigentlich auch unser Thema, aber was sollte man dazu schreiben?! Kommentieren: ja, das kommt geschmeidig rüber, ganz unabhängig von der Kilometerzahl der Radwege, die vielleicht zusätzlich ausgehandelt werden. Das Bild vom Tiger, der als Bettvorleger landet, ist zwar schon etwas abgegriffen, aber warum sollte man Kreativeres finden für etwas, das selbst den von einer Fliege verursachten schwarzen Punkt auf der Scheibe als interessanter erscheinen lässt?! JOACHIM GEFFERS

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Manni Heede, Wolfgang Svensson

Endredaktion: Susanne Berg

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: hlz

Rückseite: Hamburger Bündnis, 8. Mai 2015

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Max Lill, Tel. 0175-658 69 49, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de oder max.lill@web.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 5-6/2015: 6.5.2015

Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, rolandstolze@gwhmail.de
Referat D	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule/Vorschule	23.04.2015, 17.00-20.00 Uhr, GBW
FG Stadtteilschulen	18.05.2015, 19.00-21.00 Uhr, Raum A
FG Berufliche Schulen	08.04.2015, 16.30-21.00 Uhr, GBW
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	20.04.2015, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Primarschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	28.04.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
FG Hochschule u. Forschung	13.04.2015, 18.00-22.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.	31.03.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
FG Bleiberecht	28.04.2015, 19.30-22.00 Uhr, Raum C
AK Inklusion	08.04.2015, 17.30-21.00 Uhr, Raum A
AG soziale Arbeit an Schulen	09.04.2015, 17.00-18.30 Uhr, Raum C
AK Friedenserziehung	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler	08.04.2015, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	27.04.2015, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
AG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	09.04.2015, 17.00-18.30 Uhr, Raum C
AG Fair Childhood	31.03.2015, 16.00-19.00 Uhr, Raum B
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	20.04.2015, 18.30-20.00 Uhr, von-Melle-Park 8, Raum 09
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen

ANZEIGEN 890 629 23  **ANZEIGEN 890 629 23**

Griechenland individuell erleben!

Weit weg vom Massentourismus:
Schöne Apartments und Studios
in Privatpensionen u. kleinen Hotels

www.pureplaces.de

Individuelle und kompetente
Beratung zu Anreise, Transfers
und Aufenthalt



Freude am Leben
Selbstvertrauen
Zufriedenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HPG
Privatkasse und Beihilfe

www.andreasmerk.de
Tel.: 040/30093736

Körperorientierte Psychotherapie
Traumatherapie
Musiktherapie





Es sind noch Plätze frei!

Bildungsreise nach **Istanbul und Umgebung**
So. 10.5. – Sa. 16.5.15
795 € (ohne An- und Abreise)
Infos und Anmeldung unter
www.umdenken-boell.de oder 040-389 52 70

Hamburger Lehrer-Feuerkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Gegründet 1897

Mitgliederversammlung

Freitag, 17. April 2015
Beginn: 17.30 Uhr
Tagungsort: Curio-Haus Rückgebäude

Tagesordnung

1. Jahresbericht 2014
2. Vorlage der Jahresrechnung 2014
3. Bericht der Rechnungsprüfer
Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen
 - a) Wahl des 1. Vorsitzenden
 - b) Wahl von 2 Rechnungsprüfern
5. Verschiedenes

Gesundheitsmanagement für Lehrer_innen

CHARISMA- COACHING

www.visionen-werdenwahr.de



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
gegründet 1897

Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck für Angehörige aller pädagogischen Berufe



Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme
(inkl. Versicherungssteuer) und das unverändert seit 1996.

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Diebstahl aus Krankenzimmern, Diebstahl von Hausrat aus Kraftfahrzeugen, Hotelkosten bis zu 100 Tagen (jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höhrversicherung gegen Zuschlag z. T. möglich).



Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
info@h-l-f.de - www.h-l-f.de (mit Prämienrechner)



Gegründet 29. September 1902

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
 Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

*Nach über 20 jähriger
 Beitragsstabilität jetzt sogar eine
 Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer)
 pro 1.000 € Versicherungssumme*

**Wenn nicht jetzt? Wann dann?
 Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme
 inkl. Versicherungssteuer!**



Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem Beitragsatz!

- ✓ Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- ✓ Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- ✓ Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- ✓ Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- ✓ Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- ✓ Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- ✓ Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- ✓ Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max.1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
 Sascha Suppe
 Hermannstrasse 46
 20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
 Fax: 040-28 05 96 06
 E-Mail: info@hbfek.de
 Web: www.hbfek.de

Beispiel:
 Bei einer Versicherungssumme von 60.000 € zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 60.00 € (inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?

Samstag,
8. Mai 2015, ab 14 Uhr
Hamburger Wallanlagen
Ein Fest
zur Befreiung
mit einem Programm
auf der Freilicht-
bühne

8. MAI 1945

**BEFREIUNG –
WAS SONST!?**

